

**DIE
URBANE.**
EINE HIPHOP PARTEI

Parteiprogramm 2021

| | |
|--|----|
| Rooted in Hip Hop – Verankert in der Hip Hop Kultur | 3 |
| Erinnerungskultur & Visionen [globale solidarische Community] | 4 |
| Systeme überwinden | 5 |
| Dekolonialisierung | 6 |
| Barrierefreiheit | 9 |
| FLINTA | 12 |
| LGBTQIA+ | 13 |
| Bewegungsfreiheit | 15 |
| Klimagerechtigkeit und Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit | 16 |
| Abrüstung | 19 |
| Digitalisierung | 20 |
| Demokratie – soziale Ordnung – Gewaltenteilung – Wahlen | 21 |
| Universelles Grundeinkommen – Verteilung – Arbeit | 23 |
| Rente | 24 |
| Solidargemeinschaft & Community | 25 |
| Partizipation – Gleichstellung – Antirassismus – Antidiskriminierung | 26 |
| Verkehr & Öffentlicher Raum | 28 |
| Wohnen – Leben – Versorgung | 29 |
| Bildung & Bildungsgerechtigkeit | 31 |
| Kultur im Kontext Bildung | 38 |
| Kultur, Kunst und Politik | 39 |
| Leben mit Kindern und Jugendlichen | 43 |
| Arbeit – Freizeit | 45 |
| Forschung – Wissenschaft – Technologie | 46 |
| Medien | 47 |
| Körper & Seele | 50 |
| Substanzen, Rausch, Sucht | 53 |
| Maximaler Wohlstand und Steuergerechtigkeit | 54 |
| Globale Ökonomische Gerechtigkeit | 55 |
| Gestaltung des öffentlichen Raums | 58 |
| Utopie: Love Peace Unity & Having Fun | 59 |

Rooted in Hip Hop – Verankert in der Hip Hop Kultur

Ausgehend vom New York der späten Siebziger Jahre hat Hip Hop Tanz, Musik und Malerei aus ihren akademischen goldenen Käfigen befreit, und dabei eine neue offene Kultur geschaffen, die vom Rand der Gesellschaft kommt.

Hip Hop war eine Subkultur, die von „unten“ die ganze Welt eroberte, und den Begriff „Hochkultur“ für sich neu definierte.

Hip Hop entstand aus der Notwendigkeit, sich Gehör zu verschaffen. Hip Hop war das Sprachrohr marginalisierter Menschen, die von ihrer sozialen Realität erzählten, und damit auf strukturelle politische Missstände hinwiesen: „The voice of the silenced“. Hip Hop verleiht Ungehörten eine Stimme und ließ Menschen aktiv Kultur mitgestalten, die ansonsten durch Rassismus und Klassismus ausgeschlossen werden. Hip Hop Kultur entstand unter dem Druck weißer Vorherrschaft, und war somit von Anfang an ein Befreiungskampf, eine Überlebensstrategie und ein Überlebenskampf der afrikanischen Diaspora. Hip Hop war und ist eine Blaupause für die Selbstermächtigung von unterdrückten Menschen und Klassen.

Diese aktive Selbstbefreiung, dieser Widerstand fand sich zu einem Groove, von dem sich bis heute Menschen jeglicher Herkunft angezogen fühlen. Vielfalt wird in der Hip Hop Kultur nicht nur gefördert, sondern als Rückgrat der Gesellschaft verstanden und gelebt. In dieser besonderen Verantwortung gegenüber Schwarzen und People of Color kann Hip Hop einen machtkritischen Raum schaffen, in dem Rassismus entthront wird und die geteilte Erfahrung des Unterdrücktwerdens zentral ist.

Mitgestaltung und Mitsprache marginalisierter Menschen, Selbstermächtigung, Befreiung, Kampf gegen weiße Vorherrschaft, Antirassismus, Weltoffenheit, Vielfalt, das sind die Prinzipien, um die es uns geht, wenn wir von „Verankerung in der Hip Hop Kultur“ sprechen. Es geht uns um die Grundwerte von Hip Hop: „Love, Peace, Unity and having Fun“, die wir auf unsere Demokratie übertragen wollen. Und wir verteidigen diese Grundprinzipien radikal, machtkritisch und anti-kolonial.

Wir kämpfen für Parlamente, die Diversität widerspiegeln, die wir von unseren Straßen kennen und lieben. Wir verschaffen uns als Minderheiten ein Sprachrohr und die Möglichkeit zur Mitgestaltung. Wir sind „a voice of the silenced“. Wir leisten Widerstand gegen weiße Vorherrschaft und kämpfen gegen Unterdrückungssysteme wie gegen das Patriarchat, gegen Kapitalismus, gegen Ableismus etc. Wir schaffen intersektionale Strukturen der Selbstorganisation. Zusammen mit Konzepten wie Schwarzem Feminismus entsteht bei uns ein Anker von Grundwerten, die vom Rand der Gesellschaft gedacht werden. Zugegeben, Rassismus verschwindet dadurch nicht, aber wir haben einen Weg gefunden, ihn zu dekonstruieren und einzudämmen, Stück für Stück.

Auf der Grundlage dieser Positivität von Hip Hop lassen wir eine Kultur und Umgebung wachsen, die die guten Eigenschaften und Verhaltensweisen in jedem Individuum fördert. Wir wirken entgegen der globalen neoliberalen Wirtschaftsordnung, die Egoismus, Gier und Rücksichtslosigkeit zur Norm erhebt und finanziell belohnt. Verstehend dass die Grenzen zwischen Gut und Schlecht nicht entlang von Nationalitäten, Religionen, Klassen oder ähnlicher Kategorien gezogen werden können, sondern in jedem Menschen selbst liegen, nähren wir den Boden für eine Gemeinschaft, die aus Liebe, Mitgefühl und Respekt handelt.

Unsere positiven Grundprinzipien sind nicht in geschlossenen Räumen einer Bildungselite gewachsen. Wie Hip Hop, wie all die Befreiungs –und Selbstermächtigungskämpfe unserer Geschichte, fußen unsere Grundprinzipien auf Lebenserfahrungen im „urbanen Raum“. Was aber bedeutet urban?

Etymologisch steht urban nicht nur für den „städtischen Raum“, sondern auch für Weltgewandtheit - der Welt zugewandt. Urban ist für uns der Raum, in dem die Vielfalt der Kultur der Welt zusammenkommt. Die Metropolen unserer Zeit brauchen keine Leitkultur. Unsere Städte sind Ausdruck einer globalen

Vielfalt. Nationalität und Volk haben als Identifikationspunkte ausgedient. Heute braucht es Werte wie „Love, Peace, Unity and having Fun“.

Erinnerungskultur & Visionen [globale solidarische Community]

Um zu wissen, „wo wir lang müssen“, also anders gesagt, um die Welt zu gestalten, um in Entwicklungen einzugreifen oder sie zu beeinflussen, müssen wir erstmal so genau wie möglich wissen, wo wir stehen. Sowohl als einzelne Person, aber vor allem auch als Kollektiv. Und die Position jedes:r einzelnen ist unter anderem ein Ergebnis unserer kollektiven globalen menschlichen Geschichte. Deswegen können wir unseren Standort nicht bestimmen, ohne zu wissen, wo wir herkommen. Wir brauchen eine ehrliche Erinnerungskultur und eine umfassende Aufarbeitung. Nur daraus kann eine authentische Analyse der Gegenwart erfolgen. Politisches Gestalten muss aus dieser Erinnerungskultur heraus passieren.

Und wo möchten wir hin? Wir können und müssen auch eine neue Geschichte für eine gemeinsame globale Zukunft erzählen, eine Utopie entwerfen, denn ohne zu wissen, wohin wir uns entwickeln möchten, können wir auch nicht angemessen gestalten.

Was bedeutet Erinnerungskultur im Kontext der Hip Hop Kultur? Was leitet sich aus der Hip Hop Kultur diesbezüglich ab? Die Hip Hop Kultur ist ohne die rassistische Ideologie, ohne die Geschichte der Versklavung und der Kolonisierung und ohne die jene legitimierende pseudowissenschaftliche biologistische Theorie von „Rasse“ nicht denkbar, sie hängt unmittelbar mit diesen Phänomenen (die Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind) zusammen, sie berichtet davon und erhebt sich gegen das Erbe dieser Geschichte. Und das gilt global – besonders auch für Deutschland und Europa. Dieser konkrete Teil von Geschichte, Versklavung und Kolonisierung wurde systematisch verschwiegen, ignoriert und bagatellisiert. Unter anderem durch die Hip Hop Kultur, die bald auch in Deutschland bekannt und konsumiert wurde, wurden auch weiße Menschen in Deutschland über das Ausmaß des rassistischen Systems, über Schwarze diasporische Lebensrealitäten und über die kolonialen Kontinuitäten informiert und dafür sensibilisiert. Und für BIPOC in Deutschland wurde Hip Hop zum missing link, eine Plattform für Identifikation, ein Zuhause in einer Gesellschaft, die den BIPOC unter uns die Zugehörigkeit immer noch abspricht.

Für *Die Urbane. Eine Hip Hop Partei* ist dies nicht „ein Punkt im Programm“ neben vielen anderen. Besonders die Schwarze Geschichte (neu) zu erzählen bzw. die Geschichte aus einer Schwarzen Perspektive zu erzählen, ist elementare Voraussetzung für alle weiteren Schritte.

Die Erfindung und Anwendung der Rassismen, der Versklavung, der Kolonisierung, der Genozide, der kapitalistischen Ausbeutung und des Machtkampfs um wirtschaftliche und kulturelle Hegemonie, Vorherrschaft und Dominanz ist die Geschichte der weißen Mehrheitsgesellschaften. Und je nach Position haben Menschen sehr verschiedene – teilweise diametral entgegengesetzte – Perspektiven auf diese Geschichte.

Die Hip Hop Kultur ist die selbstermächtigte, ungefilterte kollektive Schwarze Perspektive auf diese Geschichte. Auf die politische Gestaltung übertragen steht unsere Verankerung in der Hip Hop Kultur für den Paradigmenwechsel – für den Perspektivwechsel bei der Reflektion und Erzählung von Geschichte und für den Perspektivwechsel bei der Entwicklung von Ideen und Modellen für unser Zusammenleben auf diesem Planeten in der Zukunft, jenseits von den Systemen Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat. Hip Hop IST auch Erinnerungskultur und steht damit auch für die elementare Rolle, die Erinnerungskultur bei der Gestaltung von Gegenwart und der Entwicklung von Zukunft einnimmt.

Wir wollen ultimativ einen Zustand globaler, verteilungsgerechter, barrierefreier Community, Solidarität, Einigkeit, globaler Harmonie mit unserer Umwelt und friedlichen Zusammenlebens erreichen. Die Hip Hop Kultur hat diese Vision aus sich heraus so formuliert - peace, love, unity & having fun!

Systeme überwinden

(Patriarchat, Kapitalismus, Rassismus) durch Intersektionalität (im Kontext politischer Gestaltung) - Selbstbestimmung – Persönlichkeitsentfaltung – Identitäten

Eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe und eine politische Mission ist es, sichtbar zu machen, wie die Ungleichheitssysteme Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat intersektional miteinander verwoben sind und Hand in Hand aneinander gewachsen und erwachsen sind – und genauso die daraus abgeleiteten Systeme Kolonialismus, cis Heteronormativität, Ableismus, Ageismus, etc, sowie Antisemitismus. Diese Systeme können nur durch eine entschlossene Dekonstruktion aufgehoben werden. Diese Arbeit darf nicht dem Zufall überlassen werden, noch der Willkür der Gruppen, die in diesen Systemen dominieren und profitieren. Sie darf nicht von der politischen Willensbildung abhängen, da diese in den bestehenden Systemen nicht frei und unabhängig ist.

Wenn wir der Idee folgen, dass das Individuum eine unveräußerliche Würde besitzt und dass diese unantastbar sei, dann untergraben Ungleichheitssysteme diese Idee strukturell und ihre Überwindung muss Teil der grundgesetzlichen Forderungen werden.

Die verschiedenen gleichzeitig wirkenden Systeme haben unser aller Identitäten (überall) innerhalb dieser Machtmatrix intersektional konstruiert und manifestiert, wir können dies nicht zurückdrehen und so tun, als gäbe es diese Konstruktionen nicht und vor allem als gäbe es die Machtungleichheit und Machtungleichgewichte bzw. die Herrschaft und Unterdrückung nicht – die eben an bestimmten Markern und Merkmalen von Identität ansetzen und diese durch die Tatsache der Dominanz und der Unterdrückung essentialisieren. Sei es „Rasse“, Geschlecht, Klasse oder Sexualität, körperliche Fähigkeiten, Glaube oder Alter....

Identität verstehen wir dabei aber nicht als statischen Zustand, als NUR Essenz oder als NUR Position, sondern als Kombination aus beidem und als etwas, was sich sowohl auf der kollektiven Ebene als auch auf der individuellen Ebene verändert und entwickelt. Dabei spielen historische Faktoren eine zentrale Rolle.

Wir benennen die Aspekte von Identität, die innerhalb dieser Konstruktionen strukturell benachteiligt sind, statt so zu tun, als gäbe es sie nicht (Stichwort Selbstbezeichnungen/ Farbenblindheit/alle sind gleich/ etc.pp).

Die Hip Hop Kultur bedeutet in diesem Kontext eine Form von Agency, die einerseits Identität sichtbar macht und gleichzeitig Identität bildet, nicht nur individuell, sondern kollektiv – und in diesem Sinne erschafft die Hip Hop Kultur kollektiv eine Plattform, ein Angebot für Identifikation einerseits und für die Entfaltung von Persönlichkeit andererseits.

Aus der Entfaltung der Persönlichkeit kann Selbstbestimmung werden – nicht nur im biographischen Sinne, sondern eben auch im Sinne von Identität. Das Recht auf diese Entfaltung der Persönlichkeit ist ein universelles Menschenrecht.

Die systemische Diskriminierung, die strukturell und institutionell passiert, sorgt dafür, dass insbesondere in weißen Mehrheitsgesellschaften ganze Generationen von Kindern mit intersektionalen Identitäten aufwachsen, die ständig damit beschäftigt sind, Narrative, die auf sie als Repräsentant:innen

verschiedenster bzw. gleich mehrerer Gruppen gleichzeitig projiziert werden, abzuwehren und sich unter dem Eindruck und dem Gewicht der Projektionen und der Objektifizierung auch noch selbst zu suchen und zu erkennen.

Eine gängige Strategie des Umgangs damit, ist, die Abwehr einzustellen und die Projektion als dominierenden Teil der eigenen Persönlichkeit zu internalisieren, statt weiterhin dagegen anzukämpfen. Wer es unter diesen Umständen dennoch schafft, die eigene Persönlichkeit zu entfalten und selbstbestimmt die eigene Identität zu erkennen und zu gestalten, ist sehr resilient oder hat Glück. Aber es darf nicht Bedingung für Selbstbestimmung sein, resilient zu sein oder Glück zu haben. Es ist die Aufgabe von Community und politische Gestaltungsaufgabe, die Umgebung dafür herzustellen und die besten Voraussetzungen für Selbstbestimmung zu schaffen. Die unreflektierte Praxis der Projektion und Objektifizierung ist normalisiert, was sich im „Integrations“-Narrativ und -Anspruch der Dominanzgesellschaft niederschlägt: „Du musst doppelt so hart arbeiten, Du musst doppelt so gut sein, um es zu schaffen“.

Umgekehrt wachsen Generationen von weiß positionierten und auch über Weißsein hinaus privilegierten Kindern auf, die, statt kontinuierliche Objektifizierung und Projektion zu erfahren, im Gegenteil ausschließlich als einzigartige Individuen mit unantastbarem Subjektstatus behandelt werden und jede ihrer Verhaltensweisen wird ihnen als Ausdruck ihrer individuellen Persönlichkeit gespiegelt, völlig losgelöst von den sie und uns alle umgebenden Systemen und ihren Machtungleichheiten. Eine Persönlichkeit, die sich in dieser Grenzenlosigkeit ausbreiten kann, nimmt den Raum ein, der ihr in dieser Machtmatrix zur Verfügung steht und diese Grenzenlosigkeit und Ausbreitung ist normalisiert und unmarkiert. Machtungleichgewicht zugunsten weißer Kinder wird zum unhinterfragten Machtanspruch weißer Erwachsener.

Um uns von einer Gesellschaft mit destruktiven Machtungleichheiten hin zu einer – ultimativ globalen - Community zu entwickeln, müssen diese normalisierten Begrenzungen und Entgrenzungen ausgeglichen werden.

Da Menschen bereits von Geburt an diese Systeme erlernen, ist Bildung der Bereich, der im Kern der Politik von *Die Urbane. Eine HipHop Partei* steht.

Dekolonialisierung

Forschung und Anerkennung; Reparationen und Wiedergutmachung für koloniale Verbrechen und Versklavung; Anwendung dekolonialer Perspektive in allen Bereichen und Strukturen des öffentlichen Lebens und der Gesellschaft; Antikoloniale Handels- Rohstoff- Energie- und Außenpolitik

Ohne eine der zentralen Erkenntnisse kommen wir global und lokal, politisch, gesellschaftlich nicht weiter: Wir leben im (globalen) rassistischen System weißer Vorherrschaft. Als allererstes bedarf es dieser Benennung und der Positionierung Deutschlands innerhalb dieses rassistischen Systems. Es bedeutet, dass nichts von diesem System – Rassismus - unberührt ist. Es bedeutet, dass es keine rassismussfreien Räume gibt und dass also jeder Raum Anteil haben muss an der Dekonstruktion des rassistischen Systems.

Die Verantwortung für die Dekonstruktion des (globalen) rassistischen Systems muss auch auf EU-Ebene ausgedehnt werden, die EU als politischer Raum und als Wirtschaftsraum ist nicht mehr isolierbar in die Staaten, die kolonisiert und versklavt haben und jene, die „unschuldig“ sind. Es gibt deutsche, französische, britische, etc spezifische Verantwortlichkeiten und Pflichten, die direkt zugeordnet werden können. Aber es gibt auch eine kollektive europäische Verantwortung, das kollektive Profitieren zu entschädigen und zu reparieren.

Bildungssystem, Forschung und Wissenschaft, Administration, Parlamentarismus, Öffentlicher Raum, Kunst & Kultur, Sport, Gesundheit, Polizei, Justiz, Märkte, Sprache, Denkmuster – überall bedarf es der Forschung zu kolonialer Kontinuität bzw. rassistischer Kontinuität und deren Anerkennung und zu antirassistischer Bewegung und Schwarzen Wissensproduktionen; es bedarf der Dekonstruktion und Neugestaltung aller Bereiche so, dass die rassistische und koloniale Kontinuität sichtbar gemacht wird und ihre Wirksamkeit ausgehebelt wird, bzw. ihr entgegen gewirkt wird.

Weltweit und auch in Deutschland haben parallel zu den Entwicklungen von Versklavung und Kolonialisierung auch schon Widerstandsbewegungen und Forschungen zu weißer Vorherrschaft und zu Reparationen durch die Betroffenen existiert. Und diese sind mittlerweile sehr weit und auch untereinander vernetzt. Es gibt einen exzellenten Bestand an Wissen, Forschung, Literatur, Dokumentation, Analyse und Strategien. Diese Anwendung von Expertisen hat aber noch nicht gebührend den Weg in die politische Umsetzung gefunden, bzw. die Anwendung dieser Expertisen wird aktiv unterbunden, weil sie die bestehenden Systeme angreifen wird. Vor allem in Deutschland werden Schwarze bzw. BIPOC Stimmen in der Forschung unsichtbar gemacht und gedrosselt.

Daher fordern wir die Einrichtung von Black Studies und Decolonial Studies an allen Universitäten in Deutschland mit dem Auftrag, zu forschen, aber auch am jeweiligen Campus die Wissenschaft und den Campus selbst zu dekolonisieren;

Zentrales Forschungsziel ist auch die (Weiter-)Entwicklung von Instrumenten, Methoden und Institutionen für die Dekolonialisierung in allen genannten Bereichen von Gesellschaft;

Gleichzeitig müssen alle notwendigen Mittel und personellen Ressourcen bereitgestellt werden, die es für eine kontinuierliche, regelmäßige, breite zivilgesellschaftliche Reflektion & Sensibilisierung braucht;

Dekoloniale Agenda darf sich nicht auf einen nationalen Kontext beschränken. Denn gerade die Idee von Nation, Grenzen, Abschottung, Territorium etc. ist zutiefst kolonial. Wir wollen die Einrichtung von transkontinentalen und transkulturellen Institutionen und globaler Vernetzung zur Kommunikation über, Gestaltung von und Durchführung von Reparationen und Entschädigungen für ALLE Schäden, Ressourcen, Raubgüter, Misshandlungen, Menschenrechtsverbrechen und sonstigen Auswirkungen von Unterdrückung;

Die Höhe, Form und Durchführung von Reparationen muss in einem gemeinsamen, bestenfalls für alle Seiten heilsamen Prozess ermittelt und vereinbart werden. Wichtig ist, dass die Kommunikation vor allem zwischen Akteur:innen der Zivilgesellschaften stattfindet, anstelle diplomatischer Verhandlungen zwischen Regierungen. Die Gewährleistung und Ermöglichung dieser transkulturellen, transkontinentalen und interdisziplinären zivilgesellschaftlichen Vernetzung, Kommunikation und Entwicklung von Strategien und Empfehlungen muss gesetzlich verankert, institutionalisiert und durch unabhängige Träger und die öffentliche Administration regelmäßig und häufig und intensiv umgesetzt werden. Die ausführlichen Forschungen, Arbeiten, Konzepte, Initiativen, die es dazu bereits seit vielen Jahrzehnten gibt, in USA, UK, Europa und an Stellen in den ehemals kolonisierten Ländern, sind ins Zentrum zu rücken und müssen bei der Entwicklung des Prozesses gestaltend und leitend tätig sein.

Da das koloniale System Rassismus und Kapitalismus in sich verknüpft und sie nicht getrennt voneinander denkbar sind, bedeutet die Dekonstruktion des rassistischen Systems ZWINGEND auch die Dekonstruktion des kapitalistischen Systems. Weiße europäische Mehrheitsgesellschaften sind die Urheber:innen des rassistisch-kolonialen Systems und Deutschland spielt in dieser Entwicklung auch historisch eine ganz zentrale Rolle. Dies ist noch nicht Gegenstand unserer Erinnerungskultur und wird im Bildungssystem unsichtbar gemacht (siehe auch Bildung & Kultur), aber wenn wir das Ausmaß dieses Systems verstehen, verstehen wir auch, warum alle sich davor drücken, Verantwortung zu übernehmen. Weil es eine Aufgabe

ist, die keine Generation innerhalb ihrer Lebenszeit abschließen kann. Weil es eine Aufgabe ist, die die Entlarvung der humanistischen Charade beinhaltet, die Europa seit hunderten von Jahren inszeniert. Aber wir sind besser als diese Charade. Es ist eine Frage des Wollens. Die Generationen vor uns haben sich geweigert oder gescheut, diese Geschichte anzuerkennen und wir betrachten es als die Mission dieser Generation, von der wir ein Teil sind, dieses Unrecht auszugleichen. Von hier ausgehend, aber nicht zu „deutschen“ oder „europäischen“ Bedingungen. Dieser Plan darf nicht wieder hier vor Ort entwickelt werden, wie damals die Kongokonferenz. Sondern der Plan besteht darin, sich hinter die Kämpfe jener zu stellen, sie global mit zu kämpfen, die in dem System global benachteiligt wurden und werden.

Die Hip Hop Kultur ist imprägniert mit dieser Geschichte und ihren Folgen. Egal wo sie ihre Strahlkraft hingetragen hat, schwingt auch diese Geschichte mit. Und sie hat sie mittlerweile überall hingetragen. Und deswegen ist nun auch die Zeit gekommen, diese Geschichte aufzuarbeiten und aus ihr konkrete Politiken abzuleiten.

Alle EPA müssen ausgesetzt und neu verhandelt werden. European Partnership Agreements bewirken vor allem eine aggressive Öffnung afrikanischer, pazifischer und karibischer Märkte für europäische Produkte. Meist Überschuss, der dann Märkte überschwemmt und lokale Handelsstrukturen, Produktionen und Gleichgewichte in den Preisniveaus zerstört. Diese Öffnungen wurden häufig erpresst und als Bedingungen für Kredite und sogenannte Entwicklungszusammenarbeits-Leistungen gestellt. Wir fordern die Bindung von EPA an die radikale Neubewertung von Ressourcen und Bodenschätzen und an die globale Neuordnung der Förderung und des Abbaus und der Gewinnung dieser Ressourcen und Bodenschätze.

In einem transkontinentalen Neuordnungsprozess müssen durch Neubewertung von Ressourcen und Bodenschätzen, sowie Arbeitskraft, alle Staaten, die aktuell durch signifikant niedrigere Lebenserwartung, unterdurchschnittlichen Zugang zu Internet und zu allgemeinen Leistungen wie Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Grundversorgung (Wasser, Nahrung, Elektrizität) gekennzeichnet sind - das sind alle Staaten Afrikas, viele Staaten in der pazifischen Region und Asiens und einige Staaten Südamerikas und einzelne weitere - in die Lage versetzt werden, innerhalb von 5 Jahren zu den Lebenserwartungen und Zugängen aufzuschließen, die in weißen Mehrheitsgesellschaften üblich sind.

Die Verabschiedung des Lieferkettengesetzes begrüßt Die Urbane. Allerdings ist dieses nur sehr unbefriedigend in seiner Tragweite. Es lässt nach wie vor zu viele Möglichkeiten bestehen, es zu umgehen, bzw Ausbeutung und Kinderarbeit zu verschleiern.

Weitere Maßnahmen, um Ungleichheitssysteme sichtbar zu machen und wie sie durch den Konsum in Deutschland gefestigt werden, müssen ergriffen werden. Es wird argumentiert, es schade bspw Textilarbeiter:innen mehr, Primark-Kleidung nicht zu kaufen, weil dann eben weniger produziert wird und Lohnarbeit wegfällt. Aber diese kapitalistische menschenrechtsverachtende Logik dahinter muss durchbrochen werden. Stattdessen muss Lohn überall ähnliche Niveaus an Lebensqualität, Lebensstandard und an Zugängen ermöglichen. Unternehmen, die auch in Deutschland und Europa operieren, müssen gesetzlich dazu verpflichtet werden, Lohnniveaus deutlich zu erhöhen. Darauf muss Deutschland auch auf europäischer Ebene hinwirken.

Die Vereinten Nationen haben in 2015 die SDG verabschiedet, die sogenannten Sustainable Development Goals. Diese formulieren wichtige Ziele. Aus dekolonialer Perspektive reichen die Forderungen nicht weit genug und sind aus einer weißen bzw neoliberalen Perspektive verfasst. Weder Wachstum wird in Frage gestellt, noch wird die Aufhebung kolonialer und hegemonialer Kontinuitäten gefordert. Die eklatant ungleichen Lebenserwartungen werden nicht angesprochen und Bewegungsfreiheit ist auch nicht erwähnt. Ähnlich wie Lebenserwartung ist auch Zugang zu Internet genau so ungleich verteilt und die Verteilungen überschneiden sich mit denen der Lebenserwartung.

Die Ziele lauten:

- Ziel 1: Armut beenden
- Ziel 2: Ernährung sichern
- Ziel 3: Gesundes Leben für Alle
- Ziel 4: Bildung für Alle
- Ziel 5: Gleichstellung der Geschlechter
- Ziel 6: Wasser und Sanitärversorgung für Alle
- Ziel 7: Nachhaltige und moderne Energie für Alle
- Ziel 8: Nachhaltiges Wirtschaftswachstum & menschenwürdige Arbeit für Alle
- Ziel 9: Widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltige Industrialisierung
- Ziel 10: Ungleichheit verringern
- Ziel 11: Nachhaltige Städte und Siedlungen
- Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen
- Ziel 13: Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen
- Ziel 14: Ozeane erhalten
- Ziel 15: Landökosysteme schützen
- Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften
- Ziel 17: Umsetzungsmittel und Globale Partnerschaft stärken

Barrierefreiheit

Wir wünschen uns eine globale Community, in der wir alle wirklich gleichberechtigt nebeneinander auf einem Level selbstbestimmt leben können. In der alle ein würdevolles Leben führen können und in die Gesellschaft einbezogen sind und diese mitgestalten, unabhängig davon, ob sie einen Rollstuhl nutzen, sehgeschädigt/sehbehindert, neurodivers oder chronisch schmerzkrank sind. Es ist wichtig, dass die (Lohn-) Arbeit behinderter Menschen genauso geschätzt und vergütet, und die Altersversorgung gesichert wird, wie die nicht-behinderter Menschen. Barrierefreiheit muss in jeglichen Räumen angestrebt werden. Da wo Barrierefreiheit nicht baulich oder technologisch hergestellt werden kann, muss sie durch Dienstleistung ermöglicht werden. Die Forschung für Barrierefreiheit und die Herstellung von Technologie braucht umfassende Finanzierung (siehe "Forschung – Wissenschaft – Technologie", "Wohnen – Leben – Versorgung")

Wenn das Wort "Barrierefreiheit" fällt, denkt der Mensch erstmal sehr einfach. Er denkt z.B. an Rampen für Rollstuhlfahrer. Dabei geht es um viel mehr! Es geht um Selbstbestimmung, es geht um Freiheit.

Jeder Mensch sollte, ungeachtet seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten in der Lage sein, alles zu tun wonach

Ihr oder ihm gerade ist. Dies ist in Deutschland auf vielen Ebenen nicht möglich.

Es leben ca. 7.9 Millionen Menschen mit Behinderung in Deutschland (stand Ende 2019). Von diesen Menschen hat ein Großteil noch immer keinen Zugang zu verschiedensten Medien, da diese für z. B. blinde Menschen oder

hörgeschädigte Menschen nicht geeignet sind.

Selbst eines der elementarsten Rechte der Menschen, das Recht, Notdurft zu verrichten, wird massiv eingeschränkt, da es weder im öffentlichen Raum noch in den meisten Restaurants und dergleichen, barrierefreie

Toiletten gibt. Für behindertengerechte Toiletten im öffentlichen Raum, benötigt man dann meist einen Schlüssel,

dessen Kaufpreis zynisch als Pfand dargestellt wird. Diese Schlüssel müssen kostenlos und ohne Pfand zu hinterlegen bereitgestellt werden.

Auch das Recht auf Bewegungsfreiheit mit dem ÖPNV wird beschränkt. Es wird bspw. verlangt, dass die Menschen sich vorher anmelden um überhaupt befördert zu werden. Wird dies nicht getan, weil z.B. eine spontane Unternehmung ansteht, wird entweder darauf hingewiesen, dass eine Anmeldung erforderlich ist oder es wird gar nicht befördert.

Das Recht auf Bildung wird schon in den ersten Lebensjahren der Menschen mit Behinderung beschnitten, da es

versäumt wird, sowohl die räumlichen Gegebenheiten zu schaffen, als auch die Grundvoraussetzung auf personeller

Ebene zu treffen.

Eltern sind dann oft gezwungen, ihre Kinder mit Behinderung in ein Kindergarten/eine Schule zu schicken, welche als

„spezielle Einrichtung für Menschen mit Behinderung“ deklariert wird.

Dort werden dann Kinder mit verschiedensten körperlichen und geistigen Einschränkungen zusammen „gefördert“

bzw. „unterrichtet“. Dies wird weder dem Kind als Individuum gerecht, noch sind die personellen Expertisen in vollem Umfang gesichert.

Jedem Individuum in unserer Gesellschaft steht das Recht zu, sich eigenständig, unabhängig und frei zu bewegen

und zu entfalten. Vielen Menschen ist dies jedoch nicht möglich, weil es keine ausreichende Barrierefreiheit gibt;

sei es Stufen am Eingang eines Cafés oder eingeschränkte Möglichkeit zur Kommunikation, weil die umstehenden

Menschen keine Gebärdensprache können oder keine einfache Sprache nutzen.

Das muss sich ändern. Volle Teilhabe am Leben - privat und gesellschaftlich - muss jederzeit und überall auf jede

Weise möglich sein. Nur so hat jeder Mensch eine reale Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben.

Ebenso muss sichergestellt sein, dass Unterstützungs- und Therapieleistungen von den Krankenkassen ohne

monate- oder jahrelangen Papierkrieg bewilligt und die Wartezeiten für Behandlungs- und Untersuchungstermine

drastisch verkürzt werden.

Das Bundesteilhabegesetz bewirkt leider keine realitätsnahe und individuelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

So besteht ein erster Schritt darin, dieses Gesetz unter Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen zu ändern

und realitätsnah umzuschreiben und eine lückenlose Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu verfolgen.

Zudem ist es wichtig, die Zugänge zu und generell alle Gebäude und Transportmittel barrierefrei zu gestalten, diese

auch generell barrierefrei (um-)zu bauen und im Zuge dessen auch dafür zu sorgen, dass bauliche Veränderungen

(z. B. eine Rampe) ohne große bürokratische Hürden durchgeführt werden können. Dementsprechend müssten sich

Menschen mit Behinderung auch nicht mehr bei den Öffentlichen Verkehrsbetrieben anmelden, um reisen zu können.

Dies ist momentan vorgeschrieben, um z. B. eine Person zur Hand zu haben, die eine Rampe für die Nutzung des

Verkehrsmittels bereitstellt. Auch ist es wichtig, dass Autovermietungen und Freizeitparks zur Barrierefreiheit verpflichtet werden.

Gebärdensprache, einfache Sprache und die vielfältigen Behinderungen sollten in Kindergärten und Schulen be-

sprochen und gelehrt werden und ebenso der Umgang mit z.B. Menschen, die eine Panikattacke in der Öffentlichkeit

erleiden. Zudem ist es notwendig, Brailleschrift ab der Grundschule zu lehren und behördliche Briefe neben der

Muttersprache einer Person auch in Brailleschrift zu verfassen.

Behindertenwerkstätten und isolierte Behindertenschulen und -heime müssen abgeschafft und Menschen mit

Behinderungen aktiv in die Gesellschaft einbezogen werden, z. B. durch vollwertig bezahlte Arbeitsstellen, Betreutes

Wohnen mitten in der Stadt - nicht am beschämten Rand, getrennt vom Kern des sozialen Lebens und nicht-behinderten Menschen - Alle Einrichtungen müssen selbstorganisiert sein.

Auch muss die Ausgleichsabgabe für Arbeitgeber - die als Strafzahlung für das Nicht-Einstellen behinderter Mitarbeitender gedacht ist - um ein Vielfaches erhöht werden. Es ist gängige Praxis, dass Unternehmen lieber diese Abgabe zahlen als Mitarbeitende mit Behinderung einzustellen. Wir finden eine Neufestlegung der Ausgleichsabgabe in Höhe von 50% des Vorjahresgewinn passend. Zum einen ist es sicherlich eine Höhe, die den Unternehmen weh tut, zum anderen trifft es kleine und große Unternehmen gleichmäßig stark, da die Abgabe abhängig vom Gewinn ist und nicht pauschal irgendein Betrag veranschlagt wird.

Der Zugang zu Unterstützung und Therapieangeboten muss dringend verbessert und die Hürden zur Bewilligung

ebenjener abgeschafft werden. Menschen sollten nicht Monate auf eine dringend benötigte Psychotherapie warten

oder ein halbes Jahr mit ihrer Krankenkasse kämpfen müssen, um Hilfsmittel bewilligt zu bekommen. Unterstützung

suchende Menschen sollten nur einfach um Hilfe bitten und nicht über Monate oder Jahre in Bittstellung gehen

müssen, um ein grundlegendes Level an Lebensqualität zu erhalten.

Ebenso sollte es verpflichtend für alle ärztliche Praxen sein, dass diese barrierefrei zugänglich sind.

Ebenso gilt es, den Prozess zur Festlegung von Pflegegraden realitätsnaher zu gestalten, indem z.B. die Haus-

besuche von Mitarbeitenden der Pflegekasse nicht nur eine Stunde dauern, sondern über einen oder mehrere Tage

gehen. Nur so kann man sich ein umfassendes Bild von der gesundheitlichen Situation der Person machen und den

optimalen Pflegegrad bestimmen. Ebenso sollte schriftlichen Einschätzungen der Hausärzt:innen größere Bedeu-

tung beigemessen werden.

Momentan gehört die Gesellschaft den Menschen, die keine Behinderung haben. Sie können überall hin, haben

Zugang zu Ämtern, Restaurants, Transportmitteln, Spielplätzen, Läden. In einer idealen Gesellschaft sorgt eine Behinderung nicht dafür, dass eine Person zum Menschen dritter Klasse wird. In einer solidarischen, machtkritischen und vorurteilsbewussten Gesellschaft, die auch die Überschneidungen von Benachteiligungen beachtet, wird niemand behindert, teilzunehmen und dazu zu gehören.

FLINTA

Geschlecht ist sozial konstruiert. Wir müssen die spezifischen Bedarfe aller Menschen, die sich im binären cis-heteronormativen System nicht als cis-männlich identifizieren, anerkennen und würdigen und auf allen Ebenen gegen ihre strukturelle, institutionelle und interpersonelle Diskriminierung vorgehen. Oft wird suggeriert, dies schwäche die Arbeit gegen Gewalt gegen cis-Frauen und Menschen mit Uterus und deren Benachteiligung im Patriarchat, weil es die Kategorie „Frau“ auflöse.

Diesen vermeintlichen Widerspruch müssen wir dekonstruieren und Instrumente dagegen entwickeln, dass FLINTA auf diese Art und Weise untereinander und gegeneinander ausgespielt werden können. Diskriminierung wirkt auch zwischen einzelnen und Gruppen, die unter FLINTA zusammengefasst sind und die Solidarisierung untereinander muss gefördert werden. Hierfür müssen bestehende Vorurteile angesprochen werden, es braucht Räume für diese Aufarbeitung und cis-Frauen, die erkämpfte Rechte und Räume nicht teilen und öffnen möchten, müssen für die notwendige Anerkennung aller FLINTA sensibilisiert werden.

Feminismus kann nur intersektional sein und global und transkontinental (bei gleichzeitiger Ablehnung des Konzeptes Nation). Rechte, die für FLINTA in Deutschland erkämpft werden, sind Privilegien, solange sie nicht gleichzeitig für FLINTA global gelten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Kämpfe nicht feministisch sind, wenn sie gleichzeitig paternalistisch sind.

Eine dekoloniale Perspektive auf die Realität von FLINTA muss beinhalten, dass soziale Konstruktionen von Geschlecht und die damit einhergehenden Kämpfe außerhalb Deutschlands und Europas nicht losgelöst gesehen werden können von kolonialer Vergangenheit und von den kolonialen Kontinuitäten, die nach wie vor global wirken, und dass FLINTA in Deutschland weiterhin über diese kolonialen Kontinuitäten Teil der Unterdrückung von FLINTA global werden.

Die Deutungshoheit über Bedarfe und Kämpfe von FLINTA global liegt nicht bei FLINTA in Deutschland oder Europa. Eine solidarische FLINTA-Politik besteht darin, FLINTA global in den Kämpfen und Bedarfen zu unterstützen, die diese für sich formulieren. Die sehr unterschiedlichen Lebensrealitäten bringen sehr unterschiedliche Prioritäten hervor.

Für eine globale Vernetzung von und mit FLINTA müssen Ressourcen und Räume geschaffen werden, um für die jeweiligen Bedarfe und Themen und Prioritäten zu sensibilisieren und um voneinander zu lernen. Die derzeitige sogenannte Fraueninfrastruktur und Frauenarbeit, die stillschweigend cis-Frauen meint, muss als FLINTA-Infrastruktur ausgedehnt werden und finanziell besser ausgestattet werden und verstetigt werden, um die gruppeninterne Sensibilisierung und die breitere, auch globale Vernetzung zu leisten.

Intersektionalität als Schwarze Wissensproduktion muss als Analyse-Instrument und als Konzept in jede FLINTA-politische Forderung einfließen. Alle Erfahrungen und Lebensrealitäten, alle Diskriminierung und Gewalt, die FLINTA betreffen, können sich überschneiden mit der Identität als BIPOC und weiteren Dimensionen von Diskriminierung, als Jüd:innen, als Muslim:innen, als Be_hinderte, als Geflüchtete und Undokumentierte. Dadurch entsteht nicht einfach nur eine Summe an Diskriminierungen, sondern es entstehen spezifische Formen von Diskriminierung. Es besteht die Gefahr, zwar innerhalb der FLINTA als FLINTA anerkannt zu sein, aber aufgrund anderer Aspekte von Identität übergangen zu werden, unsichtbar zu werden, keine Zugänge zu haben, Rassismus zu erfahren, etc.

Besonders muslimische FLINTA, die Kopftuch tragen, sind aktuell massiv diskriminiert. Wir fordern eine umgehende Änderung des sogenannten Neutralitätsgesetzes. Muslim:innen mit oder ohne Kopftuch müssen den gleichen Zugang zu allen Berufen und Ausbildungen haben – auch als Beamt:innen. Darüber

hinaus gelten Forderungen, die schon lange Teil feministischer Diskurse sind: Dazu gehören: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Überwindung des Gender pay gaps!

Gleichberechtigte Verteilung von unbezahlter Arbeit! Sozialversicherungsrechtliche Anerkennung jeglicher Betreuungsarbeit! Prostituiertenschutzgesetz abschaffen! Schluss mit Kriminalisierung und Stigmatisierung von Sexarbeiter*innen! Für Diversität am Arbeitsplatz und anonymisierte Bewerbungen! Renten für ein Leben in Würde ohne Rentenaltererhöhung und Zuschläge für FLINTA die aktuell Rente beziehen für geleistete Care-Arbeit umgekehrt proportional zu ihrem Wohlstand! Für körperliche und geschlechtliche Selbstbestimmung! §§218 und 219a StGB abschaffen: keine Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und freie Information! Kostenfreie Menstruations- und Verhütungsprodukte! Abschaffung des Transsexuellengesetzes! Recht auf Selbstbestimmung von gebärfähigen Menschen in Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett! Deutlich bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen von Hebammen und Geburtshelfenden! Abschaffung der patriarchalen, ableistischen und rassistischen Standards in der Medizin! Keine Zwangsangleichung von intergeschlechtlichen Kindern! Sexuelle Selbstbestimmung für Menschen mit Be_hinderung!

Gegen die Instrumentalisierung von Be_hindertenrechten durch Abtreibungsgegner*innen! Jegliche Gewalt an Frauen*, Lesben, inter-, nicht-binären- und trans-Personen beenden! Femizide (Morde an Frauen*) und Morde an inter, nicht-binären und trans Personen müssen analysiert, benannt und veröffentlicht werden! Rape culture (Normalisierung von Vergewaltigungen und sexualisierter Gewalt) in Gesellschaft und Institutionen bekämpfen!

Schutz und Hilfe bei psychischer und körperlicher Gewalt müssen einheitlich sichergestellt sein! Projektunabhängige Finanzierung von Frauen*häusern, Frauen*beratungsstellen und Beratungsstellen für inter-, nicht-binäre- und trans- Personen! Freie Wahl des Schutzortes für alle FLINT* Personen! Professionelle Begleitung und Weiterbildung für alle involvierten Personen und Ämter. In allen Bildungseinrichtungen müssen Geschichten von Frauen*, Lesben, inter, nicht-binären und trans Personen und Feministische Themen gleichwertig und interdisziplinär gelehrt werden! Diversität, Selbstbestimmung und Konsensprinzip müssen Teil der institutionellen Bildung sein! Schluss mit der Normierung von Rollen, Schönheits- und Körperidealen! Werbung muss gemäß intersektionalen feministischen Standards gestaltet sein!

Feminismus ist antirassistisch und internationalistisch! Gleiche politische, kulturelle und soziale Rechte für Migrant*innen! Anerkennung geschlechtsspezifischer Fluchtursachen von Frauen* und Queers! Freie Wahl des Aufenthaltes! Schluss mit dem Lagersystem! Solidarität mit für Emanzipation kämpfenden FLINT* weltweit!

LGBTQIA+

Noch immer herrscht das cis-normative und heteronormative Bild von Individuen, Geschlechtsidentitäten und Beziehungen in unserer Gesellschaft vor. Cis-Normativität und Hetero-Normativität beschreiben eine Weltanschauung, wonach sowohl heterosexuelle Beziehungen und Heterosexualität, das binäre Konstrukt der Existenz von nur zwei Geschlechtern (Mann und Frau), und die entsprechenden damit einhergehenden Geschlechterrollen als Standard im sozialen Miteinander sieht. Jegliches abweichendes Verhalten von den normativen Vorgaben wird gesellschaftlich und individuell sanktioniert. Insbesondere trans Personen und z. B. homo-/bi-/pansexuelle Menschen sind einem erhöhten Gewaltisiko ausgesetzt, sowie Ausgrenzung und Benachteiligung bei jeglichen Versorgungsstrukturen, z. B. medizinische. Entsprechend braucht es bei Gewalt Schutz- und Unterstützungsstrukturen. Die cis-heteronormative Dominanz-Gesellschaft schließt auf individueller, institutioneller und struktureller Ebene unglaublich viele Menschen, Geschlechtsidentitäten und Sexualitäten aus und behandelt sie als minderwertig, untergeordnet, unerwünscht, oder sogar schädlich. Diese historisch etablierte patriarchale und (Kolonial)-rassistische Realität beinhaltet auch die Höherstellung alles als männlich konstruierten und wird als "natürlich" oder "naturgemäß" erzählt. In den letzten Jahren hat sich die Gesellschaft zwar mehr geöffnet

(z.B. indem seit Ende 2017 homosexuellen Paaren das Recht auf Eheschließung und staatlicher Anerkennung ihrer Ehe nicht mehr verwehrt wird), jedoch musste vieles davon erst aktiv angestoßen und hart erkämpft werden. Dementsprechend langsam geht dieser Prozess voran, den wir beschleunigen wollen. Die Konstruktion von Binarität, Cis- und Heteronormativität wurde durch die Kolonialisierung auch denjenigen Kulturen und Gesellschaften aufgezwungen, welche andere, keine festgelegten oder diversere Formen von Geschlechtlichkeit, Sexualität und Beziehungen lebten. Hier ist eine dekoloniale Analyse und Perspektive relevant für die Dekonstruktion dieser ausschließenden Modelle.

Intersexuellen Menschen steht das Recht zu, selbstbestimmt Aussagen darüber zu treffen, welches Geschlecht sie haben, das Geschlecht auf ihre gewünschte Weise auszudrücken, und dass körperverändernde Maßnahmen nur mit der eigenen Einwilligung stattfinden.

Wir setzen uns für ein Selbstbestimmungs-Gesetz ein, das Menschen jenseits von komplizierten Gutachten und Prüfungsverfahren, die Transition und die Anerkennung ihres Geschlechts erleichtert.

In dem Zuge ist es auch wichtig, allen Menschen körperliche Selbstbestimmung zu gewährleisten; insbesondere Personen mit Uterus für den Fall eines Schwangerschaftsabbruchs. Deshalb ist auch die Abschaffung des Abtreibungsparagraphen §218 und darüber hinaus auch §219 a im Strafgesetzbuch eines unserer Mittel im Kampf für eine LGBTQIA+positive Gesellschaft.

Das cis-heteronormative Bild der Gesellschaft ist veraltet und überflüssig. Menschen trauen sich immer mehr, aus den Schatten zu treten und bekennen sich öffentlich zu sich, ihrem Körper und ihrer Identität, für diese und auch für diejenigen, die das nicht wollen oder noch nicht können, haben wir eine Verpflichtung, die Gesellschaft zu öffnen und inklusiv zu agieren und zu denken.

Sichtbarkeit ist Voraussetzung für politische Selbstermächtigung und Vertretung. Sichtbarkeit muss ermöglicht werden, unterstützt werden und gefördert werden. Die Vision, dass im Sinne von Partizipation auf allen Ebenen auch LGBTQIA+ paritätisch in Parlamenten, Gremien, Parteien, Verwaltungen, Behörden etc vertreten repräsentiert sind und eigene Interessen dort vertreten, kann auch durch Sichtbarkeit nachhaltig verfolgt werden.

Auf allen Ebenen von Gesellschaft und in sämtlichen Ausbildungen und Bildungsinstitutionen muss LGBTQIA+ Identität als selbstverständliche Realität und Teil von Gesellschaften abgebildet werden, vermittelt werden und diese Selbstverständlichkeit muss in Curricula, Bildungsmaterialien, Kollegien, Sprache etc eingeschrieben werden.

Das derzeitige geltende Transsexuellengesetz muss abgeschafft und durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzt werden, um Selbstbestimmung für trans, nicht-binäre und gender-nichtkonforme Menschen, unter anderem bei der Vornamens- und Personenstandsänderung zu ermöglichen, ohne finanzielle, seelische oder sonstige Einbußen, so dass alltäglicher, institutioneller und struktureller Diskriminierung entgegengewirkt wird.

Heteronormativität - Dieser Begriff bezeichnet eine Weltanschauung, in der Heterosexualität als die Norm, als der Standard angesehen wird. Dies ist eine veraltete Ansicht und entspricht in keinsten Weise der Realität unserer Gesellschaft. Jede Art der Sexualität, die konsensuell zwischen mündigen Menschen und ohne Machtgefälle oder Abhängigkeiten stattfindet, ist als normal zu betrachten. Ebenso die verschiedenen Beziehungsformen: eine platonische Beziehung (Freundschaft) oder eine sexuelle kann genauso bereichernd, fordernd und wunderbar sein wie eine romantische, eine offene oder eine polyamore romantische Beziehung ist genauso eine romantische Beziehung wie eine monogame.

Bewegungsfreiheit

Bewegungsfreiheit als Menschenrecht etablieren – Es gibt keinen sachlich nachvollziehbaren Grund, warum auf der Welt Menschen unterschiedliche Rechte haben sollten, sich zu bewegen, oder sehr konkret, warum Menschen mit einem deutschen Pass sich beinahe unbegrenzt bewegen dürfen, während die meisten anderen das nicht dürfen. Die Abschottung weißer – in diesem Kontext reicher - Mehrheitsgesellschaften gegen die Einwanderung aus dem sogenannten globalen Süden ist rassistisch und nicht durch das Bedürfnis nach Sicherheit zu erklären, sondern mit dem Sichern kapitalistischer Besitzstände, die sich in Form von Lebensstandard ausdrücken. Grenzsyste me und Visa-Systeme müssen abgeschafft oder so gestaltet werden, dass diese globale rassistische Ungleichbehandlung aufgehoben wird. Aus der Etablierung von Bewegungsfreiheit als Menschenrecht ergibt sich zwingend, dass koloniale Dominanz, Rohstoff-Raubbau und Klimaungerechtigkeit ausgeglichen werden müssen, und Verteilungsgerechtigkeit global durchgesetzt werden muss – nicht als Ergebnis von langwierigen sogenannten „trickle down economics“ oder einer unsichtbaren (aka weißen) Hand (gemäß Adam Smith), sondern als sehr konkrete Zielgröße. Wie diese gemessen werden kann, an was sie sich ablesen lassen wird und in welchem Rahmen Abweichungen (Varianz) zulässig sein sollten, sind noch zu entwickelnde Parameter. Ein wichtiger Index, der sehr anschaulich macht, warum Migration ein Menschenrecht sein muss, ist der HDI, der Human Development Index. Er bildet vor allem Lebenserwartung ab und Bildungsjahre. Und er zeigt, wie diese Privilegien eines langen Lebens und dem Zugang zu Bildung weltweit verteilt sind. In Nordamerika, Japan, Europa, Australien, Israel, Saudi Arabien und ein paar winzigen Inselstaaten ist die durchschnittliche Lebenserwartung 20 Jahre höher, teilweise bis zu 30 Jahre höher, als bspw. auf dem afrikanischen Kontinent oder in Afghanistan. Wenn das mal kein Anlass ist, zu migrieren.

Wir fordern daher in der aktuellen politischen Situation sofortige Einstellung von Frontex und Umwidmung der Ressourcen von Frontex i.H.v. ca 22Mrd € in Bildungs- und Kulturkooperationen und Projekte zwischen afrikanischen, europäischen und asiatischen NGOs.

Jegliche Form von Seenotrettung muss in vollem Umfang ermöglicht werden, gefördert werden und unterstützt werden. Push back Operationen müssen mit allen Mitteln als Morde oder versuchte Morde ermittelt werden. Alle von Deutschland ausgehenden Militäroperationen und Präsenzen außerhalb von Deutschland müssen sofort eingestellt werden. Die menschenrechtswidrige Situation in allen Lagern an den europäischen Außengrenzen muss sofort behoben werden. Alle Lager müssen evakuiert werden - auch wenn Deutschland hier ohne europäische Lösung und Partnerschaften handeln muss. Der internationale Gerichtshof muss initiativ Anklage erheben gegen die EU wegen struktureller und wissentlicher andauernder Verletzung von Menschenrechten und 1000-fachen Mordes, Nötigung, Körperverletzung und seelischer Verletzungen, vor allem an Kindern. Hierfür sollen Reparationen und Entschädigungen festgesetzt werden. Diese Praxis muss die EU teuer zu stehen kommen. Im April 2021 hat das EU-Parlament die „Entlastung“ von Frontex für 2019 verweigert, da menschenrechtliche Fragen offen blieben.

In Deutschland müssen alle undokumentierten und illegalisierten Personen legalisiert werden und mit einem Status so ausgestattet werden, dass sie alle Zugänge haben, die ihnen menschenrechtlich zustehen und so dass sie Planungssicherheit haben und die eigene persönliche Entwicklung und Entfaltung stattfinden kann, aber auch eine gesellschaftliche Partizipation ermöglicht ist. Als Menschen, die ständig in Deutschland leben, soll auch das Wahlrecht erteilt werden.

Die Dublin-Regelungen müssen sofort ausgesetzt werden, der Deal mit der türkischen Regierung zur Kontrolle der Übertretung der Grenzen zwischen Türkei und EU-Gebiet muss beendet werden.

Klimagerechtigkeit und Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit

Klimawandel muss historisch betrachtet werden. Sichtbar machen, dass es zum mit Abstand größten Teil weiße Mehrheitsgesellschaften sind, die entlang kolonialer Dominanzverhältnisse in extremen Ausmaß Ressourcen und Energie verbrauchen und konsumieren. Vor allem durch dieses koloniale (kapitalistisch-rassistische) Dominanzverhältnis ist die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und die untragbare Überlastung oder Zerstörung der Lebensgrundlagen vor allem in den nicht-weißen Mehrheitsgesellschaften überhaupt erst möglich. Weiße Mehrheitsgesellschaften nehmen ohne nennenswerten Widerstand in Kauf, dass Menschen in nicht-weißen Mehrheitsgesellschaften die Existenzgrundlagen entzogen werden und selbstverständliche menschenrechtlich garantierte Lebensstandards nicht gewährleistet sind. Das ist Komplizenschaft, das ist Rassismus. Die Gleichgültigkeit demgegenüber ist rassistisch. Klimapolitik, die nicht dort ansetzt, reproduziert diesen Rassismus.

Klimaschutz darf nicht die Verantwortung auf das Individuum abwälzen! Aber Shaming von einzelnen Personen oder Gruppen – vor allem entlang von intersektionalen klassistisch-rassistisch-patriarchalen Machtverhältnissen - deren Konsum, Gewohnheiten und Verhalten nicht offensichtlich oder vordergründig klimabewusst sind bzw. ökologisch wertvoll erscheinen, lehnen wir ab. Wir begrüßen jedes umweltbewusste Verhalten und den nachhaltigen Konsum Einzelner und ein ökologisch bewusster Lebensstil ist positiv zu bewerten. Aber die Selbstdisziplinierung zu ökologischer Bewusstheit im eigenen Alltag, entbindet nicht von der Komplizenschaft im kolonialen System, das per Definition klimaschädlich ist, und zwar in einem Ausmaß, dem nur strukturell politisch abgeholfen werden kann.

Es muss sehr deutlich gesagt werden und auch gelehrt, verstanden und umgesetzt werden: antikoniale Politik ist Klimaschutz! Freitag ist jetzt!

Gleich vorweg: Eine Klimadebatte zu führen, die sich um die Zukunft dreht, ist von vornherein nicht zielführend und vor allem weder macht-, noch rassistuskritisch. Warum diese Themen unmittelbar zusammengehören, zeigt der Umgang mit dem Klimawandel in der europäischen und deutschen Öffentlichkeit.

Eine eurozentristische Perspektive auf die zukünftigen Folgen des Klimawandels ist ignorant und gefährlich, denn sie klammert aus, dass diese Folgen im globalen Süden längst Realität sind. Das bedeutet nicht, dass wir Bewegungen wie dem Fridays For Future Movement nicht wohlgesonnen sind, es zeigt aber schon im Namen auf, dass es hier um eine europäisch/westliche Perspektive geht, die nicht sichtbar macht, was tatsächlich schon jetzt geschieht. Wir unterstützen die Maßnahmen, die von FFF oder der Partei radikal:klima gefordert werden zu 100%. Aber wir können da nicht stehen bleiben.

Fridays For Future fordern: Nettonull für den CO₂-Ausstoß bis 2035 erreichen; Kohleausstieg bis 2030; 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035; Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger; 1/4 der Kohlekraft abschalten; Eine CO₂-Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das 180€ pro Tonne CO₂; Einhaltung des 1,5°-Ziels (maximum) der Erderwärmung.

Das ist gut, aber noch nicht gut genug. Wir wissen, dass wir von Entscheidungen sprechen, die gefällt werden müssen und können. Dem steht nichts im Weg, außer Einstellungen, Haltungen, die Systeme Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus. Daher müssen die Forderungen radikal sein und dürfen den Kompromiss und den Widerstand der hegemonialen wirtschaftlichen Interessen nicht vorwegnehmen in vorausseilendem Gehorsam.

Für die Nettonull muss ein 4-Jahresplan - eine Legislaturperiode - ausreichen. Der Kohleausstieg muss ebenfalls innerhalb der kommenden Legislaturperiode vollzogen sein. Die Energieversorgung mit erneuerbaren Energien muss durch die Umstellung von Rüstungsbetrieben in Produktionen für Windkraft- und Solaranlagen etc., aktiv beschleunigt werden und es muss ein Gesetz erlassen werden, dass alle anderen Formen der Energieversorgung verbietet. Dieses Gesetz muss immense Geldstrafen vorsehen, wenn es verletzt wird. Die Subventionierung fossiler Energieträger muss sofort und komplett eingestellt werden. Gleichzeitig kann auf Kohlekraft auch innerhalb der kommenden Legislaturperiode verzichtet werden.

CO₂-Ausstoß-Kontingente zu schaffen bzw eine Steuer pro Tonne zu erheben, finden wir gut, möchten aber dem historischen Anteil Deutschlands an der Erderwärmung kalkulieren und möchten daher erstens eine höhere Abgabe festlegen i.H.v. 300€/Tonne und auch die Verwendung des Anteils von 180€ in die Förderung regenerativer Energie lenken und den Anteil von 120€/Tonne in einen antikononialen Reparationsfonds lenken.

Klimawandel muss als globales Phänomen erkannt und benannt werden, insbesondere in Bezug auf die Verantwortung und die Rolle, die insbesondere europäische Staaten innehaben. Hunderte Millionen Tonnen Müll, die in Europa jährlich produziert werden, landen in asiatischen und afrikanischen Staaten Jahr für Jahr. Nachhaltigkeit ist zum Marketingbegriff für Greenwashing geworden, um Statistiken zu beschönigen. Nach wie vor produzieren Konzerne, teils staatlich subventioniert ertragreich und damit kostengünstig in Ländern, die sich durch verschiedene Handelsabkommen in eine Abhängigkeit begeben mussten.

Der in Europa produzierte Überschuss wird zu Dumpingpreisen auf dem afrikanischen Kontinent und in Asien verkauft und zerstört nachweislich die Binnenmärkte. Eine unmittelbare Folge etablierter kolonialer Strukturen, die uns tagtäglich im Alltag begegnen, und das nicht nur in Namen etablierter Discounter wie Edeka (Einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler).

Unser Konsum, sogar noch vereinfachter gesagt: "Unser täglich Brot" ist schon eine politische Angelegenheit, die wir uns bewusst machen sollten. Hier bekommt die Floskel "Über den Tellerrand schauen" eine durchaus legitime Metaebene.

Wir müssen das Bewusstsein für eine nachhaltige Lebensweise stärken, insbesondere aber nicht ausschließlich in Bezug auf das Konsumverhalten. Machtkritik ist dabei auch ein Thema, dass in der Debatte nicht ausreichend thematisiert wird: Stichwort Klasse (Wer kann sich leisten, nachhaltig zu konsumieren) und Stichwort Lobbyismus.

Die Gesundheit der Menschen darf nicht von der stärksten Lobby abhängig sein. Dies beginnt schon bei der Frage, warum bspw. die Photovoltaik-Branche quasi über Nacht 80.000 Arbeitsplätze verloren hat, weil Subventionierungen wegbrechen, aber auf der anderen Seite der Kohleausstieg wegen der Gefährdung von 30.000 Arbeitsplätzen über Jahrzehnte hinweg geplant oder eher verschleppt werden kann? Es ist einzig die Frage: Wer hat die stärkste Lobby?

Lösungswege sind allerdings nicht nur bekannt, sondern auch eine Umsetzung schon beschlossen. Jedoch bisher eher als richtungsweisende Leitfäden, wenn wir böse wären, würden wir von Symbolpolitik sprechen.

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung [(SDGs) englisch: Sustainable Development Goals]1 als politische Zielsetzung der Vereinten Nationen, traten bereits am 01. Januar 2016 mit einer Laufzeit von 15 Jahren, mit dem Umsetzungsziel bis 2030, in Kraft. Inhalt ist die Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung nach ökonomischen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten.

Schon jetzt ist klar, dass das Erreichen der Ziele nicht nur unmöglich ist, sondern insbesondere Deutschland die ohnehin zu gering wirksamen Maßnahmen noch einmal eingeschränkt hat und dadurch die gesetzten Ziele nicht erreichen wird.

In den SDG (siehe Dekolonialisierung) fehlt allerdings das Basis-Ziel. Es fehlt eine dekoloniale Perspektive. Wir fordern, koloniale Kontinuitäten zu demontieren und das rassistische System zu benennen und zu beseitigen. Darauf aufbauend können wir Forderungen ableiten, die den Kapitalismus als globales Problem und als unvereinbar mit nachhaltigem Leben begreifbar machen und in seinen Wurzeln aushebeln, um neue Strukturen zu etablieren.

Die Handelsabkommen mit den ehemaligen Kolonialstaaten reichen bis in die aktuellen Verträge hinein und wirken sich bis heute nachteilig auf die Länder aus. Und die EU betreibt eine aggressive Freihandelspolitik mit den sogenannten AKP-Staaten, um die weitere Öffnung dieser Absatzmärkte zu erzwingen. Dabei wirken Abhängigkeiten der afrikanischen, karibischen und pazifischen Länder von Weltbank- und IWF-Mitteln und die Vergabe von deutscher Entwicklungshilfe (neuerdings euphemistisch wirtschaftliche Zusammenarbeit genannt) als Druckmittel und Verhandlungsmasse. Auf dieser Grundlage ist das gesamte System von grund auf schon im Ansatz falsch aufgesetzt. Reparationen und ein Ökozid-Gesetz, das zu realistischen Entschädigungen auch für ökologische Schäden verpflichtet, können Ausgleich schaffen, um Regeneration zu fördern.

Nachhaltiges Konsumverhalten gilt es zu fördern und innovative, umweltschonende und gesundheitsfördernde Maßnahmen zu unterstützen. Insbesondere betrifft dies die Bereiche Verpackungsmaterialien und die damit verbundene Abfallproduktion. Nicht nur die Industrie muss hier in die Pflicht genommen werden, um Abfall zu reduzieren und nachhaltiger zu produzieren, auch die Bürger:innen sollten die Verantwortung erkennen, die Nachfrage und somit den Markt mitzugestalten - und vor allem von staatlicher Seite verstärkt gegen Wirtschaftslobbyismus vorzugehen.

Ein reglementierter Umgang mit Lebensmitteln wie bspw. Supermarktketten zu untersagen, nicht verkaufte Nahrungsmittel im Müll zu entsorgen, muss weltweit zur Pflicht werden.

In Deutschland landen jährlich ca. elf Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll – das entspricht ungefähr einem Wert von 25 Milliarden Euro. Es gilt Modellversuche wie Supermärkte, die Nahrungsmittel ohne Verpackungen anbieten - bereits in Deutschland existent - zu stärken und zu fördern, um Verpackungen und Plastikmüll zu vermeiden.

Neben moralisch kaum haltbaren Argumenten, ist besonders die Massentierhaltung maßgeblich für viele ökologische, soziale und ökonomische Probleme verantwortlich.

Die Entwicklung von Krankheiten durch multiresistente Keime – da die Massentierhaltung für den inflationären Gebrauch von Antibiotika verantwortlich ist.

Weltweit werden 60-70 Milliarden Tiere zur Fleischproduktion getötet, der Verbrauch an Nahrungsmitteln für die Tierzucht erfordert Weideflächen, den Anbau von Monokulturen zur Futtergewinnung, ein enormes Trinkwasser-Kontingent und ist maßgeblich an der Rodung der klimatisch dringend notwendigen Regenwälder verantwortlich. Über 90% des weltweiten Soja-Anbaus geht ausschließlich in die Massentierhaltung.

Der hohe Konsum von tierischen Produkten steht nach diversen offiziellen Studien im Verdacht Krebs und weitere Zivilisationskrankheiten auszulösen.

Die CO2 Emissionen der Massentierhaltung gelten als die wichtigsten Verursacher der globalen Erwärmung. Allein pro Kilo Rindfleisch werden umgerechnet 13,3 Kilo CO2 freigesetzt. Dazu kommt der CO2 Ausstoß durch die Verkehrswege, die das Futter für die Tiere zurücklegt und die Logistik bzgl. der getöteten Tiere.

Der Export billig produzierter Nahrungsmittel und Tierprodukte an wirtschaftlich abhängige Länder zerstört die dortigen Binnenmärkte und Infrastrukturen.

Wir fordern kurzfristig einen Stopp sämtlicher staatlicher Subventionierungen zugunsten der Massentierhaltung in Deutschland und Europa. Die vollständige Beendigung von Massentierhaltung ist unser erklärtes Ziel innerhalb der kommenden Legislaturperiode.

Hier würde eine Förderung regionaler und saisonaler Lebensmittel für den regionalen Gebrauch dabei helfen, den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Aufklärung bzgl. der Auswirkungen und Missstände der Massentierhaltung zur Fleisch- und Milchproduktion ist unabdingbar, um ein Bewusstsein bei Konsument:innen zu entwickeln. Grundsätzlich sollte der maßlose Konsum tierischer Produkte auf ein, buchstäblich, gesundes Maß reduziert werden.

Ressourcenschonende, fleischarme, vegetarische oder vegane Ernährungs- und Lebensweisen sind zu bevorzugen und zu fördern - mit entsprechenden Aufklärungsmaßnahmen und Subventionierungen.

Dazu zählen auch ein übergreifender Artenschutz und der vernünftige Umgang mit wildlebenden Tieren in Deutschland und ein generelles Verbot von (Wild-)Tieren im Zirkus und ein verantwortungsvoller Umgang mit Tieren in Zoos, Tierparks und bei und mit den sogenannten Haustieren.

Abrüstung

Jegliche Rüstungsexporte sind zu unterbinden. Wir streben eine soziale globale Ordnung an, in der die zivilgesellschaftliche Vernetzung und Kommunikation so intensiv ist, dass kriegstreibende Narrative keine Chance haben und in der Verteilungsgerechtigkeit herrscht. In so einer Welt braucht es intensiven transkulturellen und transkontinentalen Austausch und ständige flexible Anpassung von Bedarfen und Zugang zu Ressourcen, um ein Gleichgewicht zu erhalten, in dem hegemoniale, kulturelle und koloniale Dominanz als destruktiv markiert ist und in dem geeignete Instrumente etabliert sind, die deren Entstehung verhindern. In dieser Welt ist Rüstung und Waffengewalt unnötig. Der Weg dahin ergibt sich aus den Politiken, die in diesem Programm skizziert sind und für die allernächste Zukunft ergibt sich daraus ein stetiger Abbau der Rüstungsproduktion und der Umlenkung der Ressourcen in Verwendungen, die konstruktiv statt destruktiv sind. Auch die Einteilung in Blöcke und militärische Allianzen wie NATO und OSZE es sind, die allein auf Regierungsebenen stattfinden, die nur auf dem Papier existieren, sollen sukzessive durch intensivste zivilgesellschaftliche Vernetzungen und transkontinentale und transkulturelle Verbindungen ersetzt werden. Konflikte sind auf dieser Ebene zu lösen – natürlich mit geeigneten Methoden, Instrumenten und Partizipationsmodellen. Jegliche militärische Einmischung deutscher Soldat*innen ist sofort auszusetzen, auch die militärische Präsenz außerhalb Deutschlands soll eingestellt werden. An deren Stelle sollte intensiver zivilgesellschaftlicher Austausch, Austausch von Expertisen, von Knowhow sowie ausgedehnte gemeinschaftliche Bildungsinitiativen, zahlreiche Begegnungsprojekte und gemeinsame Kunst- und Kulturproduktion treten.

Sicherheitspolitik ist unter umgekehrten Vorzeichen zu analysieren. Die Frage ist nicht vorrangig, was sind die Sicherheitsrisiken für Deutsche bzw. für Menschen in Deutschland, sondern welche Gefahr und welche Sicherheitsrisiken gehen von Deutschland und Europa für die Welt aus – Stichwort koloniale Dominanz, Zerstörung von Lebens- und Existenzgrundlagen, kulturelle Hegemonie und eurozentrische Diskurse weißer Mehrheitsgesellschaften. Diplomatische Initiativen auf politischer Ebene haben die Aufgabe, eine

Kehrtwende und ein radikales Umdenken und Dekonstruieren destruktiver globaler Dominanzverhältnisse zu vermitteln, zu verhandeln, zu kommunizieren und zu implementieren. Die Vereinten Nationen als Institution sollte von der Logik der Nationalstaaten Abstand nehmen und als Vertretung der globalen Community neu eingerichtet werden, die wir nämlich in unserer Menschlichkeit sind.

Der militärische industrielle Komplex muss beendet und zugunsten der Lebensqualität der Menschen abgeschafft werden. Produktion von Waffen und Rüstungsgütern ist einzustellen. Die entsprechenden Unternehmen sollten vergesellschaftet werden und ihre Produktion in die Herstellung von Gütern für die Gewinnung regenerativer Energien umgewidmet werden.

Die zunehmende Militarisierung aller Sicherheitsbehörden ist zu unterlassen.

Digitalisierung

Es geht um die davon eilende Entwicklung hin zu einer Technologie, die einerseits große Fortschritte für die globale Menschheit bedeuten kann, die aber auch große Gefahren bedeuten kann für die globale Community, wenn sie sich im rassistischen kapitalistischen und patriarchalen System etabliert. Die Verschmelzung von Künstlicher Intelligenz, mit dem intensiven Verständnis menschlicher Biologie und vor allem menschlicher Biochemie und der bald grenzenlosen Kapazität der Verarbeitung riesiger Datenmengen, kann sowohl in die rassistische faschistische Dystopie münden, als auch in eine verteilungsgerechte und partizipative Utopie. Es steht und fällt mit der Gestaltung dieser Entwicklung. Hier prescht die Industrie voran, ohne ethisch, dekolonial, rassismuskritisch, intersektional machtkritisch aufgestellt zu sein. Bestehende Biases fließen ungefiltert in Algorithmen ein (Wer bekommt einen Kredit, wer bekommt einen Job und welchen, etc) und bestehende Systeme (siehe oben) werden unhinterfragt in die Logik der Algorithmen eingeschrieben. Und es preschen auch Regierungen voran mit staatlichen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen, um in diesem globalen Rennen nicht hinten zu bleiben. Die Konsequenzen zunehmender Automatisierung für die Arbeitswelt und die Arbeitsmärkte dürfen nicht diesem Rennen überlassen werden.

Auch hier bedarf es einer Gestaltung, einer Entschleunigung und vor allem einer transkulturellen, transkontinentalen, interdisziplinären, machtkritischen Kommunikation und Kooperation und gemeinsamer Standards, gemeinsamer Vereinbarungen und der Etablierung eines globalen Miteinanders. Wir streben ein globales Commitment an, zusammen an dieser Gestaltung zu arbeiten.

Das geht nicht ohne die in anderen Themen erwähnte Dekonstruktion der Systeme, die diese Entwicklung entfesselt haben. Die Ausbildung in Ingenieurwissenschaften und digitalen Technologien ist eine kritische Stelle in dieser Entwicklung, wo eingegriffen werden kann und muss. Die ethischen, menschenrechtlichen, rassismuskritischen, queerfeministischen, intersektionalen, Sensibilisierungen, können schon jetzt dazu beitragen, dass Anwendungen für machtkritische Zwecke, für Transparenz und größere demokratische Kontrolle und für mehr Partizipation entwickelt werden, statt für die Zementierung von Dominanzverhältnissen.

Wir stehen für weitgehenden Datenschutz; Erhaltung europäischer datenschutzrechtlicher Standards für einen EU Technologie Stack; zeitgemäße digitale Infrastruktur flächendeckend; Die Verwaltung muss innerhalb einer Legislaturperiode eine komplette digitale Infrastruktur für alle Verwaltungen einrichten. Für die Regulierung der technologischen Entwicklungen braucht es eine transkontinentale Kooperation.

Demokratie – soziale Ordnung – Gewaltenteilung – Wahlen

Wie sehen unsere Parlamente aus/Quote Bundestag, Lobbyismus, demokratische Konstrukte in Bezug auf soziale Gerechtigkeit, Partizipation und Transparenz prüfen; Zivilgesellschaft & Staat/Polizei

Soziale Ordnung fällt nicht vom Himmel. Die Systeme, in denen wir leben, sind von Menschen gemacht und können auch von Menschen verändert werden, hinterfragt und dekonstruiert/überwunden werden. Das wird oft vergessen und gerade Rassismus wird oft mit der „angeborenen Angst vor dem Fremden“ legitimiert oder relativiert, wie auch Kapitalismus mit der „gierigen Natur des Menschen“ legitimiert wird und wie auch das Patriarchat durch die vermeintliche „körperliche Überlegenheit von cis Männern“ normalisiert wird. Alles das ist Unsinn und wissenschaftlich, historisch widerlegt. Es ist möglich, eine soziale Ordnung zu etablieren als globale Community, in der diese Systeme keinen Platz haben.

In der unmittelbaren Gegenwart muss die Gewaltenteilung als Grundsatz der Demokratie hinterfragt werden. Die Gewalt scheint nicht ausreichend geteilt, die Kontrollfunktionen sind nicht gut durchdacht und das ganze System steht auf einem kolonialen Fundament, was es per definition antidemokratisch macht.

Das parlamentarische System muss so umstrukturiert werden, dass es eine Partizipation der globalen Community, die wir bereits sind, ermöglicht, so dass ALLE Perspektiven abgebildet werden, die von der Politik betroffen werden, die in D gemacht wird (nicht nur die von Menschen in Deutschland). Es braucht eine paritätische Abbildung von intersektionalen Perspektiven, unabhängig von deren zahlenmäßiger Anwesenheit und korrespondierend mit dem jeweiligen Referenzrahmen: Gerade für global relevante Diskurse und darauf folgende parlamentarische Entscheidungen muss die Perspektivenvielfalt, die intersektionale Interessenvertretung und die intersektionale interdisziplinäre Expertise gewährleistet werden. Alle derzeit existentiell relevanten Diskurse sind gleichzeitig global relevante: Globale Ökonomische Gerechtigkeit, Gewährleistung von Menschenrechten überall, Klimagerechtigkeit, menschenrechtlich-ethische Gestaltung von technologischem Fortschritt (AI/Bioengineering/Digitalisierung), Entmilitarisierung/Abrüstung/Frieden.

Der komplette parlamentarische Komplex - Politische Prozesse, Entscheidungsfindungen, Ressourcenverwaltungen und Einflüsse aus den Strukturen der Gesellschaft (Märkte, Institutionen, Interessenvertretungen etc) muss nachhaltig-partizipativ gestaltet werden, transparent erfasst und dargestellt und verständlich gemacht werden.

Alle Parlamente müssen ab den jeweils nächsten anstehenden Wahlen eine paritätische intersektionale Repräsentation gewährleisten. 50%ige Quoten für FLINTA, BIPOC, LGBTQIA+, be_hinderte Menschen, für Altersdiskriminierte (unter 25/über 70) etc. ist absolut unumgänglich. Ein Parlament, das diese Quoten nicht abbildet, ist nicht beschlussfähig, weil es eben die Bevölkerung vertreten soll und muss. Und wenn es dies nicht tut, dann kann auch kein Beschluß in dessen Vertretung passieren. Die aktuelle Praxis des sogenannten „Minderheitenschutzes“ erklärt alle strukturell benachteiligten Gruppen zu Minderheiten. Die Minderheit, die stets unerwähnt bleibt, aber in Parlamenten absolut überrepräsentiert ist, sind weiße cis hetero Männer ohne Be_hinderung. Ihr Anteil in der Bevölkerung ist irgendwo zwischen 15-20% - aber sie haben mindestens 50% Anteil an allen Parlamentssitzen.

Allgemeines Wahlrecht - Jede Person, die ständig in Deutschland lebt, muss das Wahlrecht in allen Wahlen erhalten ab dem 14. Lebensjahr. Die Partizipation an der Gestaltung der unmittelbaren Umgebung muss jeder einzelnen Person gleichberechtigt ermöglicht werden. Eine Mindestaufenthaltsdauer ist hierfür nicht notwendig.

Steuern sind immer noch die scheinbar sinnvollste Methode, gemeinschaftliche Projekte, Strukturen, etc zu finanzieren. Gleichzeitig sind Steuern und Steuersysteme sehr unbeliebt und haben kein gutes Image. Warum eigentlich? Es wird viel verschwendet und es wird vieles gemeinschaftlich finanziert, was scheinbar eher den Interessen von Unternehmen dient (bzw indirekt der Erhaltung von Arbeitsplätzen) – bsp sind Autobahnen. Die nutzen nur Autofahrer:innen, zahlen tun aber alle dafür. Und es gibt auch keinen Ausweg daraus und keine Option, die Verwendung der eigenen Steuerbeiträge an Zwecke zu binden, bzw. bestimmte Verwendungen auszuschließen.

Das ist eigentlich unmodern und unzeitgemäß. Es muss eine technisch umsetzbare Möglichkeit geben, die Verwendung von Steuermitteln mit zu bestimmen. Davon ausgenommen sein müssen aber alle Mittel, die in gleichstellende Verwendungen fließen. Die Kirchensteuer ist abzuschaffen. Religiöse Stätten und Institutionen müssen selber Konzepte entwickeln, um für ihre Mitglieder attraktiv zu bleiben und um in ihrer Gemeinde Angebote machen zu können. Das schließt die Beantragung von Fördermitteln für Verwendungen nicht aus. Die automatische Finanzierung, die noch ein Überbleibsel aus der Entschädigung für Enteignungen ist, soll beendet werden.

Anstelle der destruktiven Abschottungen und nationalen Konstrukte und Grenzregime soll intensive globale Mediation, Kooperation und Austausch und Information treten! Der „urbane“ Geist ist im Sinne dieser intensiven, globalen und konstruktiven und vor allem zivilgesellschaftlichen Vernetzung zu verstehen – Durch die Vernetzung rücken wir näher zusammen und die Selbstverständlichkeit unterschiedlicher Identitäten und verschiedener Lebensentwürfe funktioniert überall und über alle Grenzen und kulturellen Räume hinweg. Wir lernen, innere Werte zu fokussieren und zu priorisieren, anstelle materieller und äußerlicher Faktoren.

Die Institution Polizei: Die Polizei beschützt kapitalistische Besitzverhältnisse und setzt die kapitalistisch rassistisch hierarchisierende soziale Ordnung durch. Sie ist damit inhärent rassistisch. Deswegen ist eine Polizei, die vor Rassismus schützen soll, eine Polizei, die sich selber abschaffen muss, weil sie eben der erhaltende Ausdruck von strukturellem und institutionellem Rassismus ist. Die Polizei müsste für eine tatsächliche Bekämpfung von Rassismus aus der eigenen Institution heraus die Verteidigung von Besitzständen ablehnen bzw. Besitzverhältnisse einfordern und soziale Ordnung einfordern, die durchzusetzen eine zumutbare Aufgabe ist.

Die Durchsetzung von sozialer Ordnung, die auf Ausbeutung basiert, ist auf Dauer nicht machbar und muss jede Institution, die diese antisoziale rassistische Ordnung durchsetzen muss, kompromittieren.

Jede soziale Ordnung hat Regeln, die das Miteinander gestalten. Wenn wir davon sprechen, die Polizei abzuschaffen, dann geht es nicht darum, dass es keine Institution(en) braucht, die diese Regeln durchsetzt(en) oder deren Einhaltung prüfen. Aber es ist eine Forderung, die die Gedanken in die Richtung lenkt, was überhaupt für soziale Ordnungen auf Dauer durchsetzbar sind in Gesellschaften, in denen nicht die informelle soziale Kontrolle diese Funktion übernehmen kann, weil wir schon lange in Gesellschaften leben, in denen wir uns nicht alle gegenseitig persönlich kennen? (Siehe hierzu auch Yuval Noah Harari) Die rassistisch koloniale kapitalistische ist es jedenfalls nicht. Deswegen treten wir dafür ein, Polizei in ihrer jetzigen Form abzulösen durch eine Institution, deren Aufgaben und Kompetenzen neu durchdacht werden müssen und deren Struktur rassistiskritisch und intersektional machtkritisch aufgebaut ist und handelt.

Die akuten Veränderungen, die am Status Quo ansetzen, können nur unbefriedigende Anpassungen sein, wichtig sind sie dennoch, weil auch kleine Anpassungen bereits die Leben von Marginalisierten und Migrantisierten verbessern können.

Wir fordern daher die bedingungslose Einstellung jeglichen racial profilings und empfindlicher Disziplinarmaßnahmen bei Anwendung dieser Praxis. Wir fordern unabhängige Ermittlungsstellen in allen größeren Städten und auf Landesebene und auf Bundesebene, die Polizeiarbeit regelmäßig monitoren, supervisieren und bei konkreten Verdachtsfällen von Machtmissbrauch ermitteln mit Entscheidungskompetenz. Wir fordern die Öffnung der NSU-Akten und die umgehende ausführliche und unabhängige Ausermittlung sämtlicher Verbindungen, Querverweise und Verstrickungen in bestehende Behörden, Verwaltungen und in die Zivilgesellschaft. Wir fordern die Wiederaufnahme der Ermittlungen im Mordfall an Oury Jalloh und die Verurteilung der Mörder, sowie die Ermittlung gegen jede einzelne Behörde, Stelle und Person, die im Zuge der Verschleppung und Strafvereitelung eine Verantwortung trägt. Wir fordern eine große, unabhängige und ständige Kommission von Expert:innen, die Rassismus innerhalb der Polizeistruktur und innerhalb der Ausbildungswege und innerhalb der Schnittstellen mit Justiz und Vollzug untersucht, analysiert und Instrumente entwickelt, wie die Polizei in der jetzigen Form bereits alle möglichen Maßnahmen ergreifen kann, um Rassismus und die internen rassistischen Denk- und Handlungsmuster zu neutralisieren. Wir fordern regelmäßige rassismuskritische und diskriminierungskritische Sensibilisierungen für alle Polizist:innen und regelmäßige Möglichkeiten der Reflektion der Arbeit und der Einordnung von Erfahrungen im Job zusammen mit Expert:innen.

In der akuten Situation muss die Institution Polizei durch eine neu zu gestaltende Ausbildung und eine unabhängig ermittelnde Expert:innen-Kommission so intensiv wie möglich sensibilisiert werden und in der Ausübung des Gewaltmonopols intensiv kontrolliert werden, da die Durchsetzung der Institution mit rassistischem und rechtsextremistischem Gedankengut zusätzlich zum ‚unconscious bias‘ noch gar nicht in ihrem ganzen Ausmaß bekannt ist und eingeschätzt werden kann. Statt von einer ‚im Grundsatz korrekten‘ Polizei auszugehen, muss vielmehr sehr bedenklich stimmen, dass die Institution sich in einer ständigen Verteidigungshaltung befindet und eher versucht, ihren Ruf zu retten, als tatsächlich für eine menschenrechtlich und grundgesetzlich klar bekennende Polizei Sorge zu tragen.

Universelles Grundeinkommen – Verteilung – Arbeit

Um bereits im Hier und Jetzt Verteilungsgerechtigkeit zu befördern und Existenzgrundlagen zu sichern und auch um Kapazitäten zu schaffen für zivilgesellschaftliches Engagement und politische Partizipation, muss ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland gefordert werden. Um aber gleichzeitig die globale Relevanz des Grundeinkommens zu signalisieren, braucht es eine Kommission zur Ausdehnung des Grundeinkommens synchron mit der antikolonialen Agenda auf die gesamte globale Community. Hierfür sollen Modelle entwickelt werden, wie das universelle Grundeinkommen partnerschaftlich (z.B zwischen Deutschland und den ehemals von Deutschland kolonisierten Ländern, oder zwischen EU und den von der EU kolonisierten Ländern) eingeführt werden kann, so dass es mit dem System der Reparationen verknüpft wird und diese Institutionen ineinander greifen können.

Solange diese Modelle noch nicht entwickelt sind, bzw. solange die Kommunikation mit den Ländern, Regionen, Gruppen, die Anspruch auf Reparationen haben, noch nicht installiert ist, sollten bereits „vorläufige“ Reparationsleistungen in einen Fonds eingezahlt werden, dessen Verwendung dann besprochen und ausgehandelt wird. Die vorläufigen Einzahlungen können nur symbolische Wirkung entfalten. Die Höhe, Form und Durchführung von Reparationen muss in einem gemeinsamen, bestenfalls für beide Seiten heilsamen Prozess ermittelt und vereinbart werden. Wichtig ist, dass die Kommunikation vor allem zwischen Zivilgesellschaften stattfinden, anstelle diplomatischer Verhandlungen zwischen Regierungen. Die Gewährleistung und Ermöglichung dieser transkulturellen, transkontinentalen und interdisziplinären zivilgesellschaftlichen Vernetzung, Kommunikation und Austausch muss gesetzlich verankert und durch unabhängige Träger und die öffentliche Administration regelmäßig und häufig und intensiv umgesetzt werden. (siehe Reparationen)

Jedliches Grundeinkommen kann nicht eine absolute nominelle Summe sein, sondern muss an mehreren Schlüsselparametern anknüpfen. Hier sollten Preisniveaus eine Rolle spielen, aber auch die Einkommensschere zwischen obersten und untersten Einkommensniveaus. Welche Parameter es konkret sein sollten und woran sie sich orientieren und wie diese zu ermitteln sind, muss eine personell breit und intersektional paritätisch besetzte Initiative oder Kommission erforschen. Modelle, die bereits existieren sind auf ihre intersektional und dekolonial machtkritische und rassismuskritische Analyse zu prüfen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen darf niemanden ausschließen. Es darf eben an keine Bedingung geknüpft sein. Weder Aussehen, noch Alter, weder Herkunft, Status, Staatsangehörigkeit, Einkommen, sexuelle Identität, Geschlechtsidentität, Glaube, noch körperliche Fähigkeiten dürfen zur Bedingung für seinen Erhalt gemacht werden. Es kann eine einfache Möglichkeit geben, das Grundeinkommen alternativ und zweckgebunden zu spenden – z.B. in die Verwendung für Reparationen oder in andere Solidarfonds.

Die Frage, ob das BGE auch Personen zustehen soll, die große Einkommen erzielen, wird schon lange diskutiert. Die breite zivilgesellschaftliche Debatte hierzu hat noch nicht ausreichend stattgefunden.

Kurzfristig müssen alle Jobcenter-Sanktionen eingestellt werden. Die Sanktionierung ist menschenrechtswidrig. Und mit Übergang zum BGE sind Jobcenter überflüssig, die Infrastruktur kann für andere, hier im Programm vorgeschlagenen, Maßnahmen umgewidmet werden.

Rente

Altersarmut ist ein sehr großes und sehr wichtiges Thema. Aufgrund der Versteuerung der Rentenzahlung und der unzureichend bemessenen Höhe ihrer Rente müssen sich jeden Monat unzählige Rentner:innen Sorgen um ihr Überleben machen. Vielen hilft einzig ihre Witwenrente, um über die Runden zu kommen. Diejenigen, die keinen solchen Zuschuss erhalten, könnten mit Grundsicherung aufstocken, was von den etwa eine Million Berechtigten jedoch nur etwa 570.000 wahrnehmen. Gründe hierfür sind u. a. Befürchtungen der Betroffenen, dass ihre Kinder und ggf. Enkelkinder diese Aufstockung zurückzahlen müssten. Zwar müssen Aufstocker:innen den Aufstockbetrag nicht zurückzahlen, jedoch zeigt diese Befürchtung sehr deutlich, wie wenig informiert die Menschen werden über etwas, das für sie Grundlage des Lebens ist.

Ist das wirklich die Art und Weise, wie wir alte Menschen behandeln und ihnen finanziell gegenüber treten wollen? Ganz klar: nein. Unserer Ansicht nach haben alle Rentner:innen ein Recht auf selbstbestimmte Lebensumstände, in denen ihnen finanzielle Sorgen und Ängste erspart bleiben; in denen sie sich nicht durch äußere Umstände als Bürde für ihre jüngeren Familienmitglieder oder die Gesellschaft sehen. All das muss unabhängig davon geschehen, ob sie sich in ihrem Leben für Kinder oder für eine Heirat entschieden haben. Zudem muss eine klar Kommunikation und Informationsausgabe stattfinden.

Wir haben die Vision einer Gesellschaft, in der alte Menschen in allen Bereichen des sozialen Miteinanders inkludiert sind. Die Spaltung zwischen jung und alt führt dazu, dass wir von der Geschichte abgeschnitten werden und nicht mehr aus den gemachten Erfahrungen lernen können.

Statt einer Rente im bisherigen Sinn, schlagen wir eine Kombination aus dem bedingungslosen Grundeinkommen und zusätzlichen von der Gesellschaft zu erbringenden sozialen, nicht-monitären Leistungen vor, die in Nachbarschaftszentren koordiniert werden können. So ist gesichert, dass jede:r Rentner:in gut leben kann - ohne finanzielle Sorgen oder Gedanken daran, ihre Angehörigen zu belasten. Wir wollen, dass die Rente für jede Person gleich ist; unabhängig davon, ob die Person sich in ihrem Leben für Kinder oder eine Heirat entschieden hat / entscheiden konnte, welcher Bildung der Person zugänglich gemacht wurde, aus welcher Gesellschaftsschicht eine Person kommt. Wir wollen die Rente von

heteronormativen Strukturen und vom Patriarchat lösen, durch die und in welchem Frauen und weiblich gelesene Personen weit weniger Rente bekommen als Männer, weil sie keinen Zugang haben zu gleichwertigen Lohnarbeitsmöglichkeiten und -bezahlungen, weil sie als homosexuelle Personen nicht heiraten durften (in Deutschland ist das erst seit 2017 möglich) oder weil ihnen automatisch das Bekommen und die Erziehung von Kindern zugeordnet wurde. Eine von all dem unabhängige Rentenzahlung ist also auch ein Kampf gegen die Abhängigkeitspositionen, in die Frauen und weiblich gelesene Personen gebracht wurden und werden.

Es ist wichtig, Rentner:innen einen angenehmen und eigenständigen Lebensabend zu gewährleisten, weil sie alle in irgendeiner Form zum Aufbau, zur Weiterentwicklung, zur Verbesserung unserer Gesellschaft beigetragen haben. Entweder durch ihre Taten oder durch ihre Ideen und ihr Wissen. Zugleich müssen wir uns bewusst machen, wieso die Höhe der Rente eigentlich an Lohnarbeit, heteronormative Strukturen, Geschlechtsidentitäten und das Patriarchat gebunden sind und dass wir diese Verbindung aktiv zerstören müssen, um dann schlussendlich auch diese Strukturen dekonstruieren zu können. Die Sicherung der Rente über die Grundsicherung hilft somit auch, aktiv für Gleichberechtigung einzutreten und auf eine gleichberechtigte Gesellschaft hinzuarbeiten.

Solidargemeinschaft & Community

Internationale Kooperation jenseits von Blockpolitik [Stärkung zivilgesellschaftlicher Organisationen, Streichung Entwicklungshilfe, Kooperationen und Austausch auf Augenhöhe, Generationenverbindung zwischen allen Altersgruppen - Globale zivilgesellschaftliche Vernetzung

Die Diplomatie, die aktuell die bilateralen und multilateralen internationalen Beziehungen gestaltet, trägt dem tatsächlichen Bedarf an transkontinentaler und transkultureller Kommunikation und Austausch nicht Rechnung. Das zeigt sich mehr als deutlich an den vielen Krisen, Konflikten und Blockbildungen. Gemessen an den neuen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, um uns so intensiv und breit zu vernetzen, wie nie zuvor, bleiben wir weit hinter dem zurück, was richtig ist und nötig ist. Alles, was auf Regierungsebene & NGO-Ebene passiert, reicht nicht aus bzw. ist in der jetzigen Form sogar Ausdruck weißer Vorherrschaft und kolonialer Kontinuität und Hegemonie. Die Verbindungen dürfen nicht überwiegend auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene bleiben, sondern müssen überwiegend auf der zivilgesellschaftlichen kulturellen und künstlerischen Ebene passieren.

Für effektive, solidarische zivilgesellschaftliche Vernetzung braucht es eine Institutionalisierung dieser Vernetzungen mit enormen finanziellen Ressourcen, um Völker, Regionen, Länder, Kontinente so eng zu vernetzen, dass die Idee von Grenzen zwischen uns immer mehr Bedeutung verliert und in Frage gestellt wird.

Der Bildungsbereich sollte bspw. gemeinsame transkontinentale Klassen/Kurse/Seminare als regelmäßige Teile aller Ausbildungen beinhalten.

Internationale Politik ist vor allem von Blockpolitik gekennzeichnet und von der Hierarchisierung von Ländern entlang militärischer und/oder wirtschaftlicher Bedeutung aka Macht und Größe. Es werden Drohkulissen aufgebaut und Feindbilder kultiviert und die kolonialen Dominanzverhältnisse zu unterbrechen, ist nur China gelungen, welches aber das kapitalistische und koloniale Spiel mitzuspielen scheint. Anstelle der destruktiven Abschottungen und nationalen Konstrukte und Grenzregime soll intensive globale Mediation, Kooperation und Austausch und Wissenstransfer treten! Der „urbane“ Geist ist im Sinne dieser intensiven, globalen und konstruktiven und vor allem zivilgesellschaftlichen Vernetzung zu verstehen – Durch die Vernetzung rücken wir näher zusammen und die Selbstverständlichkeit

unterschiedlicher Identitäten und verschiedener Lebensentwürfe funktioniert überall und über alle Grenzen und kulturellen Räume hinweg. Wir lernen, innere Werte zu fokussieren und zu priorisieren, anstelle materieller und äußerlicher Faktoren.

Wir lernen, dass die vielen Aspekte unserer Identitäten als Menschen uns zwar unterscheiden, dass wir aber darin gleich sind, dass wir alle eine Vielzahl von Aspekten unserer Identität haben und niemand nur aus einem hervorgehobenen Aspekt von Identität besteht, die das gesamte Wesen bestimmt und dominiert – wenn wir denn alle dieselben Möglichkeiten haben und bekommen, unsere Persönlichkeiten und Identitäten zu entfalten und zu entwickeln.

Die Verbindung, die unterschiedliche Menschen aus verschiedenen Kulturen vernetzt, soll auch Generationen miteinander verbinden und die sehr kapitalistische und unwürdige Unterbringung von alten Menschen (was auch immer „alt“ bedeutet) in abgelegenen Senioren- und Pflegeheimen rückgängig machen. Die Normalisierung der Verlegung alter Menschen aus den Familien hinaus in Sammelunterkünfte nur für alte und gebrechliche Menschen ist bereits vollzogen, diese Praxis ist in Deutschland schon akzeptiert und wird seit langem betrieben. Und das Narrativ des „zur Last fallens“ in einer Welt, in der die jüngeren arbeiten müssen und „nicht den Nerv haben“, danach noch Eltern oder Großeltern zu pflegen, ist etabliert. Dass es aber zu entwürdigenden Zuständen und entmündigenden Situationen führt, die wiederum Krankheiten und Altersschwächen verstärken, sollte die Organisation der Pflege und der Betreuung – insofern sie überhaupt nötig sind – dezentral und familiennah bzw. in der Familie bzw Nachbarschaft ermöglicht werden. So können auch alte Menschen weiter Anteil nehmen, ihre Erfahrungen teilen und Teil einer solidarischen Community sein. Statt räumliche oder personelle Engpässe mit Alters- und Pflegeheimen zu beantworten, sollten moderne Technologien und Möglichkeiten genutzt werden und pflegende Personen angemessen entlohnt werden für ihre Leistungen. Dieser Sektor braucht eine Aufwertung und deutlich mehr Ansehen und Würdigung, als er aktuell bekommt.

Ein zentraler Punkt unserer Politik ist die Forderung nach Reparationen für die Verbrechen und Plünderungen durch Versklavung und Kolonialismus. Mehr dazu steht auch unter Reparationen weiter oben. Hier ist der Punkt wichtig, weil die Etablierung von Reparationen für die Entwicklung einer globalen solidarischen Community, in der Perspektiven gleichberechtigt nebeneinander stehen, unabdingbar ist. Die aktuelle Praxis der Entwicklungszusammenarbeit, die vor allem eine verdeckte Promotion für die europäische Wirtschaftsförderung ist, indem Märkte für europäische (billig)Produkte aggressiv erschlossen werden, muss eingestellt werden, bzw. von einem Reparations-System abgelöst werden.

Partizipation – Gleichstellung – Antirassismus – Antidiskriminierung

Grundsätzlich ist für die Entstehung politischer Entscheidungen und auch für deren Akzeptanz ein maximales Maß an Partizipation wünschenswert und erforderlich. Allerdings wurden wir in eine Situation manövriert, in der die Zusammenhänge und Abhängigkeiten von Maßnahmen und Entscheidungen immer komplexer werden (siehe auch künstliche Intelligenz) und vor allem global relevant. Es gibt kaum noch einen Bereich des politischen Handelns, der isoliert betrachtet werden kann. Weder thematisch, noch regional. Daraus leitet sich ja zwingend ab, dass in die partizipativen Prozesse alle involviert sein sollten, die von den Entscheidungen betroffen oder berührt, benachteiligt oder privilegiert werden könnten. Und daraus leitet sich auch zwingend ab, dass Entscheidungen nicht allein auf Intuition oder Gruppeninteressen basieren dürfen. In politische Entscheidungen muss vor allen Dingen intersektionale, machtkritische, rassismuskritische, dekoloniale, etc Expertise einfließen. Dafür muss gesorgt werden. Außerdem muss überdacht werden, was Partizipation, Gleichstellung und Antidiskriminierung bedeuten. Aktuell besteht die Umsetzung überwiegend aus (mehr oder weniger zugänglicher) Beteiligung an der Debatte, die Entscheidungen sind aber immer noch der Bildung von Mehrheiten unterworfen. Je nachdem, wer also bereits privilegierten Zugang zu Entscheidungsgremien hat, dominiert die Wahl bzw. die Abstimmung. Es müssen also Instrumente entwickelt werden, die an allen Stellen, wo Entscheidungen

gefällt werden, intersektional alle betroffenen Perspektiven paritätisch also gleichwertig abbilden. Repräsentation, die Perspektiven „nur“ entlang ihrer zahlenmäßigen Repräsentanz in einer wie auch immer definierten und umgrenzten Gruppe/Gesellschaft abbildet, kann Machtungleichgewichte nicht aufheben.

Die andere Seite der Medaille ist der Umgang mit Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus, Ableismus, etc. wenn sie auftreten. Ihre Omnipräsenz in den Strukturen kann möglichst ausgehebelt werden. In unseren Denkmustern werden diese Systeme weiterhin bestehen bleiben und noch länger wirken, auch wenn wir die Strukturen so gestalten, dass ihre Macht immer weiter begrenzt oder ihr entgegengewirkt wird. Es bleiben also Faktoren, die wir weiter auf dem Schirm haben müssen. Um an der Stelle einzugreifen, sind Ansprachensysteme wichtig und Mechanismen, die dann greifen, um einzelne Personen zu schützen und zu stärken, die diese Erfahrungen machen und um die Verantwortung für die Auflösung solcher Situationen und Momente dort anzusiedeln, wo die Denkmuster auftreten, anstatt dort, wo sie ihre Wirkung entfalten. Die Beweislast muss bei jenen liegen, die Diskriminierung ausüben, nicht bei jenen, die sie erfahren. Das in Berlin in kraft getretene LADG sollte bundesweit in kraft treten und die Stellen, die für dessen Einhaltung sorgen bzw die die Verstöße dokumentieren, erfassen, erheben und bearbeiten, müssen genauso omnipräsent sein, wie die Diskriminierung selber es aktuell ist. Das Gesetz muss auch noch breiter ausdefiniert werden und Beschwerdewege- und Grundlagen allgemein bekannt und zugänglich machen. Antidiskriminierungsbeauftragte mit den entsprechenden Kompetenzen sollten an allen Institutionen und in der kompletten Administration, sowie in der Privatwirtschaft etabliert werden und mit Instrumenten ausgestattet sein, die ein business as usual im Angesicht von Diskriminierungsfällen unmöglich machen.

Antirassismugesetz: auf Bundesebene und schließlich auch auf europäischer und globaler Ebene brauchen wir ein Antirassismugesetz. Ein solches Gesetz muss eine breite, ausführliche Rassismusdefinition, auf deren Grundlage weitergedacht und gehandelt werden kann, enthalten oder sich darauf beziehen. Es muss den Rasse-Begriff im Grundgesetz soziologisch einordnen und den Umgang damit festlegen, sowie weitere Schritte, um in der Analyse im Prozess zu bleiben. Es muss Rassismus als Ideologie historisch einordnen und seine Wirkweisen und Mechanismen sichtbar machen. Es muss aufzeigen, wie Rassismus als Fundament alle Ebenen, Bereiche und Strukturen von Gesellschaft durchdringt, in Deutschland und global. Das Gesetz wird im Prinzip das gesamte (außen)politische, (außen)wirtschaftliche und (innenpolitische) administrative Handeln betreffen und „illegalisieren“, da der status quo rassistisch – und damit illegal - ist. Die Herausforderung ist groß und es geht um nichts weniger als um einen Paradigmenwechsel.

Das Antirassismugesetz muss das System weißer Vorherrschaft benennen und definieren, das als Kehrseite des rassistischen Systems zu verstehen ist.

Das Antirassismugesetz muss auch die besondere Verantwortung aus dem Genozid an Nama und Herero benennen und Reparationen gesetzlich vorschreiben. Die aktuelle Version der „Versöhnungsgeste“, wie sie die Regierung im Mai 2021 bekannt machte, ist unzureichend und wurde ohne Partizipation der Nachfahren der Opfer des Genozids ausgehandelt. Die angekündigten 1,1 Mrd €, die „für Entwicklung“ bereitgestellt werden, verdrehen abermals die Verhältnisse. Wir fordern eine Aussetzung dieser Vereinbarung und eine Neuverhandlung, die von dekolonial arbeitenden zivilgesellschaftlichen Organisationen angeleitet wird.

Das Antirassismugesetz muss alle Institutionen, alle Strukturen der sozialen Ordnung (Parlamente, Justiz, Polizei, Administration) verpflichten, koloniale Geschichte als Teil der deutschen Erinnerungskultur zu beachten und in alle Konzepte der Organisation von Gesellschaft zu integrieren. Es muss die koloniale Kontinuität im aktuellen Handels- Kapital- und Wirtschaftsgeflecht benennen und ihre Unterbrechung als Ziel festlegen.

Anti-Schwarzer Rassismus muss im Antirassismugesetz explizit benannt und als global wirkendes System geächtet werden. Es müssen Methoden und Ansätze formuliert werden, um diese Form von Rassismus auch im deutschen und europäischen Kontext zum Gegenstand von Forschung machen zu können. Dazu gehört die statistische Erfassung von Menschen nicht nur im Kontext von Migration, sondern im Kontext von Identität im rassistischen System. Nicht nur die Positionierung als Schwarz, Indigen oder POC ist relevant, sondern vor allem auch als weiß.

Das Antirassismugesetz muss Rasse als soziale Konstruktion benennen, die ein Dominanzverhältnis etabliert und reale Diskriminierung bewirkt. Rassistische Narrative oder Einstellungen als Meinung darzustellen, dient der Erhaltung von weißer Definitionsmacht und Deutungshoheit und ist selber Ausdruck von Rassismus. Dies muss im Antirassismugesetz deutlich und explizit stehen – auch als Teil der Rassismusdefinition.

Rasse als soziale Konstruktion muss im Grundgesetz vorerst stehen bleiben, bis eine umfassende Rassismusdefinition als Grundlage politischer Gestaltung und Entscheidungsfindung installiert ist, bis eine intensive interdisziplinäre Debatte innerhalb und unter Beteiligung aller von Rassismus betroffenen Communities stattgefunden hat, die so gestaltet ist, dass allen die Partizipation daran ermöglicht wurde und alle zu dieser Partizipation befähigt und eingeladen wurden und auch tatsächlich partizipieren.

Darüberhinaus muss auch im GG gegen Diskriminierung aufgrund von Sexualität ein Schutz etabliert werden. Der Art 3 GG, der Schutz gegen Diskriminierung festlegt, braucht insgesamt eine Überarbeitung, da er auch Geschlecht als binäres Konstrukt festschreibt. Die verfassungsmäßige Garantie des Schutzes vor Diskriminierung muss in allem politischen und administrativen Handeln höher angesehen werden und es muss ein 'Ministerium für intersektionale Gerechtigkeit' eingerichtet werden, das Privilegien und Benachteiligung, Macht und Unterdrückung intersektional untersucht, bekämpft, ausgleicht. Sämtliche Gesetzestexte und offizielle Sprache und Schreiben, Printprodukte, Broschüren und Anweisungen sollen in inklusiver und geschlechtergerechter Art und Weise veröffentlicht werden.

Verkehr & Öffentlicher Raum

Wir streben einen öffentlichen Raum an, in dem alle Perspektiven und Bedürfnisse diskutiert und berücksichtigt werden und ein wohlwollendes Miteinander gefördert wird. Es soll ein Machtausgleich zwischen allen Verkehrsteilnehmenden geschaffen und eine sichere Teilnahme am Verkehr gewährleistet werden, z. B. durch mehr Zebrastreifen. Der öffentliche Raum muss z. B. durch die Umbenennung von Straßen mit kolonialen Kontinuitäten brechen und gemeinschaftlich und zum Wohle aller gestaltet werden. In den meisten Debatten, die derzeit Verkehr und öffentlichen Raum thematisieren, sind viele beteiligte Perspektiven nicht abgebildet. Zum Beispiel zum Ausbau autofreier Zonen, zum Ausbau der Fahrradinfrastruktur und Fahrradstraßen, muss eine partizipative Debatte gefördert werden. Durch den Ausbau des ÖPNV und die Stärkung nachbarschaftlicher Selbstorganisation wird ein Teil des Individualverkehrs, z. B. mit Autos, perspektivisch abnehmen.

Unabhängige Kommission unter Länderbeteiligung und in Kooperation mit Selbstorganisationen, die für Barrierefreiheit eintreten und Expertise besitzen (Fach- & Erfahrungskompetenz), zur interdisziplinären Zusammenarbeit für Einrichtung von Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Raumes bis 2025 (Priorisierung der Finanzierung).

Etablierung von flächendeckenden Leitsystemen für blinde Menschen und Menschen mit Sehbeeinträchtigung. Öffentlicher Personen-Nahverkehr und Zugreisen sollen kostenfrei sein (Finanzierung z. B. aus CO₂-, Erbschafts- und Vermögenssteuer).

Streichung aller Straftatbestände im Zusammenhang mit Fahren ohne gültige Fahrscheine sowie

rückwirkende Amnestie und Entschuldung aller diesbezüglich Verurteilten/Bestraften. Höhere Taktung des ÖPNV im ländlichen Raum und Verdichtung der Streckennetze. Support-Teams statt Security/Kontrolle: Im öffentlichen Raum, auf Bahnhöfen und in Zügen sollen Teams verfügbar sein, die diskriminierungssensibel und mehrsprachig ausgebildet sind. Deren Aufgaben sind Orientierungshilfe, Unterstützung bei Barrieren, Intervention in Gewalt- und Diskriminierungssituationen, Schlichtung, Vermittlung und Unterstützung bei Unfällen, Ausfällen und technischen Schwierigkeiten.

Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf 130 km/h auf allen Autobahnen.

Wohnen – Leben – Versorgung

„Grund und Boden ist keine beliebige Ware, sondern eine Grundvoraussetzung menschlicher Existenz. Boden ist unvermehrbar und unverzichtbar. Er darf daher nicht dem unüberseh-baren Spiel der Marktkräfte und dem Belieben des Einzelnen überlassen werden, sondern muss mehr noch als alle anderen Vermögensgüter in den Dienst der Interessen der Allgemeinheit gestellt werden.“ (Hans Jochen Vogel, SPD)

Wir müssen einen zivilgesellschaftlichen, interdisziplinären Dialog und Austausch einrichten zu Eigentum an Grund und Boden und Wohnraum. Der Dialog sollte transkontinental und transkulturell geführt werden. Die Anhäufung von Eigentum an Boden und die Konzentration von Eigentum in den Händen sehr weniger (global gesehen) Personen, Institutionen, Organisationen und Unternehmen, muss grundsätzlich hinterfragt werden (siehe Wirtschaft).

Um die soziale und rassistische Segregation von Wohnen und Lebensräumen zu dekonstruieren, sollte die Vergabe von Wohnraum nach intersektional-machtkritischen Kriterien passieren. Dafür braucht es Antidiskriminierungsstellen für Wohnen, die bei Verstößen eingreifen, vermitteln und sanktionieren können. Und es braucht Vergaberichtlinien, die bei der Versorgung mit Wohnraum angewendet werden müssen. In die Vergaberichtlinien fließen Kriterien und Bedürfnisse ein wie Zahl der Kinder, Barrierefreiheit, ärztliche Versorgung in der Nähe, Schulnähe, Personenzahl. Außerdem müssen Instrumente entwickelt werden, um auch bspw rassistische, LSBTQIA-feindliche, etc Diskriminierung schon bei der Wohnraumvergabe- oder Vermietung auszuschließen.

Noch bevor und während im gesellschaftlichen Dialog über Eigentum an Grund und Boden und Wohnraum verhandelt wird, muss schon jetzt der etablierten Segregation entgegengewirkt werden. Spekulation mit Wohnraum muss verhindert werden. Hierzu können verschiedene Instrumente etabliert werden.

Bundesweit muss bis auf weiteres ein Mietendeckel eingerichtet werden, um erst mal die Möglichkeit zu schaffen, den Wohnungsmarkt so zu gestalten, dass er keine Personen benachteiligt. Es besteht bereits jetzt ausreichend Wohnraum, um alle Personen, die aktuell wohnungslos sind, würdig in Wohnraum unterzubringen. Alle Formen von Sammelunterkünften sind umgehend zu schließen. Wohnraumbesitzer:innen, insbesondere private Immobilien-Unternehmen, die mit Kauf, Vermietung und Verkauf von Wohnraum Profite erwirtschaften, müssen verpflichtet werden, Leerstände zu vermeiden, die länger als 3 Monate andauern. Wohnraum, der länger leer steht, wird vergesellschaftet und kommunal verwaltet und vermietet. Verluste, die durch nicht-vermieteten Wohnraum entstehen, dürfen nicht abgeschrieben werden (Ausnahmen z. B. bei besonderer Härte).

Die Urbane. unterstützt das Volksbegehren Deutsche Wohnen und Co enteignen und schließt sich den Forderungen an. Diese lauten:

- 1) Private Immobiliengesellschaften, die mehr als 3.000 Wohnungen in Berlin besitzen, werden nach Artikel 15 GG enteignet, um ihre Bestände in Gemeineigentum zu überführen.

- 2) Die betroffenen Unternehmen werden deutlich unter Marktwert entschädigt.
- 3) Zur Verwaltung der Bestände wird eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) geschaffen. In ihrer Satzung wird verankert, dass die Bestände der AöR nicht privatisiert werden dürfen.
- 4) In der AöR werden die in Gemeineigentum überführten Bestände unter demokratischer Beteiligung von Stadtgesellschaft, Mieter:innen, Beschäftigten und Senat verwaltet.

Genossenschaftlicher Wohnungsbau sollte gefördert werden.

Ausnahmslos alle Menschen sollen in würdiger Unterkunft leben können. Das systematische Abschieben alter Menschen in „Seniorenheime“ oder Pflegeheime ist unwürdig und ist auch ein kapitalistisches Produkt. Es spricht nichts dagegen, dass sich alte Menschen zusammentun und zusammen leben in Gemeinschaft. Aber das System „Altenpflege“ ist gesellschaftlich ausgesprochen schädlich. Die Isolierung und Abschottung alter Menschen von der mobilen, modernen, schnelllebigen, aber auch lebendigen, interessanten und inspirierenden urbanen Umgebung, von der direkten Begegnung mit Familie, Nachbar:innen und Freund:innen ist ungesund, für die alten und auch für die jungen Menschen. Durch die Aufwertung von Pflege- und Betreuungsberufen, soll deutlich bessere, flexiblere und räumlich dezentrale fachgerechte Versorgung alter Personen gesichert werden. Die Bereitstellung oder Einrichtung von Wohnraum für eine Pflege und für Wohnen und Leben im Kiez soll gefördert werden.

Es wird ab sofort flächendeckend analysiert und erfasst, wie barrierefrei jeglicher Raum und Wohnraum sind, um jeglichen Raum und Wohnraum barrierefrei zu gestalten. Ein Gremium von Selbstorganisationen und Behinderten-Selbstvertretungen erstellt zusammen mit Architekt:innen und Bauexpert:innen mit Fach- und Erfahrungswissen einen Kriterienkatalog für die Analyse. Die Zuständigkeit für die Durchführung kann z.B. bei den Ministerien für Bauen und Wohnen liegen, ggfs auch in den Bezirksverwaltungen. Wohnraumbestand muss innerhalb von 2 Jahren durchgehend erfasst sein anhand des Kriterienkatalogs.

Im nächsten Schritt werden Ziele festgelegt. Baumaßnahmen, die Barrierefreiheit fördern, haben Priorität vor anderen öffentlichen Baumaßnahmen. Ausnahmen dazu bilden Baumaßnahmen zur Gefahrenabwehr bspw durch Einstürze oder ähnliches. Die Finanzierung von Maßnahmen zur Erschaffung von Barrierefreiheit im privaten Wohn- und Arbeitsraum kann anteilig von den Besitzer:innen und der öffentlichen Hand geleistet werden.

Neubauten müssen barrierefrei sein. Barrierefreiheit hat Vorrang vor Denkmalschutz.

Von der Versorgung soll niemand ausgeschlossen oder unerreichbar sein oder bleiben. Besonders muss dafür gesorgt werden, dass sämtliche öffentliche Einrichtungen und auch alle entstehenden Bauten, sowie der öffentliche Raum barrierefrei im Sinne von Mobilität und Sinneswahrnehmung wird. Da wo Barrierefreiheit nicht baulich oder technologisch hergestellt werden kann, muss sie durch Dienstleistung ermöglicht werden. Die Forschung für Barrierefreiheit und die Herstellung von Technologie braucht umfassende Finanzierung (siehe Forschung/Technik)

Die Versorgung mit grundlegenden Gütern und Dienstleistungen muss durch die öffentliche Hand garantiert und strukturiert werden. Um Innovation zu inspirieren, müssen Mechanismen installiert werden, die Anreize schaffen abseits von kapitalistischer Anhäufungslogik. Kreative Konzepte und Modellprojekte zu Selbstversorgung sollten logistisch, finanziell und institutionell unterstützt werden.

Weitere Themen, die noch ausgearbeitet werden: Urban Gardening, Recht auf Wohnen, Mietrecht, Trinkwasser, Infrastruktur, Wiederverwertung, Recycling, Angebote für kulturelle/kreative Teilhabe, Recht auf Selbstversorgung, Kieze, Begrenzung von Anhäufung von Grundbesitz, Mindestflächen, die Community-verwaltet werden, Sport- und Freizeit Flächen.

Bildung & Bildungsgerechtigkeit

Die Bereiche Bildung und Kultur müssen steuerlich völlig aus- und durchfinanziert werden. Anhand einer umfassenden Bedarfsanalyse für das bestmögliche Bildungssystem/Kulturwesen, muss beides kalkuliert werden und diese Mittel müssen als erste bereitgestellt werden.

Um eine Politik zu Bildung und Kultur zu entwerfen, ist es hilfreich, alles über Bord zu werfen, was wir bisher an Bildung kennen. Es kann nicht radikal genug an dieses Thema herangegangen werden. Es gibt zu Bildung und Bildungssystem und zu diesem ganzen Komplex Forschung, die sicher relevant ist und deswegen ist unser Entwurf zu Bildungspolitik ein Vorschlag. Ein Beitrag zu dem Diskurs, muss fortlaufend zusammengetragen werden aus verschiedenen Perspektiven auf Bildung und mit sehr unterschiedlichen Erfahrungen und Positionen in dem System hier in D, aber auch anderswo. Das Schul- und Bildungswesen muss auf den Ebenen der bildungspolitischen Rahmenbedingungen, auf die räumliche Ausstattung und Gestaltung, sowie auf die Schulentwicklung samt der Personal-, Unterrichts- und Organisationsentwicklung komplett neu gedacht und organisiert werden.

Als gesellschaftliche Teilsysteme sind Bildungseinrichtungen und insbesondere Schulen an der Herstellung und/oder Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse und sozialer Ordnungen beteiligt. In Schulen findet die Vermittlung von Fachwissen auch die Vermittlung gesellschaftlicher Werte und Normen statt. Es geht immer darum, die nächste Generation so auszubilden und sie in die Lage zu versetzen, dass sie sich mit der gesellschaftlichen Komplexität auseinandersetzen und sie kritisch zu hinterfragen können bzw. dass sie in der Lage sind, gesellschaftliche Kontexte zu ver- oder neu zu entwerfen und zu gestalten.

Schule ist also eine Sozialisationsinstanz, d.h. in der Schule finden Persönlichkeitsentwicklung und Subjektivierungsprozesse statt. Die Schule spielt eine zentrale Rolle, denn durch die Schulpflicht müssen alle Heranwachsende die Schule besuchen und werden hier für alle anderen gesellschaftliche Subsysteme vorbereitet. Zuerst muss überlegt werden, was denn die Bildungsziele sind, anhand derer wir Bildung und Bildungssysteme gestalten?

Wir sehen einen Kanon von 4 Säulen: 1) Bildung soll Leben und Überleben lehren. 2) Bildung soll Angebote machen, entlang derer Lernende ihre Position, ihre Persönlichkeit und Identität erforschen und entfalten können und 3) Bildung soll zu Partizipation, Gemeinschaft, Kommunikation und Kooperation befähigen. 4) Bildung soll Schüler:innen, Student:innen, Lernende befähigen, sich zu den generationenübergreifenden globalen Phänomenen ihrer Zeit und ihrer Vergangenheit ins Verhältnis zu setzen (Position, Positionierung, Identität, Identifikation, Macht & Privilegien) und dementsprechend informiert und mündig eine eigenständige Perspektive & eigenständige Positionen und Einstellungen zu entwickeln. Zum letzten Punkt müssen zwei Phänomene hervorgehoben werden:

Die Migrationsgesellschaft und die technologische Revolution

Wir leben in einer Migrationsgesellschaft - und zwar nicht deshalb, weil es Migrant:innen gibt, sondern weil Migration für das Menschsein wesentlich ist und diese aber aktuell durch Grenz- und Visasysteme reguliert und meist unterbunden wird. Deutschland war auch schon immer eine Migrationsgesellschaft. Vor allen Dingen war die Gesellschaft „von hier ausgehend“ schon vor der Staatsgründung auch eine Emigrations-Gesellschaft und über hunderte Jahre Teil der Verdrängung von Native Americans und First Nations, sowie kolonisierende Macht auf dem afrikanischen Kontinent, in China und im Pazifik. Die Rhetorik und Diskurse rund um Migration blenden das aus. Durch demografische Entwicklungen, sozio-ökonomische Wandlungsprozesse und verschiedene globale Migrationsbewegungen und nicht erst seit den jüngsten Fluchtbewegungen 2015, hat sich aber auch die Gesellschaft in Deutschland nachhaltig verändert und ist zunehmend divers. Selbstverständlichkeiten, Normalitätsvorstellungen, Selbstverständnisse und Routinen müssen hinterfragt und dynamisch entwickelt werden. Auch die

schulische Realität ist u.a. von migrationsgesellschaftlichen Verhältnissen geprägt und diese Verhältnisse machen zunehmend Mängel in dieser schulischen Realität sichtbar. Es offenbart sich eklatante Bildungsungleichheit und Bildungsungerechtigkeit.

Im Gegensatz zum Ideal einer demokratischen und chancengleichen Schule, belegen empirische Studien, dass das deutsche Bildungssystem insbesondere migrationsgesellschaftliche Ungleichheit reproduziert und fördert. Trotz einer Verbesserung der Bildungserfolge und Bildungsteilhabe zeigt die Bildungsforschung, dass insbesondere Schülerinnen und Schüler mit ausländischer Staatsbürgerschaft und/oder ‚Migrationshintergrund‘, Kinder aus weniger privilegierten sozio-ökonomischen Verhältnissen und Kinder, die von der Gesellschaft behindert werden, in den Schulen immer noch deutlich geringere Bildungserfolge erreichen, also beispielsweise beim Zugang zur höheren Bildung weiterhin benachteiligt sind. Die Forschungslage belegt, dass das Postulat der Chancengleichheit noch längst nicht erreicht ist und vor allem migrationsbezogene Diskriminierungen derzeit noch vielfach im schulischen Alltag enthalten sind. Dabei führen Ungleichbehandlungen und Ausgrenzungen nicht nur zu ungleichen Bildungschancen und Zugängen, sondern behindern den Lernerfolg und können vor allem auch psychische Belastungen zur Folge haben. Das widerspricht dem Anspruch der demokratischen Bildungspolitik an Gleichbehandlung und dem Selbstverständnis der Schule, als Bildungsinstitution alle Kinder gleichermaßen zu bilden. Studien, Einzelunterschluchungen und Berichte zum Thema Diskriminierung an Schulen, wie der Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes belegen, dass Diskriminierungserfahrungen keine Einzelphänomene an Schulen in Deutschland sind, sondern weitverbreiteter Alltag.

Das deutsche Bildungssystem ist ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche weitgehend getrennt werden nach ihren körperlichen und geistigen Fähigkeiten. Es ist nichts dagegen vorzubringen, dass durch verschiedene körperliche und geistige Konditionen auch unterschiedliche Bedarfe entstehen für Lernen und Betreuen. Aber die Chance, die genau darin liegt, dies zu einer Aufgabe der gesamten Schule zu machen, sich gegenseitig - unter Anleitung und Aufsicht von geschulten, ausgebildeten Personal - bei diesen verschiedenen Bedarfen und Bedürfnissen abzuholen und zu begegnen, wird verpasst. Kinder, die eine Be_hinderung erfahren werden stigmatisiert, indem sie alle trotz sehr verschiedener Konditionen gemeinsam abseits in sogenannten „Sonderschulen“ unterrichtet werden. Und Kindern, die keine Be_hinderung erfahren, wird eine vermeintliche Normalität ihrer Kondition vermittelt und damit eine Hierarchie zementiert. Wichtige Gelegenheiten, voneinander und miteinander zu lernen, spielen und zu sein, Emotionen zu teilen, werden bewusst vorenthalten. Die Ausstattungen, Kompetenzen und Gegebenheiten, wie sie heute hergestellt werden, um Schüler:innen, die Be_hinderung erleben, zu bilden und zu unterrichten, sollten zur Standard-Ausstattung jeder Schule werden. Barrierefreiheit muss selbstverständlich sein.

Digitalisierung und technologische Revolution sind eine Realität, mit der auch Schüler:innen umgehen müssen. Hierfür müssen die heutigen Generationen gut vorbereitet werden. Nicht im Sinne des „Mitlaufens“, sondern dafür, in diese Entwicklung eingreifen zu können und sich agency, Gestaltungsspielraum und Entscheidungsmacht zu erhalten. Die Arbeitsmärkte der Zukunft, die sozialen Ordnungen der Zukunft und die Vorstellung von Menschsein und vom Wesen des menschlichen - all dies kann massiv umgewälzt werden durch die technologische Revolution, an deren Anfang wir stehen und die zurück zu drehen, ein mögliches, aber sehr schwieriges Szenario ist. Das wahrscheinlichere Szenario, das gestaltet werden sollte, ist diese Revolution zu gestalten und der Entwicklung nicht hinterher zu laufen.

Problematik des dreigliedrigen Schulsystems

In Deutschland werden in fast allen Bundesländern Schülerinnen und Schüler nach dem 4. Schuljahr auf unterschiedlich aussichtsreiche Bildungsgänge und hierarchisch gegliederte Schulformen verteilt werden (in Berlin und Brandenburg nach dem 6. Schuljahr; in Mecklenburg-Vorpommern bilden die Klassen 5 und 6 eine „schulartenunabhängige Orientierungsstufe“). Dies ist im weltweiten Vergleich nahezu singulär

(von allen bei PISA teilnehmenden OECD Staaten wird nur in Österreich und in einigen Kantonen der Schweiz genauso früh selektiert). In den meisten Bildungssystemen reicht die gemeinsame Schulzeit bis zum 8. Schuljahr, oft auch bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Im Vergleich wird in den meisten englischen und skandinavischen Bildungssystemen, so auch in Island erst nach dem 10. Jahrgang (15/16. Lebensjahr) differenziert. Im internationalen Vergleich (Vgl. Island) selektiert das deutsche Schulsystem sehr früh und ist mit den unterschiedlichen und hierarchisch aufgebauten Schulformen sehr komplex und unübersichtlich. Die Transition stellt einschneidende Momente in Bildungsbiographien her, es findet Selektion statt und eine Hierarchisierung der Schulformen bleibt den Schüler:innen nicht verborgen. Es ist belegt, dass Herkunft, Sprache, Position und Identität allgemein die Empfehlungen beeinflussen und dass diesen Empfehlungen überwiegend gefolgt wird (nur selten wird hier erfolgreich eingegriffen von Erziehungsberechtigten). Hier werden Weichen gestellt. Studien zeigen, dass Schulwechsel zwar möglich sind, jedoch selten stattfinden und wenn sie stattfinden, dann eher nach unten als nach oben. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems ist nur formal gegeben, sie ist keine Realität. Kinder und Jugendliche werden stattdessen mit einer hierarchisch-gesellschaftlichen (Differenz-) Ordnung und der ihnen zugeschriebenen Position innerhalb dieser Ordnung bekannt und vertraut gemacht. Wir fordern daher die Abschaffung des 3gliedrigen Schulsystems, da die frühe Selektion auf unterschiedliche, hierarchisch aufgebaute Schulformen eine wesentliche Rolle bei der Reproduktion von sozialer Ungleichheit spielt.

Derzeit zeichnet sich ab, dass die institutionellen Strukturen, Logiken etc. eher darauf ausgerichtet sind, dass die Schüler:innen sich an diese anzupassen haben. Dies bestätigt und festigt sozialer Ungleichheiten beständig, was fatal ist. An dieser Stelle möchten wir betonen, dass das System sich an die Schüler*innen und ihren Bedürfnissen anzupassen hat.

Damit einher geht auch das Infragestellen von Benotungssystemen. Diese sollten bald abgeschafft werden und durch Formen der Rückmeldung ersetzt werden, die nicht hierarchisierend wirken und die ausdifferenziert sind und die immer wertschätzend bleiben.

Die Vermittlung von Wissen ist im Bildungs-Kanon nicht Selbstzweck, sondern ein Vehikel, eine mögliches Element, um Bildungsziele zu erreichen aber sie darf nicht das einzige sein.

Das aktuelle Bildungssystem ist nicht dem eigentlichen Lernen gewidmet und der Entfaltung der Persönlichkeit, sondern der Kanalisierung von Arbeitskraft in den Arbeitsmarkt, und zwar möglichst so, dass Angebot und Nachfrage zusammenpassen. Es ist bspw nicht erwünscht, dass sämtliche Schüler:innen an Universitäten studieren, weil sonst nicht-akademische Segmente des Arbeitsmarktes keinen Nachwuchs bekommen. Dies ist über Zugangsbarrieren organisiert, deren Sinn oder Sinnlosigkeit unbedingt überprüft und neu bewertet werden müssen.

Bereitstellung von und Zugang zu Wissen und Lernangeboten wird leichter, die Grenzkosten von Bildungsangeboten im digitalen Bereich sind null – Angebote werden künstlich verknappt, um Lernende davon fernzuhalten. Die „Produktion“ von Arbeitskraft für das kapitalistische System durch das Bildungssystem ist ein Auslaufmodell (Stichwort Universelles Grundeinkommen)

Wir gehen davon aus, dass Lernen eine lebenslange Angelegenheit sein und bleiben wird und dass lehrende bzw. begleitende Berufe, Trainer:innen-Berufe, betreuende Berufe, Zwischenmenschlichkeit erhaltende Berufe sehr viel nachgefragter und allgegenwärtiger sein werden und auch werden sollten. Da wird ein neues Segment von Arbeit/Beschäftigung entstehen, das heutzutage auch schon existiert, aber im Schulalltag noch zu den Ausnahmen gehört, die dann bis dato Projektstage heißen oder in AGs stattfinden, deren Kapazitäten nur für einen Bruchteil der Schüler:innen reichen. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.

Der Ort Schule, der aktuell in der Zeit von ca 8 Uhr bis ca 16 Uhr genutzt wird und dann den Rest des Tages überwiegend leersteht, sollte als Ort des Miteinander und Voneinander Lernens fast durchgehend geöffnet sein.

Wir gehen in der Zukunft von deutlich kleineren Klassen aus sowie von einer Veränderung der Zeitcluster und Auflösung der Fächerstruktur. Lernen muss intuitiver werden, Raum für themenübergreifende, interdisziplinäre, assoziative und kognitive Verbindungen müssen geschaffen werden. Globale Zusammenhänge und historische Zusammenhänge müssen vermittelt werden und die Verortungen darin müssen ermöglicht werden. Die Methodik und Didaktik soll weg von Frontalunterricht und muss personell das binnendifferenzierte Lernen ermöglichen. Es braucht selbstverständliche Angebote für Übersetzung und wir fordern, dass jedes Gebäude, in dem Bildung stattfindet barrierefrei ist bzw wird. Für die Gewährleistung von Barrierefreiheit muss noch viel geforscht und entwickelt werden (siehe Forschung & Wirtschaft) und es darf keine Frage der Budgets sein, ob Barrierefreiheit in der Bildung realisiert wird. Sie muss umgehend gewährleistet werden. Finanziell und personell und mit den nötigen Kompetenzen,

Die Fächer, die heute Schule dominieren, werden in Zukunft nicht irrelevant sein. Aber sie werden standardmäßig mit emotionalem Lernen verknüpft (mit künstlerischer und kultureller Praxis) und mit praktischer Anwendung und Alltagspraxis verknüpft, mit gemeinschaftlichem Handeln und mit der Erfahrung der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit.

Bildung und Bildungsziele und Systeme sind im globalen Vergleich sehr unterschiedlich und unterschiedliche Personen oder Gruppen haben sehr verschiedene Perspektiven auf die Inhalte. Diese Vielfalt wird nicht berücksichtigt. Lernende sollten im Lernprozess gleichzeitig die Möglichkeit erhalten, diesen Lernprozess zu reflektieren, ins Verhältnis zu setzen und zu analysieren. Der Bildungsbereich sollte daher gemeinsame transkontinentale Klassen/Kurse/Seminare als regelmäßige Elemente des Lernens beinhalten. Alle Inhalte werden dadurch noch mal emotional erfahrbar und stellen ein Bewusstsein her dafür, dass Kontext und Umgebung wichtig sind. An dieser Stelle kann auch das Bewusstsein dafür angelegt werden, dass wir eben eine globale Community sind, deren Einteilung in Länder und Nationalitäten künstlich ist.

Das Lernen von Gebärdensprachen aller Schüler:innen bereits spielerisch vor der Schule und regulär im Bildungssystem ermöglicht die Kommunikation von Menschen, die sprechen, und zwar von allen – untereinander und mit all jenen, die es nicht tun. Damit sollte spielerisch schon im Kindergarten begonnen werden. Auch die Braille-Schrift sollten alle standardmäßig lernen. Gebärdensprache als offizielle Sprache kann sich derart etablieren, dass sie sozusagen muttersprachlich erlernt wird.

Die Bedeutung von Sprache als bewusstseinsbildendes Element von Gesellschaft, als etwas, was ständig in Bewegung, in Entwicklung und in Veränderung ist, sollte auch als solches gewürdigt werden und die Zugänge zu Sprache und wie sie gelehrt wird, spiegelt nicht ihre Tiefe und ihr Potential. Es braucht eine Kommission für die Zukunft von Sprache und ihres Erwerbs, auch für Mehrsprachigkeit, in der Sprache nicht nur als mechanisches Scharnier zwischen Individuen verschiedener Sprachräume gesehen wird.

Der spielerische und künstlerische Umgang mit Sprache kann bereits etabliert werden, bevor Kinder lesen und schreiben lernen – und auch für die Zukunft des Lesens und Schreibens braucht es sehr akut eine Kommission, die auch diese zwei Pfeiler von Kommunikation analysiert und darin ggfs Mehrwerte ausmacht, die jenseits von der bloßen Funktion liegen und wodurch Lesen und Schreiben neu bewertet wird im Bildungskontext. Die Rolle von Handschrift und von Rechtschreibung, von Lautschrift und von kreativen Sprach- und Schrift-Schöpfungen muss neu bewertet werden.

Medienkompetenz als Fach muss viel mehr und früher Raum bekommen. Gleichzeitig kann Bildungsraum auch Gelegenheiten schaffen für analoge Zeit ohne Technik, ohne Input, ohne Reize, ohne Anregung, ohne Impulse von außen.

Schulgärten sollen eine Selbstverständlichkeit sein und nicht eine Beschäftigung für AGs, sondern ganz elementarer Teil von Lernen. Schulen können so in Kiezen für urbanes Gardening verantwortlich sein, Räume im öffentlichen Raum dafür nutzen und Schüler:innen die Verwendung selber bestimmen. Die Erträge und auch die Verteilung und Verwaltung der Erträge sollte auch in die Obhut von Schüler:innen gelegt werden.

Handwerkliche Techniken sollten auch regelmäßiger Teil von Bildung sein.

Meditation bzw. Stillezeit sollte fester Bestandteil von Lernen und Tagesablauf sein in Lernräumen, um Selbstwahrnehmung zu fördern und Raum für Reflektion und nach-innen-Schauen.

Hip Hop Kultur als emanzipatorische Kultur und in ihrer Bedeutung als machtkritische, dekoloniale, rassismuskritische Identifikationsplattform, die alle Beiträge begrüßt, einordnet und machtkritisch würdigt und die alle Beiträge integrieren kann, soll regelmäßiger Teil des Curriculums sein als Angebot an die Lernenden, eigenes darin zum Ausdruck zu bringen, aber auch um so einen praktisch-kulturellen Zugang zu Erinnerungskultur und zur Relevanz von Geschichte für die Gegenwart zu bekommen.

Dabei sehen wir Hip Hop Kultur hier als Platzhalter für Schwarze Kulturproduktion allgemein, weil Schwarze Kulturproduktion nicht nur Hip Hop ist, aber jede Schwarze Kulturproduktion innerhalb von Hip Hop einen Platz hat und Ausdruck findet. Viele Fragen zu unserer kollektiven globalen Geschichte, zu Deutungshoheit, zu Eurozentrismus, zu Identität, zu Dominanz, zu Macht und zu Unterdrückung, zu Sprache und zu Persönlichkeit entwickeln sich in dem Rahmen selbstverständlich aus der Praxis der Kultur heraus, in der kritischen Auseinandersetzung damit und in den Gesprächen darüber.

Sport und/oder körperliche Betätigung machen im zukünftigen Lernen einen großen Teil der Zeit aus. Innerhalb welcher Lehr- und Lernbereiche das stattfindet, kann sehr unterschiedlich sein, da interdisziplinäres und emotionales und Praxis-bezogenes Lernen mit körperlicher Wahrnehmung und Bewegung kombiniert werden kann. Hierfür braucht es ganz neue Konzepte und Ideen. Vor allem ist Bewegung und bewegt werden – unabhängig davon wie viele Teile des Körpers bewegt werden (können) und von wem, Teil von Leben und Überleben und Symbol dafür. Sportunterricht ist für viele Schüler:innen traumatisierend, Körpernormen werden etabliert, körperliche Fähigkeiten werden hierarchisiert. Darüber findet keine Reflektion statt. Teambildung für Teamsport muss nach Zufallsprinzip verlaufen, nicht nach Präferenzen einer Person. Es sollen von Schüler:innen neue Sportarten entwickelt werden, in denen vielfältige Fähigkeiten außer Athletik relevant sind. Das Vorführen einzelner Schüler:innen durch Vorturnen muss absolut freiwillig passieren.

Praktische Aspekte des Alltags kommen im heutigen Lern-Alltag nur als Beispiele in Textaufgaben vor und erzeugen auch dadurch oft Narrative darüber, was ein "normaler" Alltag ist, was dazu gehört, wer dazu gehört, etc... Gespräche zu führen, gewaltfreie Kommunikation, machtkritische Bildung für Kinder und Jugendliche sollten regelmäßige Lerninhalte sein. Handwerkliche Kenntnisse werden meistens in AGs vermittelt, dabei ist gerade handwerkliches die beste Praxis, um mathematisches und physikalisches Lernen zu ermöglichen. Gartenarbeit, Pflanzen, Beete, Nahrung und Ernährung sollten auch regelmäßiger Teil des Lernens sein und auch da bieten sich Anlässe, interdisziplinär zu Biologie und Geographie zu lernen und praktisch zu lernen, aber auch sich selbst im Verhältnis zu Umwelt und Natur zu begreifen. Grünflächen in der Umgebung von Lernorten sollten zu 10% für Urban Gardening zur Verfügung stehen, für das die Kinder und Jugendlichen der Nachbarschaften zuständig sind, die sie pflegen und von denen sie auch ernten und das Geerntete verwenden oder verteilen. Dieser Bereich ist bspw auch geeignet,

einen intergenerationalen Austausch mit alten Menschen in der Umgebung der Lernorte regelmäßig zu etablieren, in dem die Kinder und Jugendlichen das Pflanzen und Ernten - natürlich unter Aufsicht und Anleitung - zusammen mit alten Menschen durchführen und von deren Kenntnissen profitieren. Die Erträge können auch den alten Menschen zugute kommen, die über kleinere finanzielle Mittel verfügen. Auch zu praktischen Aspekten des Alltags gehört es, sich zurechtzufinden in einer Umgebung und sich auch mit möglichen Gefahren zu beschäftigen. Lernen, was giftig ist, lernen mit Feuer umzugehen, mit Verletzungen. Auch die Bildung zu Substanzen und ihren Wirkungen, ihre Geschichte und damit einhergehend Suchtprävention muss regelmäßiger Teil von Lernen sein.

Genau wie auch pflegende und betreuende Berufe, werden auch lehrende Berufe deutlich aufgewertet. Nicht nur was die Einkommen von Lehrenden betrifft. Auch ihre Beiträge zur Entwicklung hin zu einer globalen, solidarischen, barrierefreien und gerechten Community sind unschätzbar wichtig und das sollte sich auch in den Gehältern abbilden.

Für die „Schule“, oder wie auch immer die zukünftigen Orte des miteinander Lernens heißen werden, gilt, was für alle Bereiche gilt, im öffentlichen Bereich, in den demokratischen Institutionen, in der Privatwirtschaft: Repräsentation und Vertretung! Vertretung von intersektionalen Perspektiven – sowohl unter den Lernenden, als auch unter den Lehrenden. Dafür haben die Schulen mit ihrer Einstellungspolitik zu sorgen. Und dafür muss auch die Lernendenschaft intersektional multiperspektivisch strukturiert werden. Es sollen Instrumente entwickelt werden, die die soziale und sich damit überschneidende und oft rassistische und ableistische Segregation von Schulen unmöglich machen. Dies geht einher mit Wohn(ungs)politik (siehe Wohnen), um sukzessive auch die Bewohnung von Kiezen und Nachbarschaften immer intersektional multiperspektivischer zu machen.

Für Kollegien müssen eine BIPOC-Quote und FLINTA-Quote, eine Quote für Menschen, die von der Gesellschaft behindert werden und für LGBTQIA+ entwickelt werden. Die Daten, die dafür herangezogen werden, müssen dezentral und anonymisiert erfasst werden. Die Art und Weise der Erhebung ist – gerade im deutschen Kontext der Shoa – ein sehr belastetes Thema und darf aber deswegen nicht übergangen werden. Ein Vorschlag lautet, die Erhebung bei den Communities und den Selbstorganisationen anzusiedeln.

Literatur und Forschung und Berichte zu historischen Ereignissen und Entwicklungen aber auch zu politischer Erneuerung, afrozentrische Perspektiven, dekoloniale Schriften und Literatur und Expertisen müssen in möglichst alle Sprachen übersetzt werden. Hierfür müssen Förderungen eingerichtet werden, damit diese relevanten Texte allen allgemein, regelmäßig und selbstverständlich zugänglich werden. Die Schulmaterialien, Textgrundlagen, Schulliteratur müssen nach intersektional dekolonialen, machtkritischen, diskriminierungskritischen Kriterien ausgewählt und angewendet werden.

Für nachhaltige Veränderung muss auch an der Ausbildung von Lehrenden, Begleitenden, Betreuenden, Erziehenden angesetzt werden. Diskriminierungskritische Sensibilisierung und Lehre, dekoloniale, machtkritische und rassismuskritische Sensibilisierung und Lehre und barrierefreie Lehre und ableismuskritische Sensibilisierung müssen zu zentralen Elementen von Lehrenden-Ausbildungen werden und die Sensibilisierungsprozesse müssen regelmäßig und praxisbegleitend verpflichtend immer wieder angestoßen und erneuert werden. Auch Supervisionen müssen diese Ebenen standardmäßig berücksichtigen.

Zusammenfassend zeigt die Bildungs- und Schulforschung, dass man vieles in der Schule lernen und erfahren kann, was zur demokratischen Bildung beiträgt. Sie zeigt aber auch, dass man gerade in der Schule auch vieles erfahren und lernen kann, was sich zur demokratischen Bildung geradezu kontraproduktiv verhält: Repression, Ausgrenzung, Intransparenz, unkontrollierte und asymmetrische Macht, Mobbing, Gewalt und soziale Vereinsamung – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Sie [die Schule]

beeinflusst erheblich die Verteilung gesellschaftlichen Wohlstands und reguliert Lebenschancen, idealerweise unter dem Aspekt von Angemessenheit und Gerechtigkeit – und in Widerspruch zu dieser Ideal-Funktion für die moderne Gesellschaft ist sie bekanntermaßen zugleich bis heute sozial in hohem Maße ungerecht. Die Schule ist also in der Summe als Ort demokratischer Bildung ein sehr ambivalentes Konstrukt. Um in ihr Demokratie lernen und erfahren zu können, muss sie deshalb demokratisch zivilisiert, durch demokratiepädagogische Aufklärung und entsprechende pädagogische Erweiterung demokratisch kultiviert werden – sie braucht ‚demokratische‘ Schulkultur“.

Demokratie ist außerdem immer noch ein Modell, das unerreicht ist, dem wir uns weiter annähern müssen. Schule leistet leider dafür nur sehr mangelhaft etwas.

Wie gründe ich eine Partei? Wie organisiere ich eine Demonstration, wie funktioniert das Wahlsystem, wie ist Wählen organisiert? Wer darf wählen und warum und wer nicht und warum? Welche anderen Formen der demokratischen politischen Einmischung und Gestaltung gibt es? Was für Abstimmungsmodelle gibt es und wie verhalten sie sich zu Demokratie? Welche Demokratie-Verständnisse gibt es? Wo finden sich Kinder bzw Schüler:innen in diesen Systemen wieder? Welche Ideen haben sie selber? Wie kann all dies so vermittelt werden, dass Schüler:innen es nicht als lästige Berieselung empfinden, sondern zu Partizipation ermächtigt, befähigt und eingeladen sind?

Für die freie Wahl aus Bildungsangeboten kann neben einem BGE auch ein Bildungskonto eingerichtet werden für jedes Kind bzw jede Person, da auch durch die neueren Entwicklungen absehbar ist, dass sich auch Menschen, die bereits im Beruf stehen, werden neu orientieren müssen. Die Höhe/Ausstattung der Bildungskonten sollten umgekehrt proportional zum Wohlstand sein, es ist auch denkbar eine eigene Bildungswährung einzuführen, die parallel notwendig ist, um Bildungsangebote in Anspruch zu nehmen.

Kurz- und mittelfristige Forderungen, die innerhalb einer Legislaturperiode umgesetzt sein müssen, sind:

- Einführung eines Bildungskontos
- Grundlegende Reform und Umstrukturierung des Schul- und Bildungssystems:
- Barrierefreiheit in allen Schulgebäuden- und Räumen- und Anlagen und Abschaffung der Trennung von Kindern mit Be_hinderungen von Kindern ohne Be_hinderungen.
- Abschaffung des 3gliedrigen Schulsystems, da die frühe Selektion auf unterschiedliche, hierarchisch aufgebaute Schulformen eine wesentliche Rolle bei der Reproduktion von sozialer Ungleichheit spielt.
- Kleinere Klassengruppen sowie Veränderung der Zeitcluster und Auflösung Fächerstruktur ⇔ Verbindungen schaffen, Globale zusammenhänge, historische Zusammenhänge weg von Frontalunterricht, binnendifferenzierter Unterricht
- Abschaffung von Benotungssystem => und wertschätzende Umgang / Feedback Rückmeldung
- Curriculare Verankerung einer diversitätsorientierten Lehrerinnen(aus-)bildung
- Umsetzung diversitätsorientierter Lehrerinnen(aus-)bildung, die (rassismus-) theoretische Wissensvermittlung und Reflexivität umfasst.
- Ausbau von integrierten Gesamtschulen
- Multifunktionale Räume
- Rassismuskritische Lehrerinnenbildung: Ausbau von diskriminierungskritischer und diversitätsorientierter Professionalisierung von Lehrerinnen, die eine theorieangeleitete u. rassismuskritische Reflexion umfasst
- Rassismuskritische und diversitätsorientiert Schulentwicklungsprozesse:
- Abbau von ausgrenzenden institutionellen Barrieren Praktiken und Schulroutinen
- Personalentwicklung: Fortbildung und Reflexionsräume für Kompetenzerweiterung und (Selbst-)Reflexion im Bereich Inklusion und Umgang mit Diversität bzw. Heterogenität

- Prüfung und Überarbeitung von Material auf rassistusrelevante Inhalte, Einsatz diversitätsorientierter Materialien
- Mediation/Supervision/Fallbesprechungen
- Ausbau multiprofessionelle Teams / Schulsozialarbeit u. Schulpädagogik
- Ausbau der Ganztageschulen

Kinder und Jugendliche sollten empowert werden, dass ihr Körper allein ihnen gehört und dass niemand sie zu berühren hat, wenn sie es nicht möchten. In privaten Umfeldern finden Gespräche zu Körper, Geschlecht und Sexualität meist unter dem Vorzeichen der Heteronormativität und dem Schwerpunkt der männlichen Befriedigung statt. Es wird sich nicht oder nur unzureichend mit Konsens, Körperautonomie, dem weiblichen Sexualerleben und der weiblichen Anatomie, dem großen Spektrum von Sexualität, Selbstwert, Neinsagen/ Ablehnung, "girls don't need to be nice", Selbstverteidigung, Menstruation, der unrealistischen Darstellung von Sex durch Pornos, sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung, der Normalisierung von Einschreiten gegen sexuelle Gewalt, toxischer Männlichkeit, toxischer Weiblichkeit, den Mythen Jungfernhütchen und Jungfräulichkeit, Slutshaming, der Vielfalt an Verhütungsmitteln, Kinderwunsch und dem nicht-Vorhandensein desselbigen, Abtreibung und Sterilisation beschäftigt.

Sexuelle Selbstbestimmung und sexuelle Gesundheit sollte regelmäßig Teil von Bildung sein. Im Mittelpunkt jedes öffentlichen Diskurses über Sexualität müssen Körperautonomie und Konsens stehen. Nur sexuelle Handlungen, die mit eindeutigem Konsens (= aktive Zustimmung) und vorausgesetzter Autonomie über den eigenen Körper, aller Beteiligten ausgeübt werden, stellen keine Übergriffe, sexuelle Gewalt, Missbrauch oder Vergewaltigung dar. Auch wenn primär Eltern die Erziehungsaufgabe innehaben, so ist es sinnvoll, außenstehende Expert:innen mit der Aufgabe zu betrauen, Kindern und Jugendlichen fundiertes Wissen zu Körper, Geschlecht und Sexualität beizubringen. Sie sollten fundiertes Wissen für die Zeit erhalten, in der sie sexuell aktiv werden möchten. Auch sollte altersgerecht über sexualisierte Gewalt gesprochen werden und Wissen vermittelt werden, welche Möglichkeiten es für Opfer sexualisierter Gewalt gibt.

Ein weiterer Effekt solcher Sexualkundekurse kann sein, dass sich Opfer sexueller Gewalt entweder aktiv oder passiv zu erkennen geben. So kann diesen Kindern Hilfe angeboten werden und ggf der Missbrauch, welcher meist im nächsten Opferumfeld stattfindet, ergründet und unterbunden werden. Den Opfern kann eine kundige Fachperson an die Hand gegeben werden; dies ist enorm wichtig, um weitere und Spätfolgen zu verhindern und um zu verhindern, dass sich das Trauma/ die Traumata in komplexe traumatische Störungen oder Post- traumatische Belastungsstörungen ausweiten.

Kultur im Kontext Bildung

Kultur im Sinne des (künstlerischen) Ausdrucks wird auch in den Kontext von Bildung gestellt, weil beides untrennbar miteinander gedacht werden muss.

Der Begriff Kultur ist historisch auch belastet und hat immer auch gedient, um ‚rassische‘ Ideologie und soziale Hierarchie zu legitimieren und zu definieren. Kultur'losigkeit' bzw. die Eigenschaft der ‚Kultiviertheit‘ als Gegenentwurf geht eng einher mit der Idee von ‚Primitivität‘ bzw ‚Zivilisation‘. Daher kann das Thema nur rassistuskritisch und machtkritisch entwickelt werden. Ob der Begriff erhalten bleiben kann, ist bereits eine valide Frage. Wir lassen ihn daher nur unter Vorbehalt stehen und arbeiten kritisch damit, um diese Konnotationen und Assoziationen sichtbar zu machen bzw. neue Konnotationen und Assoziationen herzustellen.

Wir argumentieren mit dem Ursprung und der Bedeutung der Hip Hop Kultur, als Ausdruck und Instrument von unten und vom Rand – in dem die oben erwähnten Konnotationen und Assoziationen

aufgehoben und entkräftet sind. Gerade die Tatsache, dass die Kultur sich von einer Nachbarschaft in der Bronx, NY aus, mit - kulturhistorisch betrachtet - Rekordgeschwindigkeit über den Globus ausbreitete, muss Anlass geben, zu analysieren, was ihre besondere, inhärente Strahlkraft ausmacht. Diese Betrachtungen und Analysen finden in der Akademie schon länger statt und sollten auch im Kulturbetrieb gewürdigt werden und zur Umlenkung von Ressourcen führen.

Die Selbstrepräsentation, die Umsetzung mit gar keinen bis geringen Mitteln, die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Lebensrealitäten unter der Unterdrückung und am Rand, die zwangsläufig unkonventionellen Ausdrucksformen, die gemeinschaftliche Praxis der Ausübung der Kultur, die inklusive Haltung, die die Teilnahme an der Kultur unabhängig von Klasse, ‚Race‘, Geschlechtsidentität, körperlichen Fähigkeiten, Aussehen, Glaube, etc.... selbstverständlich ermöglicht und erlaubt und einlädt, sind Merkmale, die den wenigsten kulturellen Ausdrucksformen und Plattformen inhärent sind.

Diese Analyse soll nicht jede andere Kunstform oder künstlerische und kulturelle Praxis entwerten. Aber es sollte aus dieser Perspektive über deren Subtexte und Zugänglichkeit und über deren Entstehungsgeschichten viel mehr gesprochen, vermittelt und gelehrt werden. Kunst und Kultur müssen demokratisiert und dekolonisiert werden und künstlerische/kulturelle Praxis sollte ein selbstverständlicher Teil jeder Biographie werden (können). Die öffentliche Unterstützung und Finanzierung urbaner kultureller Praxis (urban im Sinne von Intersektionalität und Multiperspektivität) sollte den größten Anteil an der kulturellen Förderung ausmachen. Die Verzerrung von kulturellem Ausdruck durch die patriarchal-rassistisch-kapitalistische Vereinnahmung und Kommerzialisierung von Kunst und Kultur wirkt systemerhaltend und systemreproduzierend. Kunst und Kultur, die bestehende Systeme angreifen, entlarven und sichtbar machen, brauchen Raum, Mittel und Verstärkung. Insbesondere der Raum dafür muss zunehmend der öffentliche Raum werden, um auch alle zu erreichen. Flächen und Räume – auch private – sollten im Sinne der Verpflichtung von Eigentum der künstlerischen/kulturellen Praxis zugänglich gemacht werden können. Die finanzielle Förderung muss von Gremien bestimmt werden, die überwiegend zivilgesellschaftlich, intersektional und multiperspektivisch zusammengesetzt sind.

Vor allem der Konsum von Kunst und Kultur, die Interaktivität, die gemeinschaftliche Auseinandersetzung damit und die Zugänglichkeit dazu muss demokratisiert und barrierefrei gestaltet werden. Kunst und Kultur sind nicht als Luxusgut oder als „nice to have“ zu betrachten, sondern als integraler Bestandteil und Bedürfnis menschlichen Handelns. Viele gesellschaftliche Aushandlungs- und Sensibilisierungsprozesse (die auch in unserem Programm auf fast allen Ebenen gefordert werden) werden auch in der kulturellen, künstlerischen Praxis sichtbar und durch sie verstehbar und auf einer emotionalen Ebene (er)lernbar.

Und daraus folgt auch ein Rückschluss auf Bildung und Bildungspolitik: das vorrangig kognitive Lernen in Lehrsystemen soll abgelöst werden durch ein vorrangig emotionales Lernen – indem kulturelle/künstlerische Praxis eng verknüpft wird mit allen Lerninhalten.

Kultur, Kunst und Politik

Vorab: Der Begriff Kultur ist historisch belastet und hat immer auch dazu gedient, rassistische Ideologie und soziale Hierarchie zu legitimieren.. Kultur‘losigkeit‘ bzw. die Eigenschaft der ‚Kultiviertheit‘ als Gegenentwurf geht eng einher mit der Idee von ‚Primitivität‘ bzw ‚Zivilisation‘. Daher kann das Thema nur rassistuskritisch und machtkritisch entwickelt werden. Ob der Begriff erhalten bleiben kann, ist bereits eine valide Frage. Wir lassen ihn daher nur unter Vorbehalt stehen und arbeiten kritisch damit, um diese Konnotationen und Assoziationen sichtbar zu machen bzw. neue Konnotationen und Assoziationen herzustellen. (siehe Artikel Kultur und Bildung)

Warum sind Kunst und Kultur wichtig?

Kunst und Kultur sind für eine gesunde, demokratische und freie Gesellschaft in vielerlei Hinsicht von zentraler Bedeutung.

Kunst trägt auf persönlicher und kollektiver Ebene zu Erkenntnisgewinn und Entwicklung durch individuelle und gesellschaftliche Reflexion bei. Sie reflektiert gesellschaftliche Realitäten, und ist Motor gesellschaftlicher Veränderung, indem sie Gegenentwürfe entwickeln kann, ohne dabei an die Realität gebunden sein zu müssen.

Kunst und Kultur bieten die Möglichkeit, in einer konsumorientierten, schnellen Gesellschaft zu entschleunigen und ein anderes Tempo zu leben. Sie machen es möglich, dass alternative Werte als Maßstab genommen werden können, und sind für viele Menschen emotional-psychischer Ausgleich zum Alltag sowie Therapie und Vorbeugemaßnahme für psychische Erkrankungen. Kunst schafft dabei einen Beitrag zur Lebensqualität und bietet Möglichkeiten zum Austausch.

Kunst und Kultur schaffen wichtige Freiräume und geschützte Räume für marginalisierte Gruppen. Sie sind vor allem hier zentral für die individuelle und kulturelle Identitätsfindung und der Entwicklung eines eigenen kulturellen Selbstbewusstseins. Sie sind für viele Überlebenshilfe in einem schwierigen Alltag und einem oft rassistischen Gesellschaftsklima. Die hier geschaffenen Freiräume sind außerdem Voraussetzung für die Bildung von Subkultur, die alternative Lebensentwürfe zum gesellschaftlichen Mainstream bieten.

Kunst und Kultur bieten einen notwendigen Schutzraum und Entfaltungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Durch sie können Perspektiven aufgezeigt, zu Bildung motiviert und sozialer Halt geschaffen werden, was durch öffentlich-schulische Einrichtungen und im familiären Umfeld oft nicht erreicht werden kann.

Kunst und Kultur sind zudem ein wichtiges Gegengewicht zu den rechtspopulistischen Kräften in der Gesellschaft, und damit stabilisierende demokratische Kraft. Durch sie kann aufgeklärt und Stimme erhoben werden, sie kann mobilisieren und Zustände kritisch beleuchten.

Kunst ist nicht materiell, vielfältig, deutungs offen, nicht homogen, dynamisch und hybrid. Sie muss frei bleiben, darf nicht vereinheitlicht werden, und es darf keine Deutungshoheit über sie von einer Gruppe beansprucht werden, auch nicht von der gesellschaftlichen Mehrheit.

Der Zugang und die Teilhabe an Kunst und Kultur muss für alle Menschen gleich möglich sein. Das gilt gleichermaßen für kulturelle Bildung, Kulturinstitutionen und Freiräume sowie für das Erleben und für das Schaffen von Kunst.

Ihr Konsum, die Interaktivität, die gemeinschaftliche Auseinandersetzung damit und die Zugänglichkeit dazu muss demokratisiert und barrierefrei gestaltet werden. Kunst und Kultur sind nicht als Luxusgut oder als „nice to have“ zu betrachten, sondern als integraler Bestandteil und Bedürfnis menschlichen Handelns. Viele gesellschaftliche Aushandlungs- und Sensibilisierungsprozesse (die auch in unserem Programm auf fast allen Ebenen gefordert werden) werden auch in der kulturellen, künstlerischen Praxis sichtbar und durch sie verstehbar und auf einer emotionalen Ebene (er)lernbar. (Siehe Bildung und Kultur)

Wie soll Kunst geschützt und gefördert werden?

Freie Kunst und Kultur sind die Grundlage für Demokratie und ein friedliches gesellschaftliches Zusammenleben und müssen daher als solche geschützt und gefördert werden.

Kultur ist zwar einerseits ein Wirtschaftsfaktor, andererseits darf Kultur auch nicht wirtschaftlich sein. Kulturbetriebe müssen die Möglichkeit haben, ihr Programm wenigstens teilweise unabhängig von Rentabilität gestalten zu können, um gesellschaftlichen Gegenentwürfen Raum geben zu können.

Es muss daher nicht nur eine Förderung von öffentlichen Kulturstätten geben, sondern auch finanzielle Programme für private Kulturstätten. Private und öffentliche Kulturstätten müssen zudem unter besonderem Schutz vor Verdrängung stehen.

Bei der Förderung privater Kulturstätten ist es wichtig, dass eine Aufhebung der Unterscheidung von Popkultur und Hochkultur als Förderungsgrundlage stattfindet. Popkultur bzw popkulturelle Kulturstätten tragen nämlich wenigstens genauso sehr zur gesellschaftlichen Kulturlandschaft bei wie sogenannte hochkulturelle und öffentlich geförderte Kulturstätten.

Clubs-, Live- und Music-Locations müssen bundesweit als Kulturstätten anerkannt werden, und nicht wie bisher als Vergnügungsstätten. Wir fordern eine Änderung der Baunutzungsverordnung für Clubs-, Live und Music-Locations auf Bundesebene, damit diese eine andere Bewertung in Sachen Baurecht und Lärmschutz bekommen können. Sie müssen vor Verdrängung geschützt werden, und es muss erlaubt sein, sie nicht nur in Gewerbegebieten, sondern auch in Wohngebieten zu betreiben.

Mit der Anerkennung als Kulturstätte und die Aufhebung der Unterscheidung von Popkultur und Hochkultur wäre für private Kulturstätten der Weg frei zur Beantragung von Kulturförderprogrammen, wodurch eine programmatische Gestaltung unabhängig von ihrer Rentabilität möglich wäre. Das Programm könnte so auf anderen Grundlagen kuriiert werden und ein diverseres und interessanteres Programm wäre möglich.

Die Förderung privater und vor allem auch öffentlicher Kulturstätten muss auf Grundlage transparenter Kriterien passieren. Die öffentliche Förderung müssen an bestimmte Grundsätze gebunden werden, wie zum Beispiel die Gleichstellung der Geschlechter, Diversität und antirassistische Arbeit in der Programmgestaltung. Sie muss von von Gremien bestimmt werden, die überwiegend zivilgesellschaftlich, intersektional und multiperspektivisch zusammengesetzt sind.

Kulturelle Vielfalt muss in einer offenen Gesellschaft gefördert und auch strukturell verankert werden, deshalb fordern wir für öffentlichen Kulturstätten die Verpflichtung zu einer Gestaltung der internen Organisationsstruktur nach den Grundsätzen der Diversität und Gleichstellung, z.B. durch eine Quotenregelung der Mitarbeiter*innen.

Auf Programmebene muss die Geschichten aller Menschen, die in Deutschland leben, gehört und gesehen und auf kultureller Ebene und in öffentlichen Kultureinrichtungen reflektiert werden.

Die öffentliche Unterstützung und Finanzierung urbaner kultureller Praxis (urban im Sinne von Intersektionalität und Multiperspektivität) sollte den größten Anteil an der kulturellen Förderung ausmachen. Die Verzerrung von kulturellem Ausdruck durch die patriarchal-rassistisch-kapitalistische Vereinnahmung und Kommerzialisierung von Kunst und Kultur wirkt systemerhaltend und systemreproduzierend. Kunst und Kultur, die bestehende Systeme angreifen, entlarven und sichtbar machen, brauchen Raum, Mittel und Verstärkung. Insbesondere der Raum dafür muss zunehmend der öffentliche Raum werden, um auch alle zu erreichen. Flächen und Räume – auch private – sollten im Sinne der Verpflichtung von Eigentum der künstlerischen/kulturellen Praxis zugänglich gemacht werden können. (siehe Bildung und Kultur)

Kultur und Kunst verlaufen nicht nach staatlichen Grenzen, sondern sind lokal, regional, national und international, deshalb muss bei der ihrer Förderung die Internationale Vernetzung berücksichtigt werden.

Diversität und Intersektionalität in Kunst und Kulturförderung

Was ihre interne Struktur betrifft sind sowohl öffentliche als auch private und popkulturelle Kulturstätten noch oft weit davon entfernt, divers zu sein und bilden die Machtverhältnisse der Mehrheitsgesellschaft meist ab.

Die öffentliche Kulturförderung muss deshalb an eine Verpflichtung zu Diversität gebunden werden, sowohl intern mit einer Quotenregelung zur Aufhebung diskriminierender Strukturen als auch in der Programmgestaltung. In Bezug auf die Publikumsstruktur muss die Kulturstätte eine Verpflichtung zu einer gleichbehandelnden Türpolitik eingehen.

Auch die Realität in privaten popkulturellen Kulturstätten wie Clubs- und Konzert-Locations ist keineswegs eine diverse. Es braucht hier dringend mehr Menschen in bestimmten Positionen, die feministisch, antirassistisch und intersektional kritisch denken und handeln können. Eine Möglichkeit zur Steuerung wäre auch hier, Förderprogramme ins Leben zu rufen, die an eine bestimmte Gestaltung interner Strukturen gebunden sind, sowie Förderprogramme, die nur für Kulturstätten gedacht sind, die den Aufbau eigener Strukturen von BiPOC, Frauen, queeren oder non-binary unterstützen.

Auf dem Weg hin zu mehr Diversität und Intersektionalität in Kunst- und Kulturförderung besteht auch eine Verpflichtung der Medien, diverseren Programmpunkten von Kulturstätten und marginalisierten Künstler*innen Sichtbarkeit zu geben.

Dekolonialisierung und Erinnerungskultur in der Kulturförderung

Im Rahmen der Kulturförderung muss außerdem darauf geachtet werden, dass die Erinnerungskultur aufrecht erhalten wird, für die die deutsche Gesellschaft besondere Verantwortung übernehmen muss.

Das muss sowohl in Bezug auf die nationalsozialistische Geschichte, die DDR/SED-Diktatur als auch insbesondere die koloniale Vergangenheit Deutschlands passieren, da hier besonderer gesellschaftlicher Nachholbedarf besteht.

Die koloniale Vergangenheit Deutschlands muss im Kulturbereich dringend gründlich aufgearbeitet werden. Dazu gehört beispielsweise die Forschung über die Herkunft von Sammlungsobjekten und immateriellen Kulturgütern aus kolonialen Kontexten sowie deren Rückgabe an Herkunftsgesellschaften. Zudem müssen Kultureinrichtungen und der öffentliche Raum in enger Zusammenarbeit mit den Nachkommen der ehemals Kolonialiserten hierzulande und international dekolonialisiert werden. Rassistische und koloniale Erinnerungstätten und Namensgebungen müssen im Dialog mit den betroffenen Menschen überarbeitet, geändert oder entfernt werden.

Unterstützung selbständiger Kulturschaffender

Die sogenannte Coronakrise und das Jahr 2020 haben gezeigt, dass es bei der Unterstützung selbständiger Kunst- und Kulturschaffender große Leerstellen gibt. Soloselbständige und kleinere kulturschaffende Betriebe sind nur sehr dürtig in das deutsche Sozialsystem mit eingebunden, und haben seit dem fast kompletten Einkommensausfall seit März nur sehr dürtige staatliche Unterstützung bekommen. Ein großer Teil der Kulturschaffenden insbesondere im Bereich der Veranstaltungswirtschaft sind bei den angebotenen staatlichen Hilfsprogrammen übersehen wurden und mussten vor allem ihre privaten monatlichen Kosten komplett aus Rücklagen, die eigentlich für private Absicherung und Rente gedacht waren, bestreiten, so sie denn vorhanden waren.

Wir fordern deshalb folgende Maßnahmen:

- **Kurzfristige Maßnahmen:**
 - Es werden Hilfen gebraucht, die alle Formen von Selbständigkeit im Bereich der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft betreffen. Da ein Großteil der Hilfen nur für Fixkosten des Unternehmens nutzbar sind und private Kosten nicht berücksichtigen, ist ein Unternehmerlohn oder eine Kurzarbeitergeldregelung analog zum KUG von Angestellten nötig. Die aktuelle Regelung eines erleichterten Zugangs zum Arbeitslosengeld II halten wir weder für angemessen noch für anwendbar, da keine Arbeitslosigkeit vorliegt und die Rahmenbedingungen bei Selbständigen mit Einkommensaufschlag bei dennoch gleichzeitig weiterlaufendem Unternehmensbetrieb komplett andere sind als bei langfristig arbeitslosen Menschen, weshalb die Bewertungsgrundlage nicht gleich sein darf.
 - In Bezug auf erforderliche Maßnahmen zur Rettung der Veranstaltungswirtschaft schließen wir uns den Forderungen der Initiative #AlarmstufeRot an: <https://alarmstuferot.org/forderungen>
- **Langfristige Maßnahmen:**
 - Wir fordern langfristig gesehen eine angemessene Vergütung für alle Kunst- und Kulturschaffende und Soloselbständige. Sie brauchen für ihre Arbeit professionelle Rahmenbedingungen und eine verlässliche und angemessene soziale Absicherung.
 - Wir fordern in dem Zusammenhang die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens, um allen Menschen in der Gesellschaft die Möglichkeit zu geben, eine unbürokratische finanzielle Grundlage zu bekommen, auf der sie ihr Leben bestreiten können.
 - Soloselbständigen bzw. Selbständigen dürfen keine Benachteiligung mehr bezüglich Sozialleistungen wie Rente, Arbeitslosengeld oder Ausfallgelder erfahren. Es muss ein System entwickelt werden, das sie in Zukunft vor unverschuldeten Einnahmenseinbußen schützt und auffängt. Sie müssen zudem genauso wie die Gruppe der Festangestellten in die Sozialsysteme eingebunden werden, da sie zu einem nicht unerheblichen Teil in das Steuersystem mit einbezahlt werden. Soloselbständige und Selbständige mit kleineren Betrieben müssen eine angemessene Rente bekommen können, und es müssen Instrumente geschaffen werden, die ihnen eine Altersabsicherung unabhängig von privaten Rücklagen möglich machen. Ebenso müssen Mischformen aus Selbständigkeit und Festanstellung zugelassen werden, und zwar auf eine Art und Weise, die für sie nicht nur mehr Abgaben bedeutet.
 - Die kreative und selbständige Arbeit von Kunst- und Kulturschaffenden muss aufgewertet werden durch mehr Förderungsprogramme sowie politische und öffentliche Anerkennung. Soloselbständige und kleinere selbständige Unternehmen sind nicht wie bisher abseits der Realität als privilegiert aufzufassen, sondern als Teil der Solidargemeinschaft, zu der sie beitragen.
 - Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Bildung einer Gewerkschaft Kulturschaffender, die ihr Anliegen politisch vertritt.

Leben mit Kindern und Jugendlichen

Die Vorstellung, dass Erziehung nur in der sogenannten Familie stattfindet, ist aus dekolonialer Perspektive eine sehr eurozentrische Vorstellung. Sie individualisiert auch die Verantwortung für vermeintlich negative Ergebnisse dieser Erziehung. So wie Erziehende dadurch sich selbst mit den vermeintlichen Erfolgen oder Misserfolgen ihrer Kinder über-identifizieren, so entzieht sich die Gesellschaft als Ganzes dadurch der Verantwortung für vermeintliche Misserfolge (Schulabbrecher:innen, Suchtkranke, Obdachlose, Sexarbeiter:innen, Straftäter:innen, Hausbesetzer:innen, etc), während sie sich vermeintliche Erfolge (vermeintlich im Sinne von Erfolge und Misserfolge im kapitalistischen, patriarchalen, rassistischen System) aneignet und sich damit schmückt.

Schule als mit-erziehende Institution wird nicht als Teil der sogenannten Familie begriffen, Nachbarschaft auch nicht und die Gesellschaft allgemein schon gar nicht. Dabei ist die Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen durch Medien und Werbebotschaften im öffentlichen Raum enorm und sehr präsent. Durch fahrlässiges Nicht-Eingreifen oder nicht ausreichend-Gestaltung und Regulierung von Inhalten, Präsentation, Repräsentation, etc. wird mindestens gleichermaßen "erzogen", ohne dass die sogenannte Familie darauf direkt Einfluß nehmen kann.

Wenn Kinder und Jugendliche sich dem herrschenden rassistischen, patriarchalen, kapitalistischen, ableistischen und/oder cis-heteronormativen System verweigern und darin nicht funktionieren, daran verzweifeln oder darin rebellieren, wird dies pathologisiert. Die Verantwortung dafür wird auch wieder den Erziehenden übergeholfen, dabei sind es die Systeme, die daran großen Anteil haben. Insbesondere in der Tatsache, dass es Jugendstrafrecht gibt oder in Begriffen wie "Jugendkriminalität" findet sich dieses gesellschaftliche Versagen, für das die Verantwortung nicht ansatzweise ausreichend übernommen und getragen wird. Stattdessen trifft die Erziehenden erst Scham und dann Entzug des Rechts, Erziehende zu sein. Dies gilt unverhältnismäßig häufiger für BIPOC-Erziehende, FLINTA und/oder LGBTQIA+Erziehende, für ALG2-empfangende Erziehende, Geflüchtete Erziehende, Romnja & Sinteze, undokumentierte Erziehende etc.

Wir fordern, Erziehende wesentlich besser zu unterstützen, wesentlich mehr, dichtere und nachhaltigere nachbarschaftlich-gemeinschaftliche und wissensvermittelnde sowie kreativitätfördernde (schulische) Unterstützungssysteme und Institutionen zu schaffen, die solidarisch, intersektional machtkritisch, rassistuskritisch, vorurteilsbewusst und diskriminierungssensibel arbeiten. Sie sollten bedarfsorientiert sein und bedürfnisorientiert. Das Funktionieren in den bestehenden Systemen darf nicht im Vordergrund stehen und nicht die Motivation sein. Initiativ-Kindergärten und ähnliche Einrichtungen sollen finanziell unterstützt werden. Jene bürokratischen Hürden sollen reduziert werden, welche die derzeit die Gründung solcher bedarfs- und bedürfnisorientierter Räume verhindern oder verzögern.

Der Spruch der nigerianischen Igbo 'Oran a azu nwa', bedeutet "es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen". Eine Igbo Bezeichnung für Kinder ist 'Nwa ora', was "Kind der Gemeinschaft" bedeutet. Kinder und Jugendliche verdienen sehr viel größeren Respekt und mehr Wertschätzung. Für ihr Wohlbefinden, ihre Sicherheit, ihren Schutz muss die Gemeinschaft aka die Gesellschaft deutlich größere Verantwortung übernehmen.

Die herkömmliche Bezeichnung von Gemeinschaften von Erziehungsberechtigten und Kindern und Jugendlichen als Familie ist immer noch in Verbindung gebracht mit einer cis-heteronormativen Vorstellung. Aber wir fordern, dass alle möglichen Konstellationen, in denen Menschen mit Kindern und Jugendlichen in einer Sorge- und Verantwortungsbeziehung stehen, gleichgestellt werden, unabhängig davon, ob sie in dieses herkömmliche Bild passen oder nicht.

Eine große Benachteiligung erfahren Erziehende mit Kindern und Jugendlichen im System wie es aktuell besteht, durch die Abgabenlast in den Sozialversicherungssystemen Krankenkassen, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung. Wir fordern, dass die Abgabebelast zugunsten von Gemeinschaften verändert wird, die Kinder und Jugendliche erziehen, betreuen, begleiten, ob als biologische Eltern, als alleinerziehende Elternteile, ob als Adoptiveltern, ob als anderweitig Sorgeberechtigte oder als queere Eltern oder auch als sogenannte Patchworkkombinationen daraus. Die Abgabenlast sollte mindestens im Verhältnis 2:1 stehen. Aktuell ist sie nur sehr geringfügig niedriger als die von Kinderlosen Gemeinschaften und damit finanzieren die Gemeinschaften mit Kindern und Jugendlichen zu fast 50% selber alle Leistungen, die sie erhalten über Steuern und Abgaben, die sie wiederum leisten. Dies ist unverhältnismäßig angesichts der Tatsache, dass die Gemeinschaften mit Kindern und Jugendlichen die Erziehungs- Pflege und Care-Arbeit komplett unentgeltlich tun.

Wie diese Leistungen verteilt sein sollten oder ob sie überhaupt noch nötig wären oder weiter bestünden nach Einführung eines BGE, muss Gegenstand von Forschung werden, die mögliche Modelle berücksichtigt.

Ehegattensplitting muss abgeschafft werden und die Familienzuschläge nur für Beamt:innen sind unzeitgemäß. Familienzuschläge sollten - wenn sie denn gezahlt werden - Erziehungszuschläge heißen und sollten allen arbeitenden Erziehenden gleichermaßen zustehen.

Es ist untragbar, wie im Zusammenhang mit Einwanderung im aktuellen Asyl-System mit Menschen umgegangen wird. Kinder und Erziehende, Partner:innen ob mit oder ohne Heiratsurkunde, Geschwister und Eltern sollten das Recht haben, zusammen zu sein. Gerade, wenn die Trennungen nicht selbstgewählt ist, bzw viele Partner:innen, Kinder, Eltern nur zurückgelassen werden, um sie nicht den Gefahren einer Flucht auszusetzen, um sie aber sehr wohl alsbald zu holen, wenn dies auf sicheren Wegen über Visa etc gestattet wird, muss der Nachzug proaktiv befördert werden durch staatliche Institutionen. Langfristig sollte menschenrechtlich verbrieft Bewegungsfreiheit dazu führen, dass diese entwürdigenden Verfahren der Prüfung von Partner:innenschaft, Elternschaft, Verwandtschaft, etc. abgeschafft werden.

Zu vielfältigen Konstellationen von Erziehenden gibt es eine Reihe von Forderungen, die wir unterstützen:

1. Wunschkind- nicht Stiefkind! Für die Abschaffung des diskriminierenden Stiefkind-Adoptionsprozesses für Regenbogenfamilien!
2. Vereinfachte Elternschaftsanerkennung für alle Regenbogenfamilien!
3. Für Kinder aus lesbischen Ehen soll gelten: Automatische Elternschaft mit der Geburt
4. Ein Kind, dass in eine lesbische Partnerschaft hineingeboren wird, hat automatisch zwei rechtliche Mütter und muss nicht erst adoptiert werden
5. Familien mit mehr als zwei Eltern haben die Möglichkeit ihr Familienmodell rechtlich abzubilden
6. Reproduktionsmedizin wird auch bei queeren Personen finanziell vom Land unterstützt
7. Personen werden mit ihrem tatsächlichen Geschlecht in die Geburtsurkunde ihrer Kinder eingetragen, und nicht, wie im Moment bei trans* Eltern der Fall, mit dem alten Namen und dem alten Geschlechtseintrag
8. Eltern mit dem Geschlechtseintrag „divers“ können mit einer geschlechtsneutralen Bezeichnung in die Geburtsurkunde ihrer Kinder eingetragen werden.
9. Formulare wie Anträge für Kinder- und Elterngeld, Kinderpass etc. werden sprachlich an Vielfalt von Familien angepasst
10. Familienbezogene Einrichtungen werden dazu verpflichtet, Familienvielfalt in ihre pädagogische Praxis zu integrieren
11. Geburtsurkunden, Anträge, Formulare etc. verwenden nur noch den Begriff „Elternteil 1“, „Elternteil 2“ um allen Familienformen gerecht zu werden

Arbeit – Freizeit

Wir stehen für ein universelles Grundeinkommen und die zunehmende Förderung und Ermöglichung von Selbstversorgung, so dass ultimativ Arbeit eine Frage der Wahl und nicht der Pflicht sein wird. Arbeit und Arbeitsplatzhaltung sind bereits seit langem ein Faktor, über den Unternehmen politischen Druck ausüben und mit dem Manager:innen für diese Unternehmen – und damit mittelbar auch für sich selbst – unverhältnismäßige Vorteile aushandeln. Billige bzw. nahezu kostenlose Arbeit ist ein Narrativ und eine Institution, die nicht mit dem offiziellen Ende der Praxis des Menschenhandels und der Versklavung praktisch aufhörte.

Die andauernde Arbeitsausbeutung in Ländern und Regionen entlang kolonialer Dominanzverhältnisse, kann nicht damit weiter legitimiert werden, dass sich daraus über Generationen für Familien eines

schönen Tages eine Mittelschichtszugehörigkeit erreichen lässt. Das ist keine akzeptable Perspektive aus menschenrechtlicher Sicht und aus machtkritischer und rassismuskritischer antikolonialer Perspektive. Arbeit sollte – soweit noch kein Grundeinkommen etabliert ist – Lebensstandards vor Ort nicht nur sichern, sondern garantieren und dies sollte Bedingung sein für jedes multinationale transkontinentale wirtschaftliche Engagement. Die Indikation muss gesetzlich verankert werden und es muss umgehend anwendbare Gesetzgebung und Rechtsprechung dazu geben, um die Durchsetzung zu sichern. (siehe Wirtschaft)

Die fortgesetzte Arbeitsausbeutung insbesondere von Schwarzen & POC Gefängnisinsass:innen in den USA – bekannt als Prison Industrial Complex – ist nicht besser als Versklavung. Es werden mehr Menschen innerhalb dieses Komplexes ausgebeutet, als jemals zu einem Zeitpunkt Menschen versklavt waren auf den Territorien der heutigen USA. Solche und alle Formen der Arbeitsausbeutung müssen beendet werden und damit in Zeiten eines universellen Grundeinkommens Menschen für einen Zweck arbeiten und Zeit investieren, ist es an den Arbeitgeber:innen, Anreize zu schaffen, damit Menschen Freizeit/Selbstzeit für Arbeitszeit eintauschen.

Insgesamt wird es einen fundamentalen shift geben müssen hin zu unersetzlicher Arbeit – sprich Arbeit, die nicht genauso gut oder besser von Robotern oder automatisierten Systemen erfüllt werden kann (siehe AI/Bioengineering). Dies ist insbesondere die Form von lehrender/begleitender Tätigkeit, die verschränkt mit/ in Kooperation mit/ und mit Hilfe von kulturellem/künstlerischem Ausdruck geleistet wird. Aber auch pflegende Berufe und betreuende/begleitende Berufe, insgesamt soziale Berufe werden noch viel breiter und tiefer ausdifferenziert und werden elementarer Bestandteil aller Bereiche, aller Ebenen, aller Kontexte, so dass dieser Sektor sehr viel größer werden wird. Arbeitsplätze in Branchen, die anachronistisch sind, sollten wegfallen und ab sofort durch ein Grundeinkommen aufgefangen werden, wie bspw in der Rüstung und im Kohlebergbau, sowie in der Massentierhaltung und -Schlachtung.

Forschung – Wissenschaft – Technologie

Gesellschaftlicher Fortschritt ist eine Idee, die in unserer kollektiven eurozentrischen Vorstellung und Sprache eng verbunden ist mit dem Bereich Forschung, Wissenschaft und Technologie. Dabei haben verschiedene Gebiete von Forschung und Wissenschaft sehr unterschiedliche gesellschaftliche Funktionen und auch sehr unterschiedliche Auswirkungen auf Gesellschaft.

Wenn wir diesen Komplex trennen nach Forschungen und Wissenschaften, die in die Vergangenheit schauen und sozusagen rekonstruieren und verschiedene Perspektiven auf die Vergangenheit herstellen und nach solchen, die die Gegenwart beforschen und analysieren, und nach jenen, die verschiedene potentielle Zukünfte betreffen und durch ihr Handeln gleichzeitig auch entwerfen und herstellen, ist gleichzeitig klar, dass diese Bereiche nicht isoliert voneinander Forschen und Entwickeln dürfen.

Wissenschaft ist auch nie neutral. Es spielt immer eine Rolle, wer, aus welcher Position heraus, auf welche Art und Weise forscht und entwickelt. Es spielt nicht nur eine Rolle, was beforscht und entwickelt wird sondern auch, was gleichzeitig NICHT beforscht und entwickelt wird. Diese Leerstellen sind wichtig und müssen sichtbar gemacht werden.

Insbesondere Black Studies ist ein Bereich, der übergangen wird in der Einrichtung und Ermöglichung von Forschung.

Forschung und Entwicklung muss vor allen Dingen in den Dienst der Vision gestellt sein. Forschung und Entwicklung, die dem Ziel einer globalen solidarischen und verteilungsgerechten, etc. Community die Grundlagen entzieht, entgegengerichtet ist oder die Erreichung dieser Vision bremst, sollte idealerweise nicht stattfinden, wenn sie sogar schädlich und aus menschenrechtlicher Sicht verwerflich ist und sie sollte

nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, wenn sie nicht zu dem Erreichen dieser Vision beitragen kann. Dies gilt für technologische Forschung, für geisteswissenschaftliche Forschung, für medizinische Forschung, für sonstige Forschung.

Für die Einordnung von Forschungsvorhaben und Entwicklungsvorhaben sollte dahingehend ein Katalog von Kriterien entwickelt werden – zusätzlich zu denen, die es bereits gibt – um in Einzelfällen angemessen einordnen zu können, welche Potentiale, aber auch welche möglichen gesamtgesellschaftlichen Schäden eine Forschung hervorrufen kann.

- Hochschulen sind auch unabhängig, können ihrer Inhalte etc. selbstbestimmen. Hier ist Art 5 wichtig, was die Freiheit der Lehre garantiert
- Freiheit der lehre heißt aber nicht dass Menschen diskriminiert werden dürfen, heißt dass nicht jede Person das lehren kann was sie will
- Auch müssen wir hier zwingend auf die Strukturen eingehen: Zugänge, Anerkennung der Abschlüsse. Einstellungspraxen, Schwarze Professorinnen etc.

Medien

Medien tragen sehr viel zu gesellschaftlichen Entwicklungen bei. Medien als sehr dominant meinungsbildender Sektor der Gesellschaft, können und müssen in der Sensibilisierung für die aktuellen globalen Realitäten, für die Relevanz und Auswirkungen weißer europäischer Lebensrealitäten für Lebensrealitäten weltweit.

Der Mangel an BIPOC Journalist:innen und Medienmacher:innen und mit weiteren intersektionalen Dimensionen von Identitäten im Sinne der 6 oder mehr Diversitätsdimensionen, der eine Konsequenz struktureller Diskriminierungen ist, muss durch gezielte und durchfinanzierte Förderinstrumente ausgeglichen werden.

Medienmachende berichten über das was war und ist. Aber sie interpretieren gleichzeitig die Realität. Sie wählen aus der zahllosen Menge an Informationen aus, das heißt, mediale Repräsentation ist automatisch selektiv.

Und mediale Repräsentation ist der Ort der Interpretation – erst die mediale Darstellung verleiht Dingen, Ereignissen, etc eine Bedeutung. Und unterschiedliche Medienmachende verleihen ein und demselben Sachverhalt unterschiedliche Bedeutung. Die Bedeutung, die sie einem Sachverhalt verleihen, ist wiederum nicht unabhängig von der Position und Identität der Medienmachenden. Diese Position muss sichtbar werden, damit sie für die Einordnung von Beiträgen und Analysen berücksichtigt werden kann.

Nach Stuart Hall gibt es nicht DIE EINE korrekte originale Interpretation – an deren Exaktheit sich alle anderen Interpretationen messen lassen. Ein Sachverhalt hat keine inhärente Bedeutung. Die wird ihm tatsächlich erst durch die mediale Verpackung verliehen. Medienmachende haben dementsprechend enorme Macht über gesellschaftliche Narrative und Strömungen.

Medien haben sich entwickelt. Heutzutage ist die mediale Welt geprägt von zahllosen Quellen und von Plattformen, auf denen auch einzelne direkt medial repräsentieren können, vorausgesetzt es gibt Stromversorgung, Internetzugang und ein Gerät, das Text, Ton oder Video produzieren kann. Das braucht es immerhin und es gibt reichlich Personen global, für die das nicht zutrifft. Die Versorgung mit Internet im globalen Vergleich überschneidet sich beinahe komplett mit der Verteilung der Lebenserwartung – woraus keine Kausalität abzuleiten ist, was aber nahelegt, dass die Information über die katastrophal bis signifikant geringere Lebenserwartung in weiten Teilen des Planeten auch medial nicht stark repräsentiert ist. Nicht so stark wie sie müsste, um dafür ein gesteigertes Bewusstsein zu wecken.

Und damit kommen wir zu den Aufgaben, Zielen und Zwecken von Medien. Da die Quellen unermesslich zahlreich sind, da Medienreichweite aber nicht gleich verteilt ist, bzw. nicht nur das Interesse des Publikums spiegelt, sondern durch Geld manipulierbar ist, liegt nahe, dass die Auswahl, die wir konsumieren, zumindest unausgewogen ist, oder auch absichtsvoll manipuliert und manipulativ.

Werbepräsenz ist nun nicht mehr nur in Konkurrenz zwischen ein paar Funk/TV Sendern und einer Reihe von Magazinen, wie es in den 80ern noch üblich war. Sie ist da erfolgreich, wo die Aufmerksamkeit des Publikums angezogen wird. Und die Erreichung der Zielgruppe ist meßbar bzw ablesbar an views und clicks und zurück verfolgbar zu deren Profilen und Identitäten. Und Algorithmen spielen Inhalte nach Profilen und Daten aus, die in absurden Mengen abgeschöpft und verwendet werden, um individuell zugeschnittene Inhalte zu präsentieren, die dann wiederum die individuellen Gewohnheiten – den individuellen Konsum – festigen, reproduzieren und sichern.

Die Verbreitungsplattformen von Medien wie Twitter, Facebook, Instagram, TikTok, etc müssen eine Garantie der Kontrolle von Desinformation, Deep Fakes, Hate Speech, Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ableismus etc abgeben und müssen dazu gesetzlich verpflichtet werden, so zu operieren, dass solche Inhalte gar nicht erst auf der Plattform landen. Das sollte selbstverständlich sein. Es muss entweder reichlich entsprechend geschultes Personal eingestellt werden oder es müssen Technologien entwickelt werden, die zuverlässig solche Inhalte - und auch NUR solche Inhalte - filtern.

Alle medialen Ausbildungen müssen verpflichtende, regelmäßige, abzuprüfende Lehrgänge und Seminare zu dikriminierungs - und rassismuskritischer Sensibilisierung ins Zentrum stellen. Journalistische Sorgfalt und sonstige journalistische Maßstäbe guter journalistischer Arbeit sind zu ergänzen um die Berücksichtigung von Identitäten und Positionen von Personen, die involviert sind. Inwieweit diese auch sichtbar gemacht werden müssen, ist eine Frage der Abwägung.

“Grundsätzlich sollte die Herkunft von Straftäter*innen oder Verdächtigen nur dann genannt werden, wenn ein Bezug zur Tat besteht und die Information zum Verständnis notwendig ist. Das wäre etwa der Fall, wenn z.B. ein kultureller oder religiöser Hintergrund bei der Entscheidung in einem Gerichtsverfahren berücksichtigt wird. Gibt es keinen sachlichen Bezug zum Tathergang, wird durch die explizite Nennung der ethnischen Herkunft von Straftäter*innen oder Verdächtigen in der Nachricht ein vermeintlich ursächlicher Zusammenhang hergestellt. Zum Vergleich: Es ist auch nicht üblich, von deutschstämmigen Täter*innen zu sprechen.” (<https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/kategorie/03-kriminalitaetsberichterstattung/>)

Bei Nennung von (vermeintlichen) Herkünften ohne o. g. Notwendigkeit sollen Strafen fällig werden, da hiermit gesellschaftlicher Schaden entsteht, indem z. B. Vorurteile reproduziert werden.

Ein journalistisches Fach muss neu entstehen und das ist das Filtern & Kuratieren von Inhalten, von Plattformen, von Informationen nach rassismuskritischen, dekolonialen, queerfeministischen, intersektionalen und machtkritischen Kriterien. Es braucht viel mehr als bisher einen meta-journalismus, der – im Sinne von Stuart Hall – das Spektrum an Bedeutungen, die Ereignissen und Fakten zugeordnet werden, sichtbar macht und nach den oben genannten Kriterien analysiert.

Medienmachende- und Produzierende werden standardmäßig durch eine unabhängige intersektional besetzte, machtkritisch, diskriminierungskritisch, dekolonial, rassismuskritisch und queerfeministisch arbeitende Institution zertifiziert oder anderweitig eingeordnet. Das Ergebnis dieser Einordnung muss zur Grundlage für die Sichtbarkeit und die Verbreitung und die Viralität der Medienerzeugnisse werden.

Die klassischen Nachrichtensendungen als kuratierte Auswahl sind nicht mehr zeitgemäß und bilden kein Spektrum ab. Sie sind eurozentrisch-selektiv und nicht unabhängig, sondern durch Gremien dominiert, in denen die Politik viel Gewicht hat.

Das muss sich ändern. Die Rundfunkräte müssen Gremien weichen, in denen die Mitgliedschaft paritätisch-intersektional-repräsentativ nach strukturell relevanten Diskriminierungsdimensionen gestaltet und zusammengesetzt ist, die Politik ist aus den Gremien komplett rauszuhalten.

Sendungen, die in öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioprogrammen ausgestrahlt werden, unterliegen der Kontrolle durch den Rundfunkrat bzw. den Fernsehrat der jeweiligen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt. Das ist inakzeptabel. Es muss eine unabhängige Kontroll- und Beschwerdestelle geben mit Entscheidungsbefugnissen und Entscheidungsmacht ausgestattet. Diese sollten koordiniert sein mit der Kommission für Jugendmedienschutz.

Die Wahl der Vertreter:innen in den Rundfunkräten muss öffentlich bekannt gemacht werden, sie muss Teil der Berichterstattung der öffentlich rechtlichen Medien werden und die Vertreter:innen sollten sich bei der Kandidatur für einen Sitz im Rundfunkrat öffentlich vorstellen. Dies ist wichtig, weil sie Einfluss haben werden auf Inhalte und Berichterstattung und damit auf gesellschaftliche Narrative. Da besteht ein gesteigertes öffentliches Interesse dran.

Rundfunkräte müssen als Gremium zugänglich für die Öffentlichkeit tagen und Entscheidungen fällen.

Die aktuelle Gestaltung des Rundfunkbeitrags ist sozial unverträglich. Die Finanzierung muss unabhängig sein bzw. einkommens- und vermögensabhängig und sozial gerecht gestaltet sein. BIPOC, LGBTQIA+, FLINTA, Menschen, die von der Gesellschaft behindert werden und weitere marginalisierte Gruppen werden nicht angemessen repräsentiert und unsere Perspektiven nicht angemessen vertreten und abgebildet im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

In den Redaktionen, Produktionen, Studios, Technik- Aufnahme- und Postproduktions-Crews, unter Autor:innen, Regisseur:innen und Produzent:innen sind alle diese Gruppen ebenso schlecht vertreten. Alle, die direkt oder mittelbar für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk Content herstellen, Leistungen bereitstellen oder Technik verleihen, müssen ebensolchen Quoten genügen.

Alle staatlichen Förderungen müssen deutliche und verbindliche Quoten für all diese Gruppen voraussetzen für jegliche Form, Höhe und Bereich der Medienförderung. Private Fördergebende sollten diesen Empfehlungen folgen. Wir fordern paritätische Quoten, so dass alle Gruppen intersektional mindestens zur Hälfte vertreten sind.

Ausbildungsorte für alle Medienberufe müssen diskriminierungskritische Sensibilisierung und dekoloniale machtkritische Analyse und Praxis als Fächer etablieren und hierfür massiv Ressourcen, Personal und fächerübergreifende Konzepte entwickeln und bereitstellen. Staatlich anerkannt kann nur eine Ausbildung sein, die diesen Kriterien genügt. Durch die Schaffung von schulbegleitenden Programmen im Bereich Medienkompetenz sollen insbesondere Schüler:innen jeglicher intersektional marginalisierter Identitäten ermutigt und eingeladen werden, für den Bereich Medien, Soziale Medien, Kommunikation und Journalismus sowohl einen kritischen Blick zu entwickeln, als auch in dem Bereich tätig zu werden.

Wir fordern eine deutliche Regulierung der Werbebotschaften im öffentlichen Raum im Sinne von Vielfalt und gegen die Reproduktion von Stereotypen und sexistischen / rassistischen / diskriminierenden Bildern / Texten / Assoziationen / Konnotationen. Die freiwillige Selbstkontrolle funktioniert nicht. Bei diskriminierenden Inhalten und Darstellungen in Werbungen müssen empfindliche Strafen greifen, die beim Unternehmensumsatz ansetzen. In solchen Fällen werden Unternehmen gesetzlich verpflichtet,

zwischen 0,5-5% ihres Umsatzes als Reparation zu zahlen, je nach Schwere des Verstoßes und nach Marktmacht des Unternehmens. Je größer die Marktmacht, desto größer der gesellschaftliche Schaden, der in Kauf genommen wird.

Körper & Seele

Dieser Abschnitt hieße normalerweise Gesundheit und Pflege. Da aber der Bereich Gesundheit sich in Deutschland fast nur mit der physischen Kondition befasst und fast gar nicht mit der seelischen, ist das Wort „Gesundheit“ nicht geeignet, um das zusammenzufassen, was *Die Urbane. Eine HipHop Partei* in dem Kontext als wichtig erachtet.

Der aktuelle Zustand permanenten Ungleichgewichts und permanenter Unterdrückung produziert auf beiden Seiten der Gleichung körperliche und seelische Symptome, in denen sich die Krankheit des Systems spiegelt und ausdrückt.

Wir bringen durch die rassistische und kapitalistische Wirtschaftsweise enorme Gefahren für Körper und Seele zustande und auch wenn nicht jedes körperliche Phänomen zwingend diesem systemischen Ungleichgewicht zugeordnet werden kann, so kann es auch nie zuverlässig als davon losgelöst und unabhängig gelten.

Besonders die seelischen Konsequenzen, kollektive generationsübergreifende Traumata und Zustände bedürfen einer sehr viel größeren Beachtung und für die Überwindung dieser Systeme brauchen wir Kraft und mentale Resilienz und deswegen eine unterstützende Politik, die Körper und Seele ganzheitlich sieht und Lösungen für die Bedarfe auf beiden Ebenen gleichberechtigt anbietet.

Die Zahl von Menschen, die freiwillig sterben, bzw. die eigene physische Existenz beenden, steigt jährlich überproportional zum demographischen Wachstum. Unter Philosoph:innen und progressiven Denker:innen gibt es die These, dass Konsum eine Form der Religion ist, und als solche Funktionen erfüllt, die auch herkömmliche Religionen wie Christentum, Islam, etc. erfüllen: Sinn stiften und Gruppenzugehörigkeit, Identität stiften und Trost spenden, ein Wertesystem herstellen. Da aber eben diese zutiefst kapitalistische „Religion“ zwingend einhergeht mit der rassistischen Unterdrückung und Ausbeutung, ist dieser inhärente Sinnfehler geeignet, seelische Schäden zu erzeugen, die aber im dominanten kapitalistischen System kaum als solche erkannt werden. Problematisiert wird dieses Phänomen nur dann, wenn es sich mit anderen Aspekten von Identität überschneidet, die sich damit nicht vertragen, entweder, weil Personen aufgrund von Klasse gar nicht die Mittel haben, um zu konsumieren und sich verschulden, oder illegale Wege finden, zu konsumieren, oder weil der Konsum sich auf schädliche Substanzen fokussiert. Dann wird Konsum auf einmal problematisch und die, die ihn – so wie es auch täglich über Werbung als Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit suggeriert wird - brauchen und wollen, werden kriminalisiert und pathologisiert.

Wir wollen seelischer Gesundheit denselben Stellenwert einräumen, wie körperlicher Gesundheit und möchten gleichzeitig hinterfragen, woher die Ideen und Vorstellungen davon kommen, was „gesund“ und „krank“ überhaupt bedeutet und wer oder was diese Vorstellungen geprägt hat. Bspw. die dominante Assoziation von „dünn“ mit „gesund“ ist eine, die viel mit Körnernormen und kapitalistischen patriarchalen Vermarktungsmechanismen für eine Selbstoptimierungsindustrie zu tun hat. Diese Konzepte müssen also gründlich einer Prüfung unterzogen werden. Gerade die Vernachlässigung der seelischen Ebene und der Überhöhung der körperlichen Ebene ist sowohl das Produkt von als auch ein Nährboden für Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat.

Für nachhaltige, kompetente, passende psychologische Begleitung und Beratung oder Therapieformen kann die Nachfrage und der noch viel größere Bedarf kaum bedient werden. Psychotherapie ist nach wie

vor ein Stigma für viele. Und für akute Bedarfe gibt es fast keine Zugänge, weil Psychotherapien ein knappes Gut sind. Und dies wiederum ist auch ein Ergebnis der sehr kleinen Zahl von Studienplätzen für Psychologie. Wir wollen einen massiven Ausbau der Studienplätze und gleichzeitig wollen wir aber eine "Stunde Null" für die Psychologie.

Denn fast alle Erkenntnisse aus Studien, auf der psychologische Theorien und Erkenntnisse beruhen, basieren auf sogenannten WEIRD-Studienteilnehmer:innen (western/white; educated; industrialized; rich; democratic). Diese sind aber in all ihren Verhaltens- und Denkmustern stark geprägt von ihrer privilegierten Position bzw Identität - Privilegien, die meist unverdiente sind und die aber relevant sind für die individuelle psychische Verfassung - und daher sind solche Ergebnisse auch nur für diese Gruppe relevant. Nun müssen dringend Studien und Forschungen begonnen werden, bzw diejenigen, die es bereits gibt müssen sehr deutlich sichtbar gemacht werden, die durch große Zahlen von Teilnehmenden sehr verschiedener Identitäten, Positionierungen, Hintergründe oder Vordergründe größere Übertragbarkeit auf jegliche Gruppe zur Folge haben.

Entstigmatisierung von Neurodiversität als psychisch krank. Anerkennung, dass in einer Welt, die von Unterdrückungssystemen dominiert ist, seelische Verfassung IMMER davon beeinflusst ist, auf beiden bzw allen Seiten von intersektionaler Dominanz und Unterdrückung. Die Normalisierung von "Funktionieren" in diesen Systemen und die Stigmatisierung von "Dysfunktionalität" in diesen Systemen sind beides Perspektiven, die von dieser Normalisierung ausgehen.

Dem Pathologisieren von nicht-Konformität und allem was damit einher geht, muss entgegengewirkt werden.

Psychiatrie und Psychotherapie müssen im Bewusstsein dieser Systeme arbeiten und dabei unterstützen, machtkritisch, intersektional diskriminierungskritisch und dekolonial das Spannungsverhältnis zwischen den außen und innen wirkenden Systemen und Zuständen zu sortieren und einen Weg darin zu finden.

In der akuten Situation der extremen Pathologisierung brauchen wir ein enges Netz von sogenannten "Weglaufhäusern", in denen Menschen Zuflucht finden vor psychiatrischer Gewalt und Fremdbestimmung. Hierfür braucht es geschulte Betreuer:innen und Therapeut:innen. Wir brauchen eine freie Therapeutensuche, bei der die zu behandelnde und die therapierende Person gemeinsam übereinkommen, miteinander arbeiten zu können. Wir brauchen schnelleren und einfacheren Zugang zu Therapiemöglichkeiten und vor allem brauchen wir eine Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen und Neurodiversität.

Grundsätzlich muss medizinische und psychologische Versorgung allen gleich zugänglich gemacht werden. Private Krankenversicherungen sollen abgeschafft werden, bzw in das gesetzliche/allgemeine Versicherungssystem integriert werden. Dies soll auch für die Zahnmedizin gelten. Die Administration von zahlreichen privaten Versicherungen verursacht insgesamt ein vielfaches der Kosten, die eine allgemeine Krankenversicherung für alle an Verwaltungsaufwand kostet. Die Beiträge müssen einkommensabhängig sein und es sollte keine Beitragsbemessungsgrenze geben. Der Anteil bzw die Abgabenlast für Krankenversicherung am Einkommen muss für alle gleich sein. Auch Krankenhäuser dürfen zu maximal 49% in privater Hand sein und der überwiegende Teil von Krankenhäusern sollte ganz in kommunaler/gemeinnütziger Hand sein. Eine flächendeckende und möglichst wohnortnahe ambulante (fach-)ärztliche Versorgung muss sowohl in der Stadt, als auch im ländlichen Raum unbedingt gewährleistet werden. Alle präventiven medizinischen Maßnahmen sollen Kassenleistungen sein und auch alle Hilfsmittel wie z.B. Rollstühle, Brillengläser, Gehstöcke, Gehhilfen, Körperersatzstücke (Prothesen), künstliche Gelenke. Zugang zu Kuren für Erziehende und Kinder und Jugendliche, sowie Reha-Maßnahmen vereinfachen. Diskriminierungs-kritische Angebote schaffen.

Der Körper einer Person gehört nur ihr. Allein diese Person hat das Hoheitsrecht über ihren Körper. Keine staatliche Institution, keine medizinisch-professionelle Person, keine natürliche und ebenso keine juristische Instanz hat sich über dieses Hoheitsrecht hinwegzusetzen.

Ausbildung von medizinischen Fachkräften muss diskriminierungs- und machtkritische Sensibilisierung, und regelmäßige weiterbildende Lehrgänge beinhalten. Transformation eurozentrischer medizinischer Ausbildung - Bewusstsein über die Geschichte der medizinischen Forschung, dekoloniale und queerfeministische Perspektiven auf Medizin und Forschung über körperliche und seelische Auswirkungen von Rassismus und Diskriminierung; Gerechte Zugänge zu ärztlicher Versorgung, Schaffung von Barrierefreiheit in allen Einrichtungen der medizinischen und seelischen Versorgung und Betreuung; Versorgung unabhängig des Aufenthaltsstatus; Bereitstellung von Sprachteams, die sowohl Gebärdensprachen und auch alle anderen Sprachen für korrekte Übersetzungen kurzfristig anbieten können (dies kann auch digital und anonymisiert durchgeführt werden). Lookism & Fatshaming - Sensibilisierung aller Arbeitskräfte im medizinischen und seelsorgerischen Bereich für Diskriminierung auf der Basis von äußerem Erscheinungsbild, Körnernormen, vermeintlichen Schönheitsidealen. Entstigmatisierung von Behinderung als Krankheit. Die Zentrierung cis-männlicher Körper als Ausgangspunkt medizinischer Forschung, Diagnose und Behandlung dekonstruieren.

Es braucht eine proaktive Entstigmatisierung von Menstruation, Anerkennung und Behandlung von und Forschung zu Erkrankungen im Zusammenhang mit Menstruation. Alles was Menstruierende für den Umgang mit der Menstruation brauchen, muss kostenlos zugänglich werden.

Die Versorgungssituation für Betroffene sexualisierter Gewalt, weist derzeit erhebliche Mängel auf. Eine anzeigenunabhängige gerichtsverwertbare Befunddokumentation und Spurensicherung wird weder 24/7, noch flächendeckend, noch für alle Zielgruppen gleichermaßen angeboten. Im Kontext der medizinischen Versorgung und Nachsorge sind wichtige Leistungen nicht oder nicht ausreichend kassenfinanziert. Auch Fachberatung und traumatherapeutische Begleitung stehen nicht bedarfsgerecht zur Verfügung. In Kliniken und Arztpraxen mangelt es zu häufig an klar festgelegten Handlungsabläufen, Kenntnissen über Traumareaktionen und zur traumasensiblen Versorgung. Hierfür müssen unabhängige Zentren in allen Bezirken eingerichtet werden. Dort kann die anzeigenunabhängige, gerichtsverwertbare forensische Befunddokumentation und Spurensicherung und psychosoziale Betreuung gewährleistet werden. Dies ist bereits als Kassenleistung vorgesehen und noch nicht flächendeckend umgesetzt. Die Versorgung muss auch für Menschen ohne KV gleichwertig anonym und kostenlos bereit gestellt werden. Für Sprachmittlung sind öffentliche Mittel bereit zu stellen (Quelle: Wahlprüfsteine Netzwerk Frauengesundheit Berlin)

Auch findet Opferschutz in unserer Gesellschaft kaum statt, dafür sehr viel Täter:innen-Schutz. Sicher gilt die Unschuldsvermutung, dennoch wird bspw. einem Bankangestellten immer noch mehr Glauben geschenkt als einer Sexarbeiter:in, was zu einer Retraumatisierung führen kann. Auch gilt es, Täter:innen zu Therapien zu verpflichten und es Opfern ohne Wartezeit und externe Beurteilung zu ermöglichen, eine Therapie zu beginnen. Traumatherapieplätze müssen den Bedarf spiegeln. Dafür braucht es ein Vielfaches an psychologischem und psychiatrischem Fachpersonal. Auch interdisziplinäre Ansätze für die Bewältigung und Aufarbeitung solcher Erfahrungen - bspw mit Mitteln kreativen Ausdrucks - und der Anschluß an Selbstorganisationen von Überlebenden sexueller Gewalt sollten gefördert werden und an diese Versorgungszentren angeschlossen sein. Reproduktive Gerechtigkeit - Abschaffung §218 und §219 a - diskriminierungsfreier Zugang zu Abbrüchen, Erlaubnis für Praxen, die Abbrüche durchführen, darüber zu informieren, Forschung für Verhütungsmethoden, die schonend sind und auch für Spermaproduzierende anwendbar sind; Entstigmatisierung von vielfacher Mutterschaft, insbesondere beachten bei Personen, die auf intersektionalen Ebenen von Race/Class/Gender positioniert und diskriminiert sind; Kostenloser und unkomplizierter Zugang zu Verhütungsmitteln, zur Pille danach und zu Menstruationsartikeln; Personen mit Uterus muss selbstbestimmt möglich sein, darüber zu entscheiden, ob sie Kinder zur Welt bringen möchten oder nicht. Der Stigmatisierung von Lebensentwürfen, in denen Menschen mit Uterus kinderlos bleiben oder keine Kinder wünschen, ist entgegen zu wirken. Eine Sterilisierung muss allen Menschen ab der Volljährigkeit selbstbestimmt erlaubt sein. Geschlechtsangleichende Operationen für trans Personen sollen kassenfinanziert werden, bei intersex Neugeborenen dürfen keine operativen Geschlechtsangleichungen vorgenommen werden, unabhängig

vom Wunsch der Eltern; Gleichzeitig braucht es wiederkehrende und ständige Aufklärung und Kampagnen für eine breite Sensibilisierung und Beratungsstellen für Eltern und anderen Bezugspersonen von intersex Neugeborenen bzw Kindern. Das Blutspenden sollte, abseits von cis-heteronormativen Zuschreibungen und Stigmata, allen Menschen ermöglicht werden. Derzeit werden Personengruppen ausgeschlossen, obwohl die potentiellen Spendenden biologisch/medizinisch geeignet wären. Das Spenden des eigenen Blutes sollte als Teil gesellschaftlicher Verantwortung gesehen und gefördert werden. Es sollte auch zu Organspenden motiviert werden. Es kann z.B. standardmäßig bei den Krankenkassen eine Abfrage etabliert werden, so dass jede Person aktiv angeben kann, ob sie nach dem eigenen Tod Organe/Gewebe spenden will oder nicht.

Der intransparente Komplex Mensch, Medizin, Pharmaindustrie muss so transparent reguliert und gestaltet sein, dass mit Impfstoffen und Impfungen, mit Tests und Testverfahren und sonstigen Maßnahmen keine Gewinne erzielt werden. Eine Impfpflicht ist indiskutabel, da wir körperliche Selbstbestimmung fordern. Trotzdem sind Impfverfahren aktuell die einzig bekannte Möglichkeit, in großem Umfang Epidemien, Seuchen, Pandemien einzudämmen. Dafür bedarf es breiter Zustimmung, intensiver Forschung und der bereits erwähnten Transparenz, denn wenn der Eindruck entsteht - und das ist der Status Quo - dass Impfungen vor allem auch immense Gewinne für die Pharmaindustrie bedeuten, dann gibt es verständliche Zweifel an der Notwendigkeit. Es muss unabhängige Aufklärung über das Impfen geben, damit jede:r einzelne eine informierte Entscheidung für sich, aber auch für das Kollektiv treffen kann. In einer globalisierten Welt, in der - wie wir bei COVID19 gemerkt haben - kein isoliertes Handeln hilfreich ist, müssen dringend Forschung und Entwicklung zu Immunisierungen auch global organisiert und finanziert werden. Nur globale Kooperation, in der Partizipation an der Forschung und gerechte Verteilung der daraus erzielten oder erzielbaren Nutzen garantiert ist, ist tragfähig und nachhaltig.

Pharmaproduktion unterliegt besonderer Gemeinwohlverpflichtung (siehe globale ökonomische Gerechtigkeit). Es muss über die Dauer von Patenten für Wirkstoffe und Medikamente neu nachgedacht werden und sie sollten gesetzlich so geregelt werden, dass weiterhin Forschung möglich ist, aber dass gleichzeitig Wirkstoffe und Rezepturen schneller global und für alle, z.B. unabhängig von Einkommen, zugänglich werden.

Abschaffung von Tierversuchen. Die Ergebnisse von bisher gesetzlich vorgeschriebenen Tierversuchen sind irreführend, im Gegensatz zu Forschungsmethoden wie Computersimulationen und künstlich erzeugtem Gewebe. Wichtige Aspekte von Krankheits-Entstehungsverläufen, wie Ernährung, Lebensgewohnheiten, Verwendung von Suchtmitteln, schädliche Umwelteinflüsse, Stress, psychische und soziale Faktoren, werden durch Tierversuche außer Acht gelassen.

Finanzierung alternativer Methoden soll mit 1 Mrd. gefördert werden (bisher ca. 220Mio) - Tierversuchfreie Medizin als Wettbewerbsvorteil und zukunftsweisende Praxis anstelle von vorseilendem Gehorsam der Industrie gegenüber (Stichwort Abwanderung, Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Ausland).

Substanzen, Rausch, Sucht

An dieser Stelle muss auch eine radikal entkriminalisierende Drogenpolitik etabliert werden. Die Drogenpolitik Deutschlands ist inakzeptabel – sie verharmlost die Droge Alkohol, kriminalisiert Menschen und reproduziert rassistische Narrative im sogenannten Kampf gegen den Konsum und die Verbreitung als illegal erklärter Betäubungsmittel.

Wir fordern grundsätzlich Aufklärung und Bildung bzgl. Suchtprävention und verantwortungsvollem Umgang mit allen Rauschmitteln anstatt einer Kriminalisierung. Die Illegalität, insbesondere bei dem Konsum von Cannabis-Produkten mit THC-Gehalt schadet Verbraucher*innen und kostet unnötig Steuergelder. Wenn die Droge Alkohol ein legaler und fester Bestandteil der Gesellschaft ist, darf bspw. die Nutzung der Droge Cannabis nicht unter Strafe gestellt werden. Insbesondere Cannabis wurde Anfang des 20. Jahrhunderts, ausgehend von den Vereinigten Staaten von Amerika durch rassistische, kolonial geprägte Kampagnen weltweit verboten. Noch heute haben BIPOC mit rassistisch geprägten Vorurteilen in Bezug auf Verkauf und den Konsum von Rauschmitteln zu kämpfen. Dieser Ausprägung des strukturellen Rassismus könnten zeitgemäße und ganzheitlich betrachtete Konzepte, ohne eine Kriminalisierung von Drogenkonsum und -erwerb, kurzfristig entgegenwirken.

Wir fordern daher die Legalisierung von Cannabis und die Entkriminalisierung jeglichen Konsums. Weiterhin fordern wir die Legalisierung von Cannabis-Eigenanbau für den Eigenbedarf. Entstigmatisierung und umfassende Anerkennung von Cannabis als Arzneimittel

Wir betrachten nicht Drogensucht an sich als das Problem, sondern wir können aufgrund von langjährigen Studien (bsp Treating Drug Abuse and Addiction in the Criminal Justice System: Improving Public Health and Safety - [Redonna K. Chandler](#), PhD,¹ [Bennett W. Fletcher](#), PhD,¹ and [Nora D. Volkow](#), MD) davon ausgehen, dass Drogensucht ein Symptom ist und dass Kriminalisierung keinen Effekt zeigt, Behandlung dagegen immer nachhaltiger wird, durch immer besseres neurobiologisches Verständnis der Prozesse.

Es muss deutlich mehr abstinenzbasierte Entzugsmöglichkeiten, kostenlose Ausgabe von Spritzen und geschützte Räume für sicheren Konsum geben.

Wir treten für eine selbstverantwortliche Rauschpolitik ein, durch die Individuen befähigt werden, selber zu ermesen, ob und welche Substanzen sie wie und wann und in welcher Form konsumieren (können), ohne dass diese ihren seelischen oder körperlichen Zustand dauerhaft beeinträchtigen. Hierfür braucht es machtkritische, dekoloniale und diskriminierungskritische peer-to-peer Aufklärung und Beratungsstellen zu Konsum, Entzug und Abstinenz sowie ein fortlaufendes Supportnetzwerk für Abstinente.

Cannabis, Tabak und Alkohol sollen legale Rauschmittel sein, da es aber sehr bedenklich und manipulativ ist, dafür Werbung zu machen, sollte Werbung für alle Rauschmittel unerlaubt sein. Andererseits ist Sucht nicht an Substanzen gebunden und Sucht als Verhaltensmuster kann wiederum mehrere Ursachen haben, z.B. als Ausdruck von einer Schwierigkeit die Realität ungefiltert zu ertragen oder mit ihr umzugehen.

Der Erwerb, Besitz und Konsum jeglicher Rauschmittel bzw Substanzen, die das zentrale Nervensystem beeinflussen, soll entkriminalisiert werden. Im Falle von Sucht und Abhängigkeit von Substanzen ist nach den zugrundeliegenden Themen zu suchen und die Sucht als seelisches und/oder körperliches Phänomen zu betrachten und zu behandeln, nicht als strafrechtliches Problem.

Maximaler Wohlstand und Steuergerechtigkeit

Altersarmut und Kinderarmut und überhaupt Armut müssen nicht sein. Sie sind ein Produkt unserer Gesellschaft. Es ist genug für alle da. Das Problem ist die Verteilung. Es scheint wichtiger, den absurden Reichtum von wenigen zu schützen, als allen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Der Unterschied zwischen Arm und Reich ist heute auf dieser Welt größer als jemals zuvor. Die größten Pharaon:innen und König:innen der Vergangenheit waren nie so stinkend reich wie die Milliardäre von heute. Warum lassen wir das zu? Weder unsere Gesellschaft noch unsere Wirtschaft braucht Milliardäre. Das Gegenteil ist der

Fall. Die extreme Anhäufung von Kapital schadet uns ökonomisch und sozial. Milliardäre erhalten Belohnungen für die Leistung anderer.

Wie viel Vermögen darf eine einzelne Person anhäufen und besitzen bzw. für sich beanspruchen und darüber verfügen, ohne dass das Gemeinwohl bzw das kollektive Wohl dem eine klare Grenze setzt, wie sie auch im GG vorgesehen ist, aber nicht beachtet wird? Wie groß darf dieses Vermögen sein, während Menschen gleichzeitig durch Armut oder Mangel an Ressourcen sterben? Und genauso wichtig ist in dem Zusammenhang die Frage, wieviel darf vererbt und geerbt werden und von wem, ohne dass auch hier das Wohl des Kollektivs bedacht wird? Aller Besitz wird geschaffen und angehäuft unter anderem durch das Inanspruchnehmen der Infrastruktur in Deutschland. Hier werden jährlich - Tendenz steigend - über 250Mrd € vererbt. Es muss gefragt werden, ob das Kollektiv, das an der persönlichen Entwicklung und den Möglichkeiten, die jede einzelne Person entfaltet und für sich nutzt, einen bedeutsamen Anteil hat, nicht mindestens genauso erbberechtigt ist, wie Erb:innen im aktuellen Sinne.

Um diese Frage zu klären fordern wir eine gesellschaftliche Debatte zu dieser Frage. Im Parlament soll dann eine Summe festgelegt werden, die die Bevölkerung für ethisch vertretbar hält. Möglich ist beispielsweise eine Regelung wie die folgende:

Alle individuellen, privaten oder familiären Vermögenswerte, die über 100 Millionen Euro hinaus gehen, wollen wir mit 50% Wohlstandsabgabe jährlich belegen. Von Erbschaften i.H.v. 10 Mio € und mehr werden ebenfalls 50% eingefordert.

Die Verwendung der Mittel, die das Kollektiv dadurch einnimmt, sollte auch Teil der Debatte sein. Es ist auch denkbar, ein paralleles Abgabesystem zum herkömmlichen Steuersystem zu entwickeln, die Verwendung von und den Zugriff auf die Mittel kollektiv anders zu organisieren. So findet innerhalb von relativ kurzer Zeit eine Umverteilung von oben nach unten statt, beziehungsweise es wird ein gesellschaftliches Klima erzeugt, in dem klar ist, dass solche großen Klassenunterschiede nicht erwünscht sind. Die potentiellen Steuereinnahmen können somit für die Finanzierung von Kultur, Bildung und Wohlfahrt genutzt werden.

Globale Ökonomische Gerechtigkeit

Eigentum, soziale Verantwortung, machtkritische Unternehmenskultur (DOE)

Wirtschaft als Bereich innerhalb von Gesellschaft ist grundsätzlich die Idee von Markt, von Herstellung und Austausch von Waren und Dienstleistungen und die Arbeitsenergie und die Materialien, die erst gewonnen werden und dann in die Produktion fließen. Die daraus hervorgegangene Idee von Geld als „Schmiermittel“ ist „nicht mehr weg zu denken“, so alt und universell ist diese Idee, diese „Erfindung“, dass es nicht machbar aber auch nicht nötig erscheint, sie grundsätzlich in Frage zu stellen. Allerdings ist infrage zu stellen, was genau als Geld gilt, wie Geld entsteht, ob und wie es vermehrt wird, wie es verteilt wird und wie damit umgegangen wird.

Auch die Idee von privatem Eigentum und Besitz ist ein Parameter in der Gestaltung eines Wirtschaftssystems. Eigentum, so wie es im Grundgesetz festgeschrieben ist, bringt auch eine Verpflichtung mit sich. Eigentum muss auch dem Allgemeinwohl dienen – eine uralte Idee innerhalb vieler Strukturen, Kulturen und Wirtschaftsräume. Dieser Grundsatz ist sogar Teil von sehr vielen schriftlichen Verfassungen weltweit. Aber im aktuellen globalen kapitalistischen System ist er völlig unsichtbar gemacht und widerspricht den Interessen von multinationalen Konzernen. Wir möchten diesen Grundsatz ins Zentrum stellen, ihn zu einer wichtigen Grundlage machen für zukünftige Politik. Außer im Grundgesetz sollte er auch noch an anderen Stellen gesetzlich wirksam werden. Besonders gilt das für das Eigentum an Boden und Wohnraum (siehe Wohnen, Leben, Versorgung).

Das kapitalistische System, das Hand in Hand und im Zusammenwirken mit der massenhaften Versklavung und Kolonisierung erwachsen ist, ist nicht losgelöst vom rassistischen System zu sehen, das diese entmenschlichende Ausbeutung erst möglich machte. Die Idee von Eigentum an und Dominanz über Mitmenschen und über Land und Bodenschätze ist eine Idee, die sich 500 Jahre lang in das kollektive unterbewusste europäische Gedächtnis und Selbstverständnis eingeschrieben hat. Die Vorstellung, dass die jetzt lebenden Generationen der weißen Mehrheitsgesellschaften davon befreit seien, ohne dass jene Geschichten der Versklavung und Kolonisierung aufgearbeitet wurden, ignoriert koloniale Kontinuitäten und Dominanzen, die ungebrochen wirken.

Es geht also bei Eigentum nicht nur um den unmittelbaren Besitz von Dingen. Sondern auch um den erwarteten Besitz und den Anspruch auf zukünftigen Besitz. Es geht auch um eine historische Betrachtung der Entwicklung von Eigentum und Besitz und um verschiedene Konzepte davon. Wir leben in einer eurozentrischen Ordnung von Wirtschaft und von Eigentum und Besitz.

Wirtschaften wird danach als die Quelle von Reichtum verstanden bzw. ist das stillschweigende Ziel die Anhäufung von Besitz. Wenn Wirtschaften aber auf der Ausbeutung von Umwelt und/oder Menschen oder auf deren Vertreibung oder Gefährdung beruht, bzw. auf deren ungerechter oder menschenrechtswidriger Behandlung, dann ist der damit geschaffene erzielte Reichtum 'unsittlich' und nicht rechtmäßig. Auch wenn die Ausbeutung nicht absichtlich erfolgt, oder wenn die Ausbeutung eine Konsequenz aus der Form oder Natur dieses Wirtschaftens ist, dann ist auch daraus erzielter Reichtum rechtswidrig. Rechtswidrig erlangter Reichtum kann kein Eigentum sein. Er muss den Communities erstattet werden, er muss insbesondere jenen dienen, die an seiner Erschaffung Schaden erlitten haben.

Vertragspartner für das Wirtschaften mit Land, mit natürlichen Ressourcen, Rohstoffen, Energieträgern, etc. kann nie nur eine Person, eine Institution, ein Unternehmen, eine Regierung sein. In Verträge, die solche Güter betreffen, müssen alle involviert sein und es müssen alle mitbestimmen, die von dieser Unternehmung berührt und betroffen sind.

Unternehmer*innen und Unternehmen müssen partizipative Prozesse etablieren, in die:die Konsument:innen, die Produzent*innen, die Arbeitenden, die Finanzierenden, die davon regional Betroffenen, die davon global Betroffenen so involviert sind, dass sie ohne Sorge um ihre Position und ihre Sicherheit ihre Anliegen und ihre Perspektiven in die Planung oder Unternehmung einbringen können. Die Umwelt selbst als Akteurin ist dabei bisher darauf angewiesen, dass sich Umweltaktivist:innen schützend für sie einsetzen. Hierzulande gibt es nun das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz: Gemeinnützige Umweltverbände, die mindestens drei Jahre in Deutschland tätig sind, dürfen im Dienst der Natur vor Gericht ziehen. Client Earth bspw. wird ab 2022 in Deutschland klagen dürfen. Der Naturschutzbund NABU klagt bereits - zuletzt gegen die Nordstream Pipeline (Mai 2021)

Für Klagen gegen Bauvorhaben/Infrastrukturprojekte gilt bspw. die Ergebnisse beruhen oft auf Gutachten und nach dem deutschen Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung bestimmt die Vorhabensträgerin die Gutachter:innen. Das muss sich ändern. Umweltverbände müssen zustimmen und müssen ein Vetorecht haben. Umweltverbände sollten so finanziert sein, dass sie unabhängig bleiben, aber in ihrer Arbeit nicht beeinflusst werden. Unabhängige Umwelt- und Menschenrechts-Kommissionen sollten auf kommunaler und Länderebene alle Unternehmen nach ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien bewerten. Vor allem müssen Unternehmen, die global operieren, sich erklären.

Unternehmen sind nur rechtliche Fiktionen, die wiederum reale Personen beschäftigen und für reale Personen Angebote herstellen. Die Existenz und das Bestehen oder Fortbestehen eines Unternehmens ist aber nicht höher zu bewerten oder wichtiger, als irgendeines der Menschenleben, die dort arbeiten, oder das Angebot des Unternehmens konsumieren oder von seinen Aktivitäten betroffen sind. Unternehmen

müssen unbedingt soziale Pflichten erfüllen und Unternehmen müssen anhand von Umwelt-Beschäftigten- und Zielgruppenbedürfnissen zertifiziert bzw kategorisiert werden. Diese Kategorisierung muss so ermittelt und vergeben werden, dass Bestechung und Korruption unmöglich ist. Die Kategorisierung (bspw. in der Gemeinwohlökonomie die Gemeinwohlbilanz) muss unabhängig passieren, aber Unternehmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, verbindlich relevante Daten zu erheben und zugänglich zu machen, anhand derer ihr Beitrag zum Allgemeinwohl messbar wird. So wie Unternehmen ihre Finanzen erklären müssen und darüber Buch führen müssen, müssen sie eine Klima- und Umweltbuchführung einrichten und eine intersektional machtkritische und dekoloniale Dokumentation etablieren. Lohnniveau, Mitarbeiter:innen-Mitbestimmung, Transparenz, Ansprachesysteme in Fällen von Gewalt oder Diskriminierung am Arbeitsplatz, Personalpolitik, Arbeitsplatzgestaltung, Diversitätsorientierte Organisationsentwicklung, Einbindung der Umgebung, Management-Sozialstunden, Bereitstellung von Flächen und Räumen für unabhängige künstlerische Gestaltung, Bereitstellung von Raum für kulturelle Angebote, etc... Außerdem ist Barrierefreiheit bzw. sog. Inklusion hervorzuheben im Kontext von Gestaltung der Arbeitsplätze und Beschäftigung von be_hinderten Personen. Die Option, dies durch Geldzahlungen zu umgehen, muss perspektivisch aufgehoben werden. Bis dahin müssen sie so hoch angesetzt sein, dass sich dieser Weg nicht lohnt.

Kosten für Bodenschätze und sonstige Ressourcen und Rohstoffe dürfen nicht nur danach bewertet werden, wie hoch die Kosten der Förderung, Gewinnung und Extraktion sind. In den Kosten muss eine ökologische Komponente (CO2 Ausstoß, Wasserverbrauch, Energieverbrauch, chemische Verunreinigung von Böden und Gewässern, sonstige Umwelt- und Klimawirksame Faktoren) abgebildet sein und es muss eine soziale Komponente der Umgebung einfließen (mittlere Lebenserwartung, Zugang zu Bildung, Gesundheit, Internet, Grundnahrung, Wohnung, Sicherheit). Das betrifft natürlich nicht nur, aber besonders sämtliche Rohstoffe und Bodenschätze, die auf dem afrikanischen Kontinent für den Konsum in weißen Mehrheitsgesellschaften beschafft werden, sowie jene in Mittel- und Südamerika, in der Karibik, dem asiatisch-pazifischen Raum und in den Meeren.

Laut EITI (Extractive Industries Transparency Initiative) wird der sogenannte globale Süden um schätzungsweise 1 Billion \$/Jahr seit 2011 betrogen durch Korruption und illegale Deals in der Rohstoffförderung. Viele dieser Deals involvieren anonyme Unternehmen. Initiativen wie EITI, PWYP (Publish What You Pay), Beneficial Ownership Transparency und Open Ownership versuchen, Transparenz zu schaffen und vor allem die eigentlichen Profiteure hinter anonymen Unternehmen sichtbar zu machen. Aber diese Bemühungen reichen nicht aus, da sie nur auf der Regierungsebene vor Ort ansetzen. Die anderen Akteur:innen müssen genauso aktiv werden. Multinationale Konzerne müssen gesetzlich verpflichtet werden, die soziale und ökologische Komponente zu berücksichtigen. Dies muss auch für Unternehmen gelten, die an irgendeiner Stelle Teil der Lieferkette (der betreffenden Rohstoffe) sind. Deutschland muss beispielhaft mit der Verabschiedung und Implementierung eines solchen Gesetzes beginnen - auch als Teil einer dekolonialen Verantwortung.

Kosten für Arbeitskraft müssen reguliert werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass Löhne und Arbeitskosten sich nach ggfs niedrigsten mittleren Löhnen in der Region richten. Lohn muss an einen Warenkorb gebunden werden, der Gesundheit, Bildung, Sicherheit, Wohnung, Kultur, Nahrung, Familie, Kleidung und Fortbewegung beinhaltet. Alles andere ist moderne Versklavung. Insgesamt muss das kürzlich verabschiedete Lieferkettengesetz erneut auf den Tisch, da es nicht weit genug geht. Es muss den gesetzlichen Rahmen sehr eng gestalten und über Verbandsklagerecht durchsetzbar sein. Verstöße müssen massive Strafen verursachen und müssen auch strukturelle Maßnahmen auslösen, wie bspw sofortige Absetzung von Vorständen, Geschäftsführungen und Manager:innen, Ausschluß aus der Börse oder anderen Kapitalbeschaffungsplattformen. Auch eine Vergenossenschaftlichung kann eine Konsequenz aus Verstößen sein.

Alle EPA (European Partnership Agreements) müssen ausgesetzt und neu verhandelt werden. EPA bewirken vor allem eine aggressive Öffnung afrikanischer, pazifischer und karibischer Märkte für europäische Produkte. Meist (subventionierter) billiger Überschuss, der dann Märkte überschwemmt und lokale Handelsstrukturen, Produktionen und Gleichgewichte in den Preisniveaus zerstört. Diese Öffnungen wurden häufig erpresst und als Bedingungen für Kredite und sogenannte Entwicklungszusammenarbeits-Leistungen gestellt. Wir fordern die Bindung von EPA an die radikale Neubewertung von Ressourcen und Bodenschätzen, an Beneficial Owner Transparency und an die globale Neuordnung der Förderung und des Abbaus und der Gewinnung dieser Ressourcen und Bodenschätze.

Geld ist eine bewährte Einrichtung – manche würden sagen Geschichte – um Tauschgeschäfte zu erleichtern. Geld hat großes Potential für gesamtgesellschaftlichen Nutzen im globalen Sinne. Aber Geld birgt auch enorme Gefahren, so wie aktuell Geld verstanden, geschöpft, vermehrt und verteilt wird.

Die massive Ausdehnung des Volumens von Wirtschaft global seit dem Beginn der Kolonisierung und damit auch die sprunghafte Entstehung und Entwicklung des Bankensystems stehen in direktem Zusammenhang mit dem System des massenhaften Menschenhandels, der Versklavung und aller darauf aufbauenden Industrien, Märkte, Handelsverbindungen und Produktionssysteme.

Auch die Preis-Gestaltung von Gütern ist enorm problematisch. Preisgestaltung aktuell zentriert das Produkt oder die Dienstleistung und zentriert nicht die negativen oder positiven Auswirkungen des Produktes auf die Welt, auf die Gesellschaft, etc. Gesellschaftliche Kosten und Nutzen, die durch Produkte und Produktionsprozesse anfallen, fließen selten in seinen Preis ein. Das muss sich radikal verändern. Hierfür müssen gesetzliche Regelungen geschaffen werden. Es muss aber ein gesamtgesellschaftlicher Dialog und ein Konzept her, das dies alles erfasst und nachhaltige Alternativen anbietet.

Sämtliche Wirtschafts-Modelle und -Theorien, die weltweit an Universitäten gelehrt werden und die Grundlagen für alles wirtschaftliche Entscheiden und Handeln bilden, haben Bias und Ungleichheit, Rassismus, Patriarchat und Klasse als Fundament, tun aber so, als könne mensch im Vakuum handeln. Die Wirtschaftswissenschaften, wie sie aktuell vermittelt werden, sind nicht geeignet, Lösungen und Modelle zu entwickeln für ein nachhaltiges Wirtschaften. Hier muss sehr dringend mehr Interdisziplinarität passieren und es muss mit viel größerer Ernsthaftigkeit und Sorgfältigkeit gearbeitet und gelehrt werden. Wir haben Besseres verdient, als Pseudowissenschaften. Die standardmäßige Theorie der sog. Nutzenmaximierung muss als Prämisse in Frage gestellt werden.

Der unternehmerische Trotz gegenüber Bewegungen, die unternehmerische Macht und Dominanz kritisieren, die sozial gerechte Strukturen etablieren möchten, die das bestehende kapitalistische System überwinden möchten, muss unterbleiben. Wir haben keine Zeit für Spiele, wie die von facebook, das im Kontext von EU-Datenschutz-Bestimmungen drohte, der EU den facebook-Dienst abzuschalten. Solche Reaktionen sind inakzeptabel. Der Dialog mit Unternehmen muss unbedingt auf eine Kooperation hinauslaufen. Hierzu braucht es wiederum intensive Gespräche (Vorstände, NGOs, Politik, Expert:innen), innovative Modelle für Übergänge in neue Gesellschaftsmodelle und den Support der Unternehmen – nicht deren Trotz – bei den Übergängen. Alle müssen gemeinsam und global gestalterisch tätig werden.

Gestaltung des öffentlichen Raums

Aktuell ist der urbane öffentliche Raum von Gebäudefassaden und Verkehrsinfrastruktureinrichtungen geprägt. Brücken, Straßen aus Asphalt & Kopfsteinpflaster, Bahngleise und Bahnhöfe, Bürgersteige, Geländer, Bänke, Grünanlagen und Grünflächen, Parks, Statuen, Schilder mit allen möglichen Botschaften und Informationen, sehr viele Baustellen, Verkehrsmittel, Bauminseln und sichtbar verlegte Kabel, Rohre und Leitungen, Stromkästen, Recycling-Container, Litfasssäulen und Spielplätze, Kanäle und Flüsse, Uferanlagen, historische Bauten, Denkmäler, etc.

Gerade im urbanen Raum, in dem sich gesellschaftliche Themen verdichten und wo politische Fragen durch das enge Miteinander und diversere Biographien mehr Reibung erzeugen, braucht diese Reibungsenergie einen Kanal. Künstlerischer und kreativer Ausdruck sind ein Kanal, der auch im öffentlichen Raum sichtbar wird. Graffiti, Writing, Streetart, politische Statements auf öffentlichen Flächen nutzen diesen Kanal schon lange, das Phänomen ist universell, weltweit und eigentlich ist auch Höhlenmalerei ein Vorgänger davon. Wir fordern die Entkriminalisierung von solch kreativem Ausdruck im öffentlichen Raum. Mindestens 20% aller oben genannten Flächen, auch private, die aber Teil des öffentlich einsehbaren Raums sind, müssen für kreativen Ausdruck und Gestaltung bereitgestellt werden.

Viele Flächen werden für kommerzielle Werbebotschaften zur Verfügung gestellt. Welche Werbebotschaften von welchen Werbenden wieviel Platz und Zeit bekommen, wird geregelt durch mehrere Stellen in der Administration.

Da aber Werbebotschaften Sehgewohnheiten mitprägen, Körperbilder mitprägen, Wahrnehmungen von schön, hässlich, gut, schlecht, begehrenswert, abstoßend, etc. mitprägen und gesellschaftliche Narrative nicht nur aufgreifen, sondern sie auch reproduzieren, verstärken, multiplizieren, oder ggf. auch brechen, kommt Werbebotschaften eine wichtige Rolle zu. Es findet bei der Entscheidung darüber, welche Werbebotschaft, wo und wie lange sichtbar sein darf, eine Abwägung statt, die durchaus mit der Umgebung und den Menschen in dieser Umgebung oder historischen Faktoren, politischen Faktoren, etc. zu tun hat.

Dies ist eine wichtige Abwägung, aber sie ist nicht ausreichend. Zugang zu Werbefläche hängt davon ab, ob die, die werben möchten, über ausreichende Mittel verfügen. Je prominenter der Ort, je größer die Fläche, je mehr Menschen sie erwartungsgemäß sehen werden, desto teurer. Dies schließt viele aus und multipliziert Marktmacht. Dem wollen wir entgegenwirken.

Öffentliche Flächen dürfen nur zu einem Teil für kommerzielle Zwecke werben. Sie müssen über die Hälfte der Zeit für gemeinnützige Zwecke werben, über welche die Gesellschaft ansonsten viel zu schlecht aufgeklärt ist. Es kann dazu beitragen, über all die Arbeit aufzuklären und darauf aufmerksam zu machen, die nicht nur für ein Unternehmen Mehrwert erzeugt, sondern für die ganze Gesellschaft. Die Werbung selber herzustellen (Plakate, Banner, oder Großflächiges) kann kostspielig sein. Hierfür sollten Teile der Einnahmen aus der Vermietung an kommerzielle Werbende verwendet werden. Ähnliche Regeln müssen für Anbieter:innen privater Werbeflächen gelten.

Utopie: Love Peace Unity & Having Fun

Viele der Visionen, die wir hier skizzieren, mögen utopisch wirken - nicht nur im Sinne von zeitlich sehr weit in der Zukunft -, sondern auch tatsächlich unmöglich, selbst unter günstigen Bedingungen.

Wir erinnern daran, dass wir bereits die Utopie vieler unserer Vorfahren sind, die sie sich in ihren kühnsten Träumen oder Fantasien vorstellten und sich für ihre Realisierung einsetzten - gegen die Resignation, gegen die Widerstände der Systeme, gegen Repression und vermeintliche natürliche Schranken. Wir sind aber auch nicht gefeit davor, wieder der Alptraum unserer Vorfahren zu werden und erst recht der Alptraum unserer Nachfahren.

Es mag nahe liegen zu resignieren und den Planeten und unsere Nachfahren dem Schicksal zu überlassen. Es mag auch anstrengend wirken, sich die ganze Zeit politisch zu engagieren oder auch, Zeit darein zu investieren, sich zivilgesellschaftlich zu organisieren. Die Wahrheit ist: Je mehr wir sind, die sich für radikale Veränderungen für eine grenzenlose und barrierefreie, solidarische Community und gegen ausbeutende, unterdrückende Strukturen, Systeme und Dominanz verbünden, desto leichter ist es. In einer Welt, die kurz davor ist, zu kollabieren, in der die tiefen Ungerechtigkeiten allzu sichtbar werden, ist

es viel leichter, mit anzupacken bei der aktiven Veränderung, als immer tiefer den Kopf in den Sand zu stecken.

Wenn ein Zustand nicht mit dem zusammenpasst, an was wir glauben, wenn unser Bild von uns selbst anständig und korrekt ist, aber wir zunehmend erkennen, dass wir Teil von Systemen sind, die zerstörerisch sind, die unterdrücken, dann erzeugt das in uns eine kognitive Dissonanz. Kognitive Dissonanz ist ein Zustand, den der Kopf nicht aushält und den er überwinden muss. Die Methoden sind unterschiedlich. Wir können diese Dissonanz betäuben oder mit anderen Reizen "übertönen" (eine der Ursachen für exzessiven Konsum und häufig auch von Missbrauch von Substanzen). Wir können auch unsere Überzeugungen verändern (eine der Ursachen für die Zuwendung zu faschistischen/rassistischen/antisemitischen Verschwörungserzählungen), um uns selbst von der Verantwortung zu entbinden, die wir empfinden. Oder wir können aktiv die Umstände verändern, die unseren Überzeugungen widersprechen - wie bspw. entgegen der europäischen Grenzpolitik in Eigenregie Seenotrettung von Geflüchteten organisieren. Und wir können politisch aktiv sein, um die Systeme, die diese Umstände hervorbringen, zu transformieren. Das ist das Ziel und der Anspruch von *Die Urbane. Eine HipHop Partei.*

Es ist keine Bürde, uns zu organisieren, es ist ein Privileg, wenn wir es können. Es ist keine Geste der Großzügigkeit, es ist eine Verantwortung, die wir haben - weil jede:r einzelne eben nicht nur individuell "ist, weil sie*er denkt" (Descartes in 1641), sondern weil jede:r einzelne auch individuell ist, weil wir gemeinsam sind (Philosophie des Ubuntu, wie sie in vielen afrikanischen Kulturen praktiziert wird).

Wir wollen ultimativ einen Zustand globaler Community, Solidarität, Einigkeit in all unserer Unterschiedlichkeit und Verschiedenheit, globaler Harmonie mit unserer Umwelt und friedlichen Zusammenlebens erreichen. Diese **Vision** ist universell und nicht eine Hip Hop spezifische. Aber die Hip Hop Kultur hat trotzdem intuitiv die Vision aus sich heraus entworfen: **peace, love, unity & having fun!**